

ntz



C 3428

Zeitschrift der GEW-Hamburg
März-April 3-4/2022



"Ich könnte gut ohne russisches Gas aus-
kommen, aber wie erkläre ich es meinen
Katzen?"

B E C K

Zum Titelbild: Die ukrainische Malerin mit dem Künstlerinnennamen Kinder Album wurde 1982 Lwiw geboren. Sie stellt dort aus, in England, in Mexiko und jetzt in Berlin in der ArtEast Gallery Berlin-Kyiv von Ivanna Bogdova-Bertrand und Cornelia Schmidmayr, die mit ihrer Peace for Art Foundation Künstlerinnen und Künstler aus der Ukraine unterstützen.



Bei dieser Ansammlung von Ps in der Überschrift kuckt man doch dreimal hin. Und ist vielleicht verunsichert. Dieses Gefühl hatte ich mit der Überschrift der redaktionellen Notiz in der letzten Ausgabe (S. 81) zum Ausdruck bringen wollen, deshalb: „Aus der Unsicherheit...“. Da gab es noch keinen Krieg in der Ukraine. Das nur schwer Vorstellbare ist nun eingetreten und mit ihm, so spricht es aus vielen Kommentaren, eine Zeitenwende.

Eben noch sicher Geglaubtes ist ungeahnten Fliehkräften ausgesetzt. Die gerade auch in unserem Verband immer wieder propagierte antimilitaristische Position gerät ins Wanken. Plötzlich wird die Wehrhaftigkeit des eigenen Volkes in den Mittelpunkt gerückt. Die Politiker_innen überschlagen sich in Hinblick auf Ideen, wie man mittels Aufrüstung der russischen Aggression begegnen kann. Wenn es gestern noch hieß, Deutschland müsse am Hindukusch verteidigt werden, so sieht man jetzt diesen Auftrag vor der eigenen Haustür.

Dabei übersieht man, nein: verdrängt man, dass wir uns im Atomzeitalter befinden. Plötzlich, auch wenn dies medial eher unter dem Deckel gehalten wird, offenbart sich das Dilemma der Sicherheitsarchitektur unter der Ägide der USA. Solange die Konstruktion des Atomschirms

durch interkontinentale Zweitschlagfähigkeit (für den Fall, dass der Feind die USA mit Atomwaffen angreift, muss er von seiner Vernichtung durch einen Gegenschlag ausgehen) als Doktrin gilt, bleibt das „Restrisiko“ eines atomaren Krieges in Mitteleuropa an uns hängen. Es gilt also mehr denn je das, was die Friedensnobelpreisträgerin Beatrice Fihn sagte, als sie 2017 den Friedensnobelpreis für ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) entgegennahm: „Entweder wir schaffen die Atomwaffen ab oder sie schaffen uns ab.“

Wenn sich nun die Bundesregierung anschickt, mit ihrem 100 Milliarden-Programm plus Steigerung des Wehretats um die von den USA geforderten zwei Prozent zur drittgrößten Militärmacht zu avancieren (nach den USA und China, s. Grafik S. 30), um damit der russischen Bedrohung adäquat etwas entgegenzusetzen, hat sie sich getäuscht. Solange die USA die Verfügungsgewalt über Atomwaffen haben,

Joachim Geffers Kipppunkte

nützt alles Aufrüsten im Bereich konventioneller Waffensysteme gar nichts.

Vor allem ist dies aber eine Kampfansage an alle, die bislang an eine friedlichere Welt geglaubt haben, auch in der Hoffnung, dass die einzige Chance, den Planeten zu retten, darin besteht, die bislang in Waffenproduktion gesteckten Ressourcen für den ökologischen Umbau zu nutzen.

Für diese Absage braucht es eine ideologische Unterfütterung. Längst Totgeglaubtes gerät

an die Oberfläche – man braucht nur zu kratzen! Plötzlich spricht man wieder von der Nation, die es zu schützen gilt. Und wo diese bemüht wird, ist auch nationalistisches Denken nicht fern. Der Irrsinn der in Stein gemeißelten Worte im Kriegsklotz am Dammtor: „Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen“ erscheint plötzlich in einem anderen Licht, wenn wir der Ukraine durch unsere Waffenlieferungen dazu verhelfen, ihr nationales Recht auf Selbstverteidigung zu wahren.

Dass dieses Recht ungebrochen gilt, will ich nicht infrage stellen. Aber dass wir moralisch verpflichtet sind, die Bevölkerung der Ukraine in ihrem Kampf militärisch zu unterstützen, bezweifle ich. Da halte ich mich an Richard David Precht, der gewagt hat zu sagen: Das Mitgefühl mit den Kriegsoffern auf der einen und die Waffenlieferungen auf der anderen Seite, „die diesen schrecklichen Krieg noch weiter verlängern und weitere Todesopfer und Verletzte hervorrufen“, würden „einen knochenharten Widerspruch“ bilden. Die militärische Unterstützung des Landes bewirke nur „eine Verlängerung, möglicherweise eine weitere Eskalation des Krieges“.

Wollte man dies verhindern, hieße dies, sich dem moralischen Druck und den damit verbundenen Forderungen nach militärischer Unterstützung seitens der ukrainischen Regierung zu verweigern.

Diesem moralischen Druck standzuhalten verlangt Mut, auch weil es gilt, Angst zu überwinden. Angst davor, dass eine weitere Eskalation einen Flächenbrand auszulösen vermag, der von allen Seiten nicht mehr beherrschbar sein könnte.



Wir sind mehr wert Seite 8

Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst (S&E), in der Mehrheit Erzieher_innen, stecken mitten im Tarifikampf. Die Arbeitgeber zeigen sich wie immer hartleibig, haben aber angesichts der Inflation schlechte Karten. Auch Rituale können kämpferisch begangen werden.

Inklusion Seite 53

Was mit viel Elan und Engagement begann, braucht, neue Impulse. Ein Kongress will diese anstoßen.

Diskussionsbedarf Seite 50

Wir dokumentieren nicht die von der BSB auf 6000 (!) Seiten ausgeführten neuen Bildungspläne, sondern lediglich das, was der Senator dazu sagt. Dies ist nichts Gutes. Man könnte meinen, da will jemand die Zügel straffen.

Personalratswahlen Seite 22

Spielen wir nicht nur Demokratie, leben wir sie! Lasst uns gemeinsam einen engagierten Wahlkampf für unsere Interessenvertreter_innen in der BSB führen und rufen wir die Kolleg_innen auf, sich an der Wahl zu beteiligen.



Magazin

Betriebsratswahlen
Alle 4 Jahre wieder _____ 9

Student_innen
Bundesweites Streiksemester _____ 16

1. Mai
GeMAInsam sind wir stark _____ 18

8. Mai
Bald als Feiertag!? _____ 25

Krieg
Mit Kindern reden _____ 26

Deserteur_innen
Asyl gefordert _____ 30

Offener Brief
Rasselbande an BASFI _____ 30

Russland
Propaganda _____ 32

Friedensbewegung
Es gibt sie noch _____ 36

Hamburg Tribunal
Zur Unzeit? _____ 38

Zu zweit allein
Begegnung im ICE _____ 40

Geschichte
Religionsunterricht _____ 43

Thor Heyerdahl
Auf dem Rückweg _____ 46

Berufsverbote
Was noch gesagt werden muss _____ 56

„Kalte“ Berufsverbote
Betroffene melden sich zu Wort _____ 58

Unvereinbarkeitsbeschlüsse
Interview _____ 60

Nazibiographien (45)
Hinrich von der Lieth (Teil 2) _____ 65

Afghanistan
(K)ein hoffnungsloser Fall _____ 74

Bildungspolitik

Religionsunterricht	
Protest zeigt Ergebnisse	42
Bildungspläne	
Nichts Gutes zu erwarten	50
Inklusion	
Menschen statt Stempel	53

GEW

TVöD	
Verhandlungen laufen	8
Offene Liste	
Betriebsratswahl und Tarifverhandlung	12
Tarifabschluss	
Pensionär_innen im Abseits	14
Besoldung	
Senat bewegt sich	19
Service	
Beamt_innenversorgung	21
GPR	
Jetzt wird gewählt!	22
Krieg in der Ukraine	
Beschluss des Hauptvorstandes	31
hlz-Umfrage	
Ergebnisse	70
Gewerkschaftstag	
Kandidaturen	72
Peter Krup	
Nachruf	77
Bjørn Tempel	
Nachruf	78

Rubriken

hlz-Notiz	3
Leser_innenbriefe/Nachrichten	6
gb@	20
Impressum	79
Rätsel	80
Aus dem Übergang	81
Termine	82



Foto: Stefan Gierlich

Krieg Seite 26

Unsere Aufgabe: Soweit es möglich ist, die uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen nicht nur darüber aufzuklären, was Krieg im Allgemeinen und im Besonderen bedeutet, sondern sie zu solidarischem Handeln hinzuführen.

Vergangenheitsbewältigung Seite 60

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, aufgrund derer viele politisch missliebige Kolleg_innen in den 1970er Jahren aus den DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen wurden, gehören auch zum Erbe der GEW. Spuren sollten nicht verwischt werden.

Afghanistan Seite 74

Unsere „Korrespondentin“ berichtet, was es konkret in den Schulen, die von „ihrer“ Initiative betreut und unterstützt werden, bedeutet, wenn es seitens der Taliban-Regierung heißt, Mädchen seien von Höherer Bildung ausgeschlossen.

Hohe Wellen Seite 46

Unsere Abenteurer_innen von der Thor Heyerdahl sind auf dem Rückweg. Neben der Bewältigung der Herausforderungen auf See hat die Nachricht über den Krieg in Europa bei den Atlantiküberquerer_innen Betroffenheit ausgelöst.



Foto: Thor Heyerdahl

Dankbar

hlz 1-2/2022, S. 20ff

Etwas verspätet, aber mit großer Zustimmung habe ich den Beitrag "...und raus bist du!" des Kollegen Dierbach gelesen. Ich bin sehr dankbar, dass der Kollege das Thema anspricht und so ausführlich erklärt. Behavioristische Methoden sind leider auch meiner Erfahrung nach sehr verbreitet in Bildungseinrichtungen, und zwar unabhängig vom Alter der Adressat_innen. Bereits in der Krippe wird mancherorts fröhlich belohnt und bestraft. Wenn die Fachkräfte nicht um das zugrunde liegende Menschenbild und die Auswirkungen dieser Handlungen wissen, so ist es umso wichtiger, darüber aufzuklären bzw. die Auswirkungen ins Bewusstsein zu rufen. Zur Professionalität gehört schließlich, unsere Impulse und Entscheidungen stets zu hinterfragen und zu klären, ob unser Handeln wirklich den Adressat_innen oder nur bestimmten Abläufen und Strukturen nutzt und ob dies dann zu unserer fachlichen und somit auch politischen Haltung passt.

Kollegiale Grüße
LUCY BEULE

Bildungsauftrag erfüllt, aber...

hlz 12/20, Titel und S. 9

Liebe Redaktion der hlz, vor zwei Jahren habe ich mich sehr gefreut über den Bericht zum Bildungsweg von Herrn Şahin: Gesamtschule – Bildungsauftrag erfüllt! Nun warte ich gespannt auf die Erfolgsgeschichte!

Mit Steuergeldern wurde die Schulausbildung, das Studium bezahlt und Herr Şahin erhielt außerdem staatliche Fördergel-

der in Millionenhöhe für seine Firma. Heute ist er, die Zahl ist wahrscheinlich schon wieder überholt, mit 13 Milliarden der drittreichste Deutsche.

Trotz einer der Solidarität verpflichteten Gesamtschul-erziehung verhindert er die Freigabe der Impfpatente und hat es mitzuverantworten, dass die Menschen in Afrika kaum einen Impfschutz haben. Bitte positioniert euch dazu!

Ich bin seit 50 Jahren Mitglied der GEW und frage mich: Wie kann es sein, dass der Staat mit Steuergeldern hochqualifizierte Menschen ausbildet und wenn sie in der Wirtschaft erfolgreich sind, die Gewinne in private Taschen fließen?

Ich war eine überzeugte Gesamtschullehrerin und weiß, wie viel mehr wir hätten leisten können, wenn die finanziellen Mittel dafür dagewesen wären!

Ich will mich nicht beklagen, sondern zusammen mit euch nach Lösungsmöglichkeiten für eine gerechtere Gesellschaft suchen.

Mit solidarischen Grüßen
ELKE SCHÜRMAN

Keine Sippenhaft

Der Interessverband der gut 1300 britischen Privatschulen zählte im vergangenen Jahr 2327 Russ_innen in seinen Mitgliedschulen. Im Unterhaus kam die Frage auf, ob die russischen

Kinder mit Verbindungen zum Kreml nach Hause geschickt werden sollten. Boris Johnson antwortete, dass Kinder nicht für die Sünden ihrer Eltern zu büßen hätten.

Vandalismus

Als Unbekannte neulich Fenster an der Stadtteilschule Süderelbe einschlugen, gab es Alarmstimmung in der Boulevardpresse. Die Schulbehörde gab Entwarnung! Vandalismus an Schulen wird dort zwar nicht fallweise erfasst. Mit Blick auf die entstandenen jährlichen Schadenssummen sei aber nicht davon auszugehen, dass unsere Kinder zuletzt eine besondere Zerstörungslust entwickelt hätten.

Abnehmende Fähigkeiten

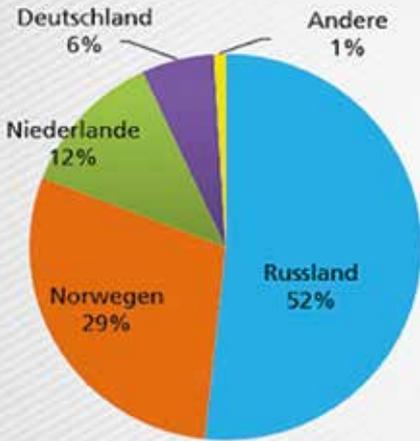
Während der Corona-Pandemie haben die Lesefähigkeiten von Viertklässler_innen in Deutschland nach einer neuen Studie gravierend abgenommen. Dies geht aus einer repräsentativen Studie des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund (IFS) hervor. Im Durchschnitt fehlten den Kindern ein halbes Schuljahr. Unter insgesamt fast 4300 getesteten Grundschüler_innen wiesen Kinder der vierten Klas-

Noch 1 Ausgabe von dieser hlz-Redaktion

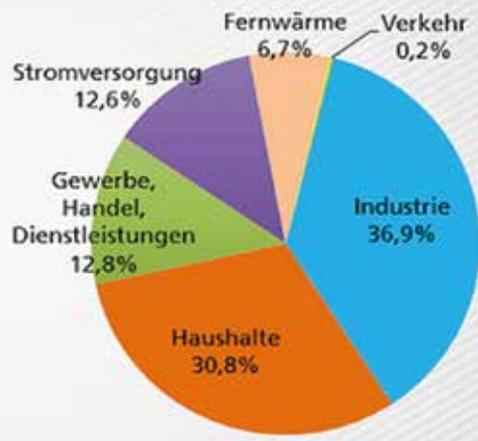
Nur noch wenige Tage bis zum Gewerkschaftstag am Montag, 25. April, auf dem laut Satzung der GEW-Hamburg die Redaktionsleitung der hlz neu gewählt wird. Unser Redaktionsleiter Joachim wird nicht mehr zur Wiederwahl stehen. Die Redaktionsarbeit wird dann von einer neuen Redaktion verantwortet – wenn sich denn eine neue findet (s. S. 70/71 und S. 81).

DIE REDAKTION

Herkunftsländer des in Deutschland verbrauchten Erdgases 2020



Erdgasverbraucher in Deutschland



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quellen: Statista, Handelsblatt

Wenn Deutschland auf russisches Gas verzichten würde, würde heizen massiv teurer. Viele Industriebetriebe müssten abgeschaltet werden. Das hätte Folgen für weitere Wirtschaftsbereiche. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturpolitik (IMK) warnt daher: Deutschland würde in eine tiefe Rezession stürzen. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit und soziale Verheerungen wären die Folge.

sen 2021 nach gut einem Jahr pandemiebedingter Einschränkungen eine „substanziell geringere“ Lesekompetenz auf als Viertklässler_innen 2016.

Mädchen lesen im Mittel weiterhin besser als Jungen. Bei beiden seien die negativen Effekte der Pandemie in etwa dem gleichen Ausmaß festgestellt worden, heißt es. Zwischen Kindern mit und ohne Migration sind die Unterschiede tendenziell noch größer. Und Viertklässler_innen mit ungünstigen Lernbedingungen verlieren den Angaben zufolge noch stärker als Kinder mit günstigen Bedingungen.

Klasse Klassen

16.839 Erstklässler_innen werden nach den Sommerferien eingeschult, 561 mehr als im Vorjahr, teilte die Schulbehörde mit. Die Zahl stieg innerhalb von fünf Jahren um rund 2200 Kinder. Das entspreche rund 100 zusätzlichen Klassen. Diesen Raumbedarf zu decken sei nur

möglich gewesen, weil sie den Schulbau in den letzten Jahren dramatisch angekurbelt hätten, so der Schulsenator. Pro Jahr fließen rund 360 Millionen Euro, finanziert durch öffentliche-private Partnerschaft (ÖPP), in den Schulbau.

Europa hinten

Überraschende Ergebnisse: Fast ganz Europa hinkt bei der Vermittlung digitaler Kompetenzen hinterher, wie eine aktuelle Fujitsu Studie zeigt. Eine Ausnahme bildet Dänemark, hier wurde schon sehr früh auf digitale Prozesse umgestellt. So arbeiten beispielsweise 86 Prozent der dänischen Schüler_innen mindestens einmal pro Woche online zusammen, während es in Deutschland nur zwölf Prozent sind. Auch das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien liegen zurück. Diese Diskrepanz ist zum Teil auf die mangelnde Akzeptanz seitens der Lehrkräfte zurückzuführen, die nicht die

dringende Notwendigkeit der digitalen Nutzung in den Schulen sehen: In Deutschland stimmen nur neun Prozent der Lehrenden dem Einsatz digitaler Medien im Unterricht „voll und ganz“ zu, in Dänemark sind es hingegen 64 Prozent.

Schweren Herzens

Wir haben uns entschlossen, die geplante 100jahr-hlz-Jubiläumsfeier am 7. Mai zu canceln. Wir müssen also die Einladung, wie in der letzten Ausgabe angekündigt, zurückziehen. Nachdem Hamburg für einen weiteren Monat zum Hotspot erklärt wurde, schien uns ein Fest mit Unterhaltung und Tanz, wie wir es angedacht hatten, ein Fest, bei dem es ein großes Wiedersehen und sich Austauschen geben sollte, zu risikoreich. Die 100 Jahre zu krönen mit einem Corona-Infektions-Hotspot wäre ein Desaster!

DIE REDAKTION



Wer mehr will, muss auf die Straße...

...so lautete die Überschrift unserer Pressemitteilung zum Warnstreik für die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes

Und da waren wir! Am 8. März reagierten die Gewerkschaften mit dem ersten Warnstreik; so auch in Hamburg. Mehr als zweitausend Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich daran. Warum war das schon so frühzeitig im Rahmen der Verhandlungen notwendig?

2009 hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erfolgreich für die Einführung einer eigenen Eingruppierungsordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst gestritten und den SuE-Teil als eigenständigen Tarifteil im TVÖD verankert. 2015 hatten wir für und mit den Kolleg_innen aus diesem Bereich mit über sechs Wochen andauernden Streik- und Arbeitskampfmaßnahmen eine Aufwertung der unter dem Sozial- und Erziehungsdienst einzuordnenden Berufsgruppen erreicht, die allerdings nicht alle die in sie gesetzten Erwartungen erfüllte. Schon 2015/2016 haben die Gewerkschaften den Arbeitgeberverbänden signalisiert, dass sie nach fünf Jahren Laufzeit den Tarifteil kündigen werden, um die noch einzuarbeitenden Aufwertungsschritte abzuschließen.

Aufgrund der Pandemie wurde die Kündigung um ein Jahr verschoben, so dass sie erst im letzten Quartal 2021 erfolgte.

Mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände, Vka, sind drei Verhandlungstermine vereinbart worden. Der erste Verhandlungstermin am 25. Februar diente dazu, die gewerkschaftlichen Forderungen darzustellen – die Arbeitgeber-

seite nahm die Forderungen mit Ablehnung zur Kenntnis.

Am 25. März endete der zweite Verhandlungstermin mit der Erkenntnis, dass die Arbeitgeberseite überhaupt kein Entgegenkommen signalisierte. Die dritte und bis dato letzte Verhandlungsrunde soll am 16. und 17. Mai stattfinden.

Zurückhaltendes Agieren der Arbeitgeberseite sind wir gewohnt, eine rundheraus komplette Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen, ohne jedenfalls anzudeuten, dass über irgendetwas verhandelt werden könne, ist aber eher unüblich. Nun sind wir Gewerkschaften geradezu herausgefordert, zum nächsten Warnstreik aufzurufen.

Das wird geschehen. Verdi will zunächst die Kitas, die nicht tarifgebunden sind, aber dennoch von dem Verhandlungsergebnissen der TVÖD profitieren, in die Tarifaueinandersetzungen mit einbeziehen, da diese Arbeitgeber in der Regel die Tarifschlüsse übernehmen. Sollte es einen Aufruf von verdi für diese Tarifanwender geben, so sind die Kolleg_innen, die in der GEW organisiert sind, befugt, an den Aktionen teilzunehmen. Wir benötigen nur vor der Teilnahme die Information von dem Mitglied, an welcher Aktion teilgenommen wird.

Der erste Warnstreik war ein guter und gelungener Auftakt. Neben den streikerfahrenen Kolleginnen und Kollegen nahmen auch viele neue Kolleg_innen am Streik teil und nutzen die Gelegenheit, Mitglied in der GEW

zu werden.

Die Forderungen sind vielfältig: neben einer höheren Eingruppierung für alle pädagogisch Tätigen bundesweit, die wir in Hamburg schon haben, steht für die Hamburger Kolleg_innen die Abschaffung der Absenkung für Erzieher_innen in den Stufen 5 und 6 der Tabelle SuE an. Für alle pädagogischen Kita-Kolleg_innen steht im Vordergrund, die Angleichung der Laufzeiten der einzelnen Stufen von bis zu 22 Jahren innerhalb einer Eingruppierung an die Gesamtlaufzeiten auf 15 Jahren, so wie es in der Verwaltung im TVÖD seit Beginn des TVÖDs festgeschrieben ist, um in die höchste Erfahrungsstufe der jeweiligen Entgeltgruppe zu kommen, durchzusetzen.

Eine geldwerte Angleichung der Stufen 6 (ab S11) auf den Stand, der in allen Kommunen außerhalb Hamburgs schon existiert, gehört ebenfalls zu den Forderungen. Sie gilt den Hamburger Kolleg_innen (nur ab Entgeltgruppe S11), damit auch sie auf das Bundesniveau der Werte in Stufe 6 kommen können. Die Umsetzung dieser Forderung ist nur mit einem zusätzlichen finanziellen Aufwand zu erreichen. Je höher die Belastungen ausfallen, die von den Kommunen zu schultern sind, desto notwendiger erscheint es uns, über länger andauernde Streikmaßnahmen nachzudenken. Wir kennen es aus den vorangegangenen Tarifrunden: erst, nachdem ein bundesweit geltendes Ergebnis vorliegt, werden wir in Hamburg

vom Hamburger Arbeitgeberverband arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg, AV-H erfahren, zu welchen Punkten Bereitschaft

besteht, auch für die Hamburger Kolleginnen und Kollegen eine Aufwertung zu vereinbaren.

Lest dazu unsere Tarinfos,

die im Newsletter für alle zugänglich sind.

JENS KASTNER, Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe

BETRIEBSRATSWAHLEN

Alle (vier) Jahre wieder

Eine sorgfältige Vorbereitung ist notwendig, weil viele Fallstricke bereit liegen

Im Zeitraum vom 1.3. bis zum 31.5. finden die regulären Betriebsratswahlen in den deutschen Betrieben statt. Eine Amtszeit dauert vier Jahre. Danach müssen wieder Kandidaturen präsentiert und ein Wahlvorstand einberufen werden. Dazu gehört dann, dass Wahlvorschläge auf Listen notiert werden müssen, die dann beim Wahlvorstand eingereicht werden. Der Wahlvorstand wird durch den amtierenden Betriebsrat bestimmt.

Die mannigfachen Details, die bei der Betriebsratswahl beachtet werden müssen, werden an dieser Stelle nicht erwähnt. Richter und Rechtsanwälte sind sich darüber einig, dass bei Betriebsratswahlen immer Fehler gemacht werden und sie daraufhin Anfechtungsgründe liefern. Unterschieden wird zwischen Nichtigkeit der BR-Wahl und der Ungültigkeit einer Wahl, wenn die Anfechtungsgründe von Anfechtungsberechtigten eingereicht werden. Das Arbeitsgericht hat dann darüber zu entscheiden.

Wenn das Gericht die Ungültigkeit der Betriebsratswahl feststellt, hört das fehlerhaft gebildete Betriebsratsgremium auf zu existieren. Handlungen, die der Betriebsrat in der Zwischenzeit vorgenommen hat, bleiben aber wirksam. Dies im Gegensatz zur Nichtigkeit der Wahl: Wenn diese festgestellt wird, behandelt man die Wahl, als sei sie nicht geschehen. Die Feststellung

der Nichtigkeit enthebt den Betriebsrat also sofort seines Amtes und macht alle Handlungen und Beschlüsse auch rückwirkend unwirksam.

Darüber hinaus gibt es Anfechtungsgründe, die aber nur zur Folge haben, dass sich die Zusammensetzung des BRs verändert, er aber als Gremium im Amt bleibt.

So kann es also nach durchgeführter Wahl noch passieren,

len Betriebsräten der Kita-Träger vertreten. So wird auch nach der Wahl der Betriebsrat im Hamburger Schulverein von 1875 e.V. in der Mehrheit aus GEW-Mitgliedern bestehen. Beim größten Kita-Träger in Hamburg, den *elbkinder-Kitas* mit knapp 7000 Beschäftigten, ist die von der GEW unterstützte Liste DOL bisher noch die kleinere Gruppe, aber dennoch ist sie in unübersehbarer Stärke im Betriebsrat



Foto: DGB

dass erst nach einer Arbeitsgerichtsverhandlung feststeht, ob der BR rechtsgültig seine Arbeit wahrnehmen kann. Allerdings gibt es für die Anfechtung Fristen. Die Anfechtung ist nur binnen zwei Wochen ab dem Tag der Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch Einreichung eines Antrages beim Arbeitsgericht möglich.

Eine nach Fristablauf eingegangene Anfechtung wird nicht mehr berücksichtigt, die Betriebsratswahl ist dann bis auf die Frage der Nichtigkeit unangreifbar geworden.

GEW-Mitglieder sind in vie-

und im Betrieb präsent. Bei vielen weiteren Trägern, wie z.B. DRK KiJu gGmbH, Rudolf-Balling-Stiftung, Fröbel-Kitas, finden sich GEW-Mitglieder in den Gremien.

Für die anstehenden Wahlen drücken wir unseren Kolleginnen die Daumen und sichern euch zu, dass in der Fachgruppe KiJu neben den Themen der Kita-Politik auch Fragen zum Tarif- und Arbeitsrecht behandelt werden können. In der nächsten Ausgabe werden wir über die Wahlergebnisse berichten.

JENS KASTNER, Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe

Kita-Warnstreik

Noch klappern und knattern wir nur!





GEW

Mehr Personal
=
glückliche
Kinder





DOL INFO ZUR
BR-WAHL MÄRZ BIS MAI 2022

Die Offene Liste kandidiert zur Betriebsratswahl im April und bittet euch um eure Unterstützung

Die Pandemie zeigt schonungslos, wie durch ein Brennglas, die bestehenden Probleme. Zu wenig Personal für zu viele Kinder, zu enge Kitas, oft veraltete Ausstattung usw. Viele bei den Elbkindern fühlen sich wieder von der Politik alleingelassen, zu wenig wertgeschätzt und diesmal sogar bewusst gefährdet. Der Senat macht politische Vorgaben und die Geschäftsführung ist für die Umsetzung verantwortlich. Genau hier setzt die Aufgabe des Betriebsrats ein. Er prüft, ob dabei die rechtlichen Grundlagen eingehalten werden und handelt betriebliche Regeln aus. Ihr seid somit nicht schutzlos.

Betriebsrat: Wer vertritt eure Interessen?

Die Mitglieder **Der Offenen Liste** setzen sich gemeinsam mit ihren unterschiedlichen Meinungen und Stärken für euch ein und vertreten eure Interessen, denn alle ziehen an einem Strang.

Es gibt unterschiedliche Interessen und Wünsche zwischen Belegschaft und Geschäftsführung. Diese sollten klar erkennbar sein und dann sollten Kompromisse ausgehandelt werden. Die Betriebsräte **Der Offenen Liste** vertreten euch im Konfliktfall oder wenn eine Abmahnung droht. Dabei wird versucht eine Lösung vor Ort zu finden, mit der alle leben können.

Was kann Die Offene Liste im Betriebsrat bewirken?

Die Offene Liste hat schon vieles erreicht bzw. auf den Weg gebracht. Sie fordert jetzt:

Höherer Gesundheitsschutz in der Pandemie und danach

Ein Klima des Vertrauens und der Wertschätzung und nicht des Misstrauens ist Voraussetzung, um diese Krise zu meistern.

Bessere Personalausstattung in Kitas, GBS und in der Zentrale

Regeln darüber, welche Aufgaben später erledigt werden können.

Mehr Partizipation für euch

Der Vorteil der Vielfalt der Elbkinder muss mehr zum Tragen kommen.

Vereinbarungen für den Hausbereich und die GBS, die die Interessen der Betroffenen schützen.

Beteiligt euch an der Betriebsratswahl

Zur nächsten Betriebsratswahl werden sich vermutlich mindestens zwei Listen zur Wahl stellen. Betriebsratswahlen sind ein hohes demokratisches Gut. Ihr legt mit eurer Stimme die Mehrheiten im Betriebsrat fest, gebt mit eurer Stimme **Der Offenen Liste** die Chance, für eure Interessen und euer Recht einzustehen. Damit könnt ihr beeinflussen, wie Positionen im Betriebsrat vertreten werden und sich damit für euch und eure Interessen / Rechte stark gemacht wird. So habt ihr ein Mitspracherecht.

Macht von eurem Wahlrecht Gebrauch. Jede Stimme zählt!

Es geht um eure Interessen und wie sie im Betrieb in Zukunft vertreten werden!

DOL Ansprechpartner_innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

„Zu den Tarifverhandlungen haben wir hier einige Fakten zusammengestellt.“

Mit diesem Satz endet die Veröffentlichung der Geschäftsführung im Info zum Warnstreik vom 08.03.22. Das Ganze ist in grün unterlegt und beim Draufklicken werden die sogenannten „Fakten zur Tarifverhandlung 2022 im Sozial- und Erziehungsdienst“ angezeigt.

Ohne erkennbare Sinnhaftigkeit werden darin Berufsgruppen verglichen, die nichts miteinander zu tun haben. Erzieher_innen und SPAs werden mit Bürokauffrauen, Gesundheits- und Krankenpflegekräften und Physiotherapeut_innen verglichen.

Beispielsweise sind die Voraussetzungen und die Ausbildungslängen der einzelnen Berufe unterschiedlich. Auch sind dort Berufsgruppen zu finden, die keinem Tarifvertrag angehören. Ebenfalls problematisch ist, dass lediglich Zahlen aufgelistet werden. Es werden keinerlei Infos zur Dauer, bis man die Endstufen erreicht hat oder belastbare Zahlen darüber, wie viele Kolleg_innen sich dort befinden etc., geliefert. Außerdem sind die Zahlen verwendet worden, die erst ab 01.4.22 gelten und mühsam erkämpft worden sind.

Fakten müssen bestimmten Kriterien standhalten

Die Offene Liste ist der Ansicht, dass das keine Faktensammlung ist, sondern vielmehr ein Aufruf an die Elternschaft, ihr Unverständnis zu den Streiks zu äußern.

Wer darf diese Stimmung, die mit eventuellen neuen Streikaufrufen kommt, ausbaden?

Nicht die Geschäftsführung, sondern Leitungskräfte und pädagogische Kräfte. Die Geschäftsführung äußert in dem Eltern-Info ihre Meinung zu den Streiks sehr deutlich.

Das ist eine Ohrfeige für alle Beschäftigten, die seit Jahren, aber besonders während der Corona-Pandemie, den Betrieb am Laufen gehalten haben und zwar ohne besondere Schutzmaßnahmen und ohne großartige gesellschaftliche oder betriebliche Anerkennung.

Wenn Unverständnis über die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen die Reaktion der Geschäftsführung ist, dann sagt Die Offene Liste in aller Deutlichkeit, dass dies in eine völlig falsche Richtung geht.

Kita-Personal – und hierzu zählen wir alle Beschäftigten, die in einer Kita arbeiten – ist Mangelware. Solche Statements und Aussagen tragen nicht dazu bei, Kolleg_innen zu binden, geschweige denn Neue zu gewinnen.

Liebe Kolleg_innen, wie seht ihr die Veröffentlichung seitens der Geschäftsführung? Hattet ihr bereits Auseinandersetzungen bezüglich dieser Thematik?

Schreibt uns gern eure Meinung und meldet euch bei **Der Offenen Liste**.

Die Offene Liste fordert mehr Anerkennung, eine echte Aufwertung und materielle Wertschätzung der Beschäftigten der Elbkinder! Insbesondere in Erwartung der neuen zusätzlichen Herausforderungen!

Die Offene Liste

– die erste Wahl für euer Recht! –

Denn:

Alle ziehen an einem Strang



Ein Schlag ins Gesicht der Pensionär_innen

Kritik an unzureichender Interessenvertretung durch die GEW

„Corona-Prämie kommt früher als erwartet“ – unter diesem Titel schrieb die GEW Hamburg in ihrem Newsletter:

„Anders als im letzten Newsletter angekündigt, dürfen sich die Tarifbeschäftigten und die aktiven Beamt_innen der Freien und Hansestadt Hamburg bereits Ende Februar über die Auszahlung ihrer steuerfreien Corona-Sonderzahlung freuen.

Wer sich allerdings nicht freuen kann, sind die Pensionär_innen, denn sie bekommen die Prämie trotz deutlicher Kritik der GEW nicht und gehen bis zur Bezügerhöhung im Dezember 2022 leer aus.“ (24.2.2022)

Ich als Ruheständler fühle mich von diesen Aussagen der GEW Hamburg verhöhnt! 14 Monate nichts, dann klägliche 2,8 Prozent ab Dezember 2022. Anfangs wurde noch Hoffnung vorgetäuscht, dass eventuell ein Festgeld drin ist. Davon hört man auch nichts mehr. Eine offizielle Preissteigerungsrate von inzwischen 7,3 Prozent und weiter rasant steigende Preise – das ist die Realität (siehe die Anzeigetafeln an den Zapfsäulen).

Wo ist die deutliche Kritik der GEW? Ich habe davon nichts bemerkt. Auf Anfrage in der Geschäftsstelle hieß es: Ver.di als Verhandlungsführer der DGB-Gewerkschaften hat Schuld.

Beschönigung oder Protest?

Schon vorher war in der ersten GEW-Stellungnahme zum Tarifabschluss nicht einmal erwähnt worden, dass die Ruheständler_innen erstmal leer ausgehen. Unter dem Titel „Schwieriger Abschluss in schwieriger Corona-

Zeit“ wurde der lineare Abschluss zwar als nicht zufriedenstellend bezeichnet. Gleichzeitig lobte die Hamburger GEW-Tarifexpertin Birgit Rettmer „eine – zugegebenermaßen – erfreulich hohe Coronaprämie für alle Beschäftigten“ (hlz 12/2021, S. 11). Wer nicht zwischen den Zeilen zu lesen wusste, musste annehmen, dass dieser Bestandteil des Abschlusses wie üblich auf Beamt_innen und Pensionär_innen übertragen würde.

Erst nach 11 Wochen meldete die GEW Hamburg, dass die Gewerkschaften die 14 Leermonate für Pensionär_innen „scharf kritisiert“ hätten

Erst nach elf (!) Wochen meldete die GEW Hamburg auf ihrer Internetseite, dass die Gewerkschaften die 14 Leermonate für Pensionär_innen „scharf kritisiert“ hätten. Immerhin war nun auch davon die Rede, dass die Gewerkschaften „eine Einmalzahlung für die Versorgungsempfänger_innen“ beim Gesetzgebungsverfahren zur Übertragung des Abschlusses auf die Beamt_innen „einfordern“ würden (17.2.2022).

Kann die GEW die Interessen der pensionierten Mitglieder nicht besser vertreten? Warum wird ein früherer und schärferer Protest ausgerechnet anderen Verbänden überlassen, die sonst im Tarifkampf nicht in Erscheinung treten?

Aussagen wie die folgenden gab es, aber nicht von der GEW:

- „Besoldungsanpassung: Spaltung der Beamtenschaft in Aktive und Ruheständler“

- „Ausgerechnet die Gruppe, die heute von den drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten besonders hart betroffen ist, wird nun von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt“

Beim Deutschen Beamtenbund (DBB) in NRW hieß es schon am 8.12.2021: „Aus den Augen, aus dem Sinn! Der DBB NRW fordert einen Ausgleich für Pensionärinnen und Pensionäre.“

Die GEW gab sich dagegen schon beim Auftakt der Tarifrunde unterwürfig. So beklagte unsere Bundesvorsitzende Maike Finne, dass die bösen Arbeitgeber ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht nachkommen wollten, und Corona war natürlich an allem Schuld (Daniel Merbitz, GEW-Verhandlungsführer). So ist Kampf um gerechte Löhne nicht möglich. Man hätte ja auch die Tarifrunde aussetzen können, wenn ein Kampf nicht möglich ist.

Nachverhandlungen nötig

Das Tarifiergebnis ist ein Schlag ins Gesicht aller Pensionär_innen, die jahrzehntelang ihrer Gewerkschaft die Treue gehalten haben. Nachverhandlungen sind unbedingt notwendig! Und es soll keiner sagen, es sei kein Geld vorhanden. 100 Milliarden für die Bundeswehr wurden soeben mal kurz mit stehendem Applaus beschlossen!

ROLF URBAN / Ruheständler

Warum bekomme ich keine Corona-Prämie?

Präzedenzfall für weitere Einsparungen bei Versorgungsempfänger_innen

Die im Tarifabschluss vereinbarte Corona-Prämie von 1300 Euro soll eine Unterstützung des Arbeitgebers wegen der zusätzlichen Belastung durch die Corona-Krise sein. Ich habe während der Pandemie bis zum Sommer 2021 als Stadtteilschullehrer gearbeitet und war in dieser Zeit von den zusätzlichen Belastungen betroffen: Corona-infiziert, Fernunterricht, Präsenzunterricht und Notbetreuung in verschiedenen Gruppen.

Hätte ich mich ab dem 1.8. ohne Bezüge beurlauben lassen, stünden mir jetzt 1300 Euro Prämie zu. Aber: Ich bin stattdessen zum 1.8. in den Ruhestand gegangen und soll deshalb leer ausgehen! Grund: Voraussetzung für die Sonderzahlung ist

nicht nur mindestens ein Tag Anspruch auf Arbeitsentgelt ab dem 1.1.2021, sondern man muss auch am 29.11.2021 unter den Geltungsbereich des TV-L oder des Hamburgischen Besoldungsgesetzes fallen.

Die Arbeitgeber behaupten, die Extrazahlung werde „zum Dank und als Anerkennung für die außergewöhnlichen Leistungen“ gewährt und nicht als Ausgleich für allgemeine – auch pandemiebedingte – Mehrbelastungen (laut GEW-Erklärung vom 17.2.). Aber dann müsste ich doch auch die Prämie erhalten.

Tatsächlich geht es bei diesem Verfahren aber wohl vor allem darum, die insgesamt rund eine Million Versorgungs-

empfänger_innen von der Prämie auszuschließen – immerhin eine Einsparung von etwa 1,3 Milliarden Euro! Es liegt der Verdacht nahe, dass es sich um einen Präzedenzfall handelt und weitere Ungleichbehandlungen dieser Gruppe folgen. Dafür ist das neue Energiegeld von 300 Euro bereits ein Beispiel: Dieses bekommen Rentner_innen und Pensionär_innen auch nicht (Sind sie etwa nicht von den Preiserhöhungen betroffen?).

Die Haltung der Arbeitgeber zeugt von geringer Wertschätzung gegenüber langjährig Beschäftigten.

MANNI HEEDE
Ruheständler seit 1.8.2021

ANGLEICHUNGSZULAGE

Pensionär_innen erneut ausgeschlossen

Beamt_innen sollen rückwirkend für die Jahre 2021 bis 2025 eine zeitlich befristete Angleichungszulage erhalten. Die Angleichungszulage sollen jedoch nur die aktiven Beamt_innen erhalten. Daneben werden – wie angekündigt – die Besoldung und Versorgung gemäß dem Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder zum 1. Dezember 2022 um 2,8 Prozent erhöht. Dies sieht nach Informationen des DGB Nord ein Gesetzentwurf des Senats vom 5.4. vor.

Mit der Angleichungszulage soll die Verfassungskonformität der Hamburger Beamtenbesoldung gesichert werden. Der DGB schreibt: „Der Gesetzentwurf kommt im Rahmen

seiner Prüfung der Verfassungskonformität zu dem Ergebnis, dass mehrere Prüfparameter aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation nicht eingehalten werden.“

Für 2021 soll die Angleichungszulage nach Verkündung des Gesetzes ausgezahlt werden, für 2022 bis 2025 jeweils mit den Dezemberbezügen.

DGB für Nachbesserungen

Der DGB begrüßt in seiner Erklärung den Gesetzentwurf wegen der Übernahme des Tarifabschlusses, fordert aber Nachbesserungen für die Versorgungsempfänger_innen. Die erneute Nichtberücksichtigung dieser Gruppe bei der Gewähr-

ung der Angleichungszulage sei „hochgradig problematisch“ und „nicht hinnehmbar“.

Im März hatte die Bürgerschaft die im Tarifvertrag vereinbarte steuerfreie, tarifliche Einmalzahlung (Coronaprämie) für aktive Beamt_innen übertragen. Der DGB und seine Gewerkschaften hätten dabei gegen die Nichtberücksichtigung der Versorgungsempfänger_innen deutlich Position bezogen.

Der DGB hat angekündigt, er werde sich in die Diskussion zum neuen Gesetzentwurf bei einem Termin mit dem Personalamt „intensiv einbringen“. Über weitere Aktionen ist noch nichts bekannt.

MH



Von wackligen Karriereleitern und morschen Sprungbrettern

Bundesweites Streiksemester – Studentisch Beschäftigte an den Universitäten kämpfen für einen Tarifvertrag (TVStud)

Im Frühjahr 2021 begann der erste bundesweite Arbeitskampf von Studentischen Beschäftigten an Universitäten und Forschungseinrichtungen: Mit der Kampagne „Keine Ausnahme!“ machten Studentische „Hilfskräfte“ und Tutor_innen auf ihre prekären Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen aufmerksam. In den Forderungen befanden sie sich auf die weiterhin bestehende Ausnahmeklausel, die Studentische Beschäftigte sowohl von den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes als auch von einer betrieblichen Mitbestimmung ausschließt. Neun Monate und mehrere Warnstreiks später sind die Verhandlungen der Ländertarifrunde abgeschlossen – und eine Ge-

sprächszusage über die Arbeitsbedingungen der Studentischen Beschäftigten Teil des Tarifergebnisses.

Organisierung wirkt

Die derzeitigen Beschäftigungsbedingungen mit einer Bezahlung knapp über dem Mindestlohn und endlos aneinandergereihten Kettenverträgen mit kurzen Laufzeiten bedeuten für die Studentischen Beschäftigten eine höchst unsichere Studienfinanzierung. Die Mehrfachabhängigkeit als Studierende und Beschäftigte tut ihr Übriges, eine Organisierung der traditionell eher gewerkschaftsfernen und stark fluktuierenden Gruppe der Studentischen Beschäftigten zu erschweren. Was oft als ange-

liche Karriereleiter oder Sprungbrett in den wissenschaftlichen Betrieb verkauft wird, ist, wenn es denn überhaupt als solches funktionieren kann, morsch und rostig. Hier bedarf es einer Perspektive, die das eigene Handeln kurzfristig erforderlich macht. Eine solche wurde für das Ziel eines Tarifvertrags für Studentische Beschäftigte (TVStud), welches zuletzt 1991 Thema zwischen den Tarifparteien des Öffentlichen Dienstes war, mit der Adressierung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) geschaffen. Mit Erfolg!

Seit Kampagnenstart erfahren die bereits bestehenden TVStud-Initiativen neuen Zulauf, in mehr als 30 weiteren Städten haben sich ebenfalls Studentische Beschäftigte und Unterstützer_innen zusammengeschlossen. In Hamburg besteht bereits seit 2019 eine TVStud-Initiative an der Universität Hamburg (UHH). Im Laufe des letzten Jahres wurden weitere Gruppen an der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) und der HafenCity Universität (HCU) gegründet, um auch dort die Studentischen Beschäftigten für den Arbeitskampf zu gewinnen.

„Wir haben die Schnauze voll!“

Um für mögliche Verhandlungen mit der TdL gewappnet zu sein, wurde am 26. Juni 2021 eine



Wo Rauch ist, ist auch Feuer

Studentische Tarifkommission gegründet, mit der die Interessen der rund 4.000 Studentischen Beschäftigten in Hamburg vertreten werden sollen. Eine Woche später übergaben rund 50 Kolleg_innen die Forderungen der studentischen Kampagne „Keine Ausnahme!“ dem Hamburger Finanzsenator und erstem Stellvertreter des Vorsitzenden der TdL, Andreas Dressel. Dieser sicherte zwar zu, die Forderungen nach einem studentischen Tarifvertrag an die TdL weitergeben zu wollen, erteilte jedoch einem Hamburger Alleingang eine direkte Absage. TV-Stud Hamburg nahm ungeachtet dessen immer mehr Fahrt auf. Je näher die TV-L-Verhandlungen rückten, desto größer wurde die Bewegung. Als Vorbereitung für den ersten Streik Studentischer Beschäftigter in Hamburg klappten studentische Kolleg_innen über mehr als vier Wochen unzählige Büros und Kontakte ab, um weitere Mitstreiter_innen gewinnen und organisieren zu können. Auch Probleme wurden nun praktisch und unkompliziert gelöst. Als die Universität Ham-

burg eine Raumanfrage für ein Streikcafé ablehnte, wurde passend zum Semesterstart ein Hörsaal in der Sozialökonomie (ehemalige HWP) unter dem Motto „Wir haben die Schnauze voll!“ besetzt und ein Streiksemester ausgerufen. Im Zuge von daran anschließenden Verhandlungen mit der Universitätsleitung und der Wissenschaftsbehörde wurde ein Seminarraum zur Verfügung gestellt, der seitdem für die Planung, Organisation und Durchführung von Streiks, für Workshops, aber auch von anderen Initiativen kreativ genutzt werden kann.

Im Oktober und November nahmen die studentischen Kolleg_innen der UHH, HAW und HCU an vier Streiks teil, die sowohl geschlossen mit allen Kolleg_innen aus dem TV-L-Bereich als auch gemeinsam mit einzelnen Beschäftigtengruppen wie den Hausmeister_innen stattfanden. Mehrmals wurde dabei die Finanzbehörde von Andreas Dressel besucht, um der Wut über die Blockadehaltung der TdL Ausdruck zu verleihen. Dies scheint durchaus Wirkung

gehabt zu haben. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen sieht eine Gesprächszusage über die Arbeitsbedingungen von Studentischen Beschäftigten vor! In Hamburg hatte dies ebenfalls Auswirkungen. Auf eine schriftliche Aufforderung zur Aufnahme von Gesprächen reagierten sowohl Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank als auch Andreas Dressel mit einer Zusage. Darüber hinaus wird in Zusammenarbeit mit dem Institut Arbeit und Wirtschaft Bremen eine bundesweite Erhebung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen Studentischer Beschäftigter durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragung werden den Forderungen nach einem bundesweiten TVStud und nach betrieblicher Mitbestimmung weiteren Ausdruck verleihen und die gegenwärtigen und kommenden Vorsitzenden der TdL zum Handeln auffordern. In jedem Fall gilt: Wir machen Druck, denn wir haben die Schnauze voll!

CHRISTOPHER KIRSCHNER
ANN-KATHRIN HOFFMANN
Uni Hamburg

Ausbeutung

Im Wintersemester 2020/2021 war ich Tutorin im Rahmen einer Einführungsveranstaltung eines sozialwissenschaftlichen Bachelorstudiengangs an der Universität Hamburg. Für die Zeit erhielt ich für zwei Tutorien eine „Gesamtvergütung“ von 458,68 €, was bei einer vorgesehenen Zeit von 10 Stunden pro Woche einen Stundenlohn von 11,47 € macht. Meine Aufgaben waren das Vorbereiten und Durchführen von Tutoriumssitzungen, in denen der Lernstoff aus den Vorlesungen und den dazugehörigen Seminarstunden noch einmal nachbesprochen werden sollte. Daneben war ich für die Verwaltung der drei Prüfungsleistungen zuständig. Dies bedeutete, unzählige Mails mit den Kolleg_innen auszutauschen, Fragen von Studierenden zu beantworten und die Korrektur der Prüfungsleistungen zu koordinieren. Die vorgesehenen Wochenstunden habe ich nicht selten überschritten. Mein Vertrag lief regulär am 28.02.2021 aus, meine

Arbeit beendete ich Ende März. Da es sich hier um eine Gesamtvergütung handelt, gibt es keine Überstunden und dementsprechend keine Bezahlung für zusätzliche Arbeitsleistungen. Hätte ich mich regelkonform verhalten und meine Arbeit Ende Februar eingestellt, wäre die Arbeit meinen Kolleg_innen ohne Professor_innentitel zugefallen, die dann ebenfalls über ihre reguläre Arbeitszeit hinaus die Aufgaben erledigt hätten. Weiterzuarbeiten war sicherlich meine eigene Entscheidung. Das ändert aber nichts an den strukturell schlechten Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Bereich, von denen eben auch studentische Beschäftigte betroffen sind und die sich mit ihrer Anstellung an den Professuren, in den Fachbibliotheken und Sekretariaten ihr Studium finanzieren. Die Erzählung von angeblichen Karriereleitern und Sprungbrettern in die Wissenschaft sind zynisch. Sollte es sich tatsächlich um Leitern und Sprungbretter handeln, sind diese dringend sanierungsbedürftig, wie so vieles an der Universität Hamburg.

ANN-KATHRIN HOFFMANN / Uni HH



Auf die Straße am Tag der Arbeit

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

endlich wieder geMAInsam auf die Straße für Solidarität und Gute Arbeit!

Dieses Jahr können wir am 1. Mai wieder geMAInsam kraftvoll auf die Straße gehen – für eine solidarische, mitbestimmte und gerechte Zukunft!

GeMAInsam sind wir stark – und jede_r ist dabei wichtig!

Egal wo und was du arbeitest – DU bist der wichtigste Teil unserer Arbeit. Zusammen mit dir setzen wir uns für anständige Arbeitszeiten, gerechte Bezahlung und sichere Arbeitsbedingungen ein. Wir kämpfen dafür, dass die ökologische Transformation auch sozial gerecht wird und wir engagieren uns für Frieden und Abrüstung. – Damit wir unseren Kindern eine lebenswerte Welt übergeben. Wir zeigen uns solidarisch mit unseren Kolleg_innen aus anderen Ländern. GeMAInsam setzen wir uns für Gute Arbeit in Hamburg ein. Dafür gehen wir dieses Jahr am 1. Mai auf die Straße – sei dabei!

Verbesserungen fordern – und Erreichtes feiern!

Gewerkschafter_innen setzen sich füreinander ein. Bei uns wird niemand allein gelassen. Egal ob direkt im eigenen Betrieb oder auf der ganz großen Bühne, auf der wir uns im letzten Jahr für den Mindestlohn und einen besseren Schutz von Betriebsrät_innen, für gute Arbeitsbedingungen trotz Corona-Pandemie und Equal Pay eingesetzt haben. Auch das wollen wir am 1. Mai – unserem Tag – mit euch zusammen feiern.

**Deswegen:
SEI DABEI AM 1. MAI –
auf St. Pauli,
in Bergedorf und Harburg!**

DGB HH

11:00 Uhr Maidemonstration, Motto: Lasst uns geMAInsam die Zukunft gestalten: solidarisch, mitbestimmt, gerecht!

Treffpunkt: Heußweg (Nähe U-Bahn-Station Osterstraße)

12:00 Uhr Kundgebung auf der St. Pauli Fischmarktstraße

Es sprechen:

Tanja Chawla, Vorsitzende DGB Hamburg
Karsten Burckhardt, Mitglied des IG BAU-Bundesvorstands, Sven Peters, Betriebsrat Lichtblick SE, Yavuz Daşkin, DGB-Jugend Hamburg/Nord
Mit Musik von Microphone Mafia und der Marchingband SuperBrass

• Kinderfest: Die Falken • Infomeile • Food Trucks, Grill, Getränke

DGB Bergedorf

10 Uhr Maidemonstration, Lohbrügger Markt Bergedorf

12 Uhr Kundgebung im Rathauspark Bergedorf

Es sprechen:

Ernst Heilmann (DGB Bergedorf), Michael Petersen und Jörn von Seth (BR Federal Morgul), Cornelia Schmidt-Hoffmann (Bezirksamtsleiterin Bergedorf)

Musik: Rock die Straße

• Infostände: Getränke und Imbiss

DGB Harburg

10.00 Uhr Maidemonstration Harburg, Treffpunkt: Rathausplatz

11.00 Uhr Kundgebung Rathausplatz

Es sprechen:

Sophie Fredenhagen, Bezirksamtsleiterin Harburg
Jan-Marcus Hinz, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Airbus[1] Operations, Wolfgang Brandt, DGB-Harburg

Musik: Trio Kosmopolka

• Infostände Harburger Initiative



Senat legt Gesetzesentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung vor

Der Senat hat am 5. April 2022 dem DGB den Entwurf eines Hamburgischen Gesetzes zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2022 zum beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahren vorgelegt. Mit dem Gesetzesentwurf soll unter anderem die lineare Komponente des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst der Länder auf die Besoldung und Versorgung übertragen werden.

Am 2. März hat die Bürgerschaft bereits die Übertragung der steuerfreien, tariflichen Einmalzahlung auf die aktiven Beamt*innen beschlossen. Der DGB und seine Gewerkschaften haben dabei gegen die Nichtberücksichtigung der Versorgungsempfänger*innen deutlich Position bezogen.

Was sieht der aktuelle Gesetzesentwurf nun vor?

Der Gesetzesentwurf sieht im Wesentlichen zwei Regelungen vor: Zum einem werden gemäß dem Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder die Besoldung und Versorgung zum 1. Dezember 2022 um 2,8 Prozent erhöht, zum anderen für die Jahre 2021 bis 2025 **rückwirkend** eine **zeitlich befristete** Angleichungszulage eingeführt. Die Angleichungszulage sollen **nur die aktiven Beamt*innen** erhalten.

Die rückwirkende Auszahlung der Angleichungszulage für 2021 soll zeitnah nach Verkündung des Gesetzes erfolgen, in den Jahren 2022 bis 2025 erfolgt die Auszahlung mit den Dezemberbezügen. Nach dem Jahr 2025 soll die Angleichungszulage wieder entfallen.

Die Höhe der Angleichungszulage richtet sich nach der durchschnittlichen monatlichen Besoldung im Bezugsjahr, sie beträgt in den Jahren 2021 und 2022 jeweils 33 Prozent und in den Jahren 2023 bis 2025 jeweils 20 Prozent des Bezugswertes.

Warum soll eine Angleichungszulage eingeführt werden?

Der Gesetzesentwurf kommt im Rahmen seiner Prüfung der Verfassungskonformität zu dem Ergebnis, dass mehrere Prüfparameter aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation nicht eingehalten werden. Mit der Angleichungszulage und einem noch in 2022 folgenden weiteren Gesetzesentwurf für ein **Besoldungsstrukturgesetz** soll die Verfassungskonformität der Hamburger Beamtenbesoldung gesichert werden. Dies erklärt auch die rückwirkende Gewährung der geplanten Angleichungszulage für 2021.



Weitere Infos und Seminarangebote unter gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Selbstmanagement – bei sich selbst ankommen

In diesem Seminar geht es um die persönliche Entwicklung eines ganzheitlichen Selbstmanagements, das alle wichtigen Lebensbereiche dauerhaft in Balance bringt. Wir klären, wie wir unseren Arbeitsalltag bewusster in die Hand nehmen können, so dass wir uns nicht mehr so oft als Getriebene empfinden. Wir erfahren, wie wir für uns mittels spezieller Atem-, Achtsamkeits- und Bewegungsübungen Freiräume schaffen können, aus denen wir erfrischt und inspiriert hervorgehen. Schließlich erarbeiten wir uns Strategien, Ressourcen für Veränderungsprozesse dauerhaft im Alltag zu integrieren und zu verankern.
Fr. 22.4.2022, 15 Uhr
Sa. 23.4.2022, 15 Uhr
Nordkolleg in Rendsburg, www.nordkolleg.de
Leitung: Iris Natorp
Kostenanteil: 40 € inkl. Verpflegung/Unterkunft (ermäßigt: 20 €, Nicht-Mitglieder: 150 €)

Achtsamkeit und Anerkennung im Arbeitsalltag

Wie können wir es schaffen, unseren pädagogischen Alltag zu meistern und aufmerksam für unsere Belastungen und für die Anderer zu sein? Während des Seminars geht es darum, in die geistige und körperliche Entspannung zu kommen und unsere täglichen Aktivitäten aus der Vogelperspektive anzuschauen. Über die Wahrnehmung von Körpersignalen in Bezug auf die alltäglichen und besonderen Herausforderungen im Lehr- und Lernalltag ergeben sich mögliche Handlungsspielräume: Was tut mir gut? Was tut

mir nicht gut? Was braucht es, um missliebige Situationen zu verändern? Und: was kann ich dafür allein anstoßen und wo lohnt es sich, sich mit anderen zusammenzuschließen?
Samstag 23.4.2022, 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Christina Castillon
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Entspannung: Qigong

Langsame Bewegungen die weder die Gelenke belasten, noch eine große körperliche Fitness voraussetzen, führen zu stabiler Gesundheit, psychischem Gleichgewicht und einer bewussten Lebensweise – das ist die chinesische Kunst des Qigong, die sich zu Recht bei uns steigender Beliebtheit erfreut. Das Seminar ist auch für Fortgeschrittene geeignet.
Samstag 30.4.2022, 11-15 Uhr
Bedingungen: s.o.

Umgang mit Konflikten

Konflikte kosten Zeit, Geld und Nerven. Doch sind sie unvermeidlich, wenn Menschen miteinander zu tun haben. Im Seminar erfahren wir, wie Konflikte entstehen, warum sie eskalieren, wie sie sich vermeiden lassen und wie sie Beziehungen auch nachhaltig verbessern können. So lernen wir, welche Rolle individuelle Interessen und Bedürfnisse in Konflikten spielen und wir erfahren, was zu einer mutigen und wertschätzenden Konfliktkultur gehört.
Samstag 7.5.2022, 10-17 Uhr
Bedingungen: s.o.

Resilienz – Innere Stabilität und Belastbarkeit

Pädagog_innen müssen im Alltag von Schule und Kita immer neuen Anforderungen gerecht werden und kämpfen häufig gegen hohe Ansprüche. Resilienz (Widerstandsfähigkeit, Bewältigungskompetenz) trägt dazu bei, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, innere Balance zu finden und gesund zu bleiben. Im Seminar erfahren die Teilnehmenden durch praktische Übungen, was sich hinter den Haltungen resilienter Menschen verbirgt und wie sie diese persönlich für ihren Alltag nutzen können und diskutieren Möglichkeiten und Grenzen des Resilienzkonzeptes.
Samstag 14.5.2022, 10-17 Uhr
Bedingungen: s.o.

Was darf ich, was muss ich?

Dieses Seminar bietet in kompakter Form Informationen und Austausch zu wichtigen Themen des Berufs. Es werden die wichtigsten Regelungen des Schulrechts vorgestellt und daraus Handlungsstrategien entwickelt, wie wir diese Rechte in konkreten Situationen erfolgreich einfordern können. Es gibt auch Zeit für einen Austausch und auch „dumme Fragen“ sind erlaubt. Die genauen Themen bzw. besprochenen Fallbeispiele werden nach den Bedürfnissen der Teilnehmenden festgelegt.
Di., 3.5.2022, 17-19.30 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Leitung: Frank Hasenbein, César Varela
Kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder: 10 €)

Online-Seminar: Neutralität an der Schule?

Viele Lehrkräfte an Schulen sind angesichts eines von der AfD behaupteten und von einigen Medien unkritisch übernommenen „Neutralitätsgebots“ verunsichert: Gibt es tatsächlich eine Neutralitätspflicht an Schule? Wann darf oder wann muss ich mich als Lehrkraft politisch positionieren? Bei welchen Äußerungen muss, wann sollte eine Lehrkraft eingreifen? Wir klären die Rechtslage und stärken das Selbstverständnis und auch das Selbstbewusstsein der Lehrkräfte.

*Dienstag 10.5.2022, 17-19 Uhr
Leitung: Frank Hasenbein
Bedingungen: s.o.*

Lebensbereiche ausbalancieren

Um seelisch und körperlich

gesund zu bleiben, müssen vier Lebensbereiche dauerhaft in Balance gehalten werden: der Allein-Raum, der Körper-Raum, der Kontakt-Raum und der Leistungs-Raum. Ist ein Lebensbereich zu dominant, kommen wir aus der Balance. Im schlimmsten Fall droht am Ende der Zusammenbruch des ganzen Systems, der Burnout. In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit dem Balance-Modell - DEM Modell zur Vorbeugung von Stress und Burnout.

Wir gehen der Frage nach, wie wir dauerhaft in einer für uns persönlich guten Balance bleiben können. Gemeinsam nehmen wir unser Selbst-, Zeit- und Stressmanagement unter die Lupe, gehen auf eine Entdeckungsreise durch die vier Lebensbereiche und entwickeln erste Ideen, um gut ausbalan-

ciert alle Bereiche im Auge zu behalten.

Fr. 13.5.2022, 15 Uhr

Sa. 14.5.2022, 16 Uhr

Villa Ulenspiegel, Ulenspiegel

e.V., Looper Weg 94,

24589 Schülp

Leitung: Angela Harting

Kostenanteil: 40 € für GEW-

Mitglieder inklusive Verpflegung

(ermäßigt: 20 €,

Nicht-Mitglieder: 150 €)

Anmeldung

Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

SERVICE

Beamtenversorgung

Versorgungsabschlag bei einer Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen

Bei einer Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen wird grundsätzlich ein Versorgungsabschlag von der Pension abgezogen. Dieser Versorgungsabschlag beträgt 0,3 Prozent für jeden Monat des vorzeitigen Ruhestandes, maximal 10,8 Prozent. Er wird berechnet für die Zeit von der Versetzung in den Ruhestand bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres.

Derzeit gelten noch Übergangsbestimmungen, die bewirken, dass sich der Zeitraum vom Ruhestandsbeginn bis zwei Jahre vor der persönlichen Regelaltersgrenze verkürzt.

Wer vor dem 01.01.2024 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt wird, für den wird ein Versorgungsabschlag nur für den Zeitraum von der Versetzung in den Ruhestand bis zum vollendeten 63.

Lebensjahr erhoben, wenn eine Beschäftigungszeit von 35 Jahren nachgewiesen wird. Ab dem 01.01.2024 gilt das Gleiche bei einer Beschäftigungszeit von 40 Jahren.

Zu den Beschäftigungszeiten zählen neben den ruhegehaltfähigen Dienstzeiten auch Pflichtbeitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, Zeiten eines Hochschulstudiums bis zu drei Jahren, Zeiten der Pflege von Angehörigen und Kindererziehungszeiten bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr des Kindes.

Altersgeld

Diese Regelung betrifft Kollegen und Kolleginnen, die auf Antrag aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden. Bisher war es obligatorisch, dass sie damit ihre Pensionsansprüche aufge-

ben und von der Behörde in der Gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert wurden.

Seit 2014 können sie alternativ ein Altersgeld beantragen. Das Altersgeld entspricht der Höhe der Pension zum Zeitpunkt des Ausscheidens. Voraussetzung ist, dass das Beamtenverhältnis mindestens fünf Jahre bestanden hat. Das Altersgeld wird grundsätzlich ab dem Monat nach Vollendung des 67. Lebensjahres gewährt, mit Abschlägen kann es aber auch ab dem 63. Lebensjahr beansprucht werden. Zu bedenken ist, dass zum Zeitpunkt des Ausscheidens oft nicht die Endstufe der Besoldungsgruppe erreicht ist.

Eine persönliche Beratung durch die Abteilung Beamtenversorgung der Zentralen Personaldienste (ZPD) ist zu empfehlen. GERHARD BRAUER



Grundschulen

Wir setzen uns für die Belange der Beschäftigten an Schule ein. Wir haben langjährige Erfahrungen als Schulpersonalräte und in gewerkschaftlicher Arbeit. GPR und schulische PR an den Grundschulen stehen in engem Kontakt. So kann der GPR die Interessen der Grundschulen effektiv vertreten. Wir überprüfen und beeinflussen die Vorgaben der Behörde. In den letzten Jahren haben wir uns stark gemacht für Corona-angemessene Arbeitsbedingungen und die Einführung der Digitalen Endgeräte verfolgt. Beides begleiten wir bis heute.

Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und professionelle Ausstattung, damit wir auch an den Grundschulen den besonderen Bedürfnissen aller Schüler*innen gerecht werden können. Wir begrüßen Sozialarbeiter*innen in Grundschule und fordern echte Inklusion. Wer gut ausgebildete Schüler*innen möchte, muss besonders in die Grundschulen investieren: Personal und Ressourcen. Hier werden die Basiskenntnisse gelegt.

Stadtteilschulen

Die GEW-Personalräte der STS setzen sich für gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Bildungsbereich ein. Sie achten darauf, dass die gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen des Arbeitsschutzes, wie zum betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM), zur Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung oder zum altersgerechten Arbeiten, an den Hamburger Schulen eingehalten werden. Neben den Themen rund um den Arbeits- und Gesundheitsschutz, mischen GEW-Personalräte beispielsweise mit bei der „Schule 4.0“ und der Digitalisierung von Lernen und Schule. Hier werden Dienstvereinbarungen geschlossen, welche der Entgrenzung von Arbeit eindämmen und einer fortschreitenden Verhaltenskontrolle durch neue IT-Verfahren entgegenwirken sollen. Des Weiteren sollen datenschutzrechtliche Vorgaben auch konsequent in Schule angewendet werden.

Die GEW erreicht auch Verbesserungen beim Thema Inklusion, u.a. mit der Volksinitiative Inklusion, die 300 Stellen mehr dafür geschaffen hat! Die GEW-Personalräte werden weiter darauf achten, dass diese Stellen auch an ihrem Bestimmungsort ankommen. Des Weiteren setzt sie sich für die Umsetzung der

Vereinbarkeit von Familie und Beruf beim Einsatz in der Ganztagschule ein und bemüht sich um vergleichbare Arbeitsbedingungen für die Kolleg*innen in allen Schulformen.

Gymnasien

Die GEW-Kandidatinnen und -kandidaten für die Personalratswahl sind kompetent: Sie haben in den Personalräten der Schulen und im Gesamtpersonalrat viele Jahre Erfahrungen gesammelt. Als meistangewählte weiterführende Schulform in Hamburg müssen die Gymnasien angemessen ausgestattet werden, damit die Kolleginnen und Kollegen ihre Aufgaben gesund und motiviert erfüllen können. Der Senat vernachlässigt die Gymnasien für die notwendigen Verbesserungen an anderen Schulformen. Darunter leiden die Kolleginnen und Kollegen und in Folge der Erziehungsauftrag.

Die GEW-Personalräte machen sich deshalb stark für die Gymnasialkollegien.

Seit mindestens zehn Jahren sinkt die Zahl der Beförderungstellen an Gymnasien (aktuell sind es nicht einmal 27%). GEW-Personalräte fordern die Anhebung der Beförderungstellen auf 40%.

Die Arbeitsbedingungen haben sich insbesondere in der gymnasialen Oberstufe seit Einführung der Lehrerarbeitszeitverordnung geändert. Die Verordnung ist ein Planungsinstrument. An den Schulen wird sie jedoch zunehmend zu einem Instrument der Arbeitszeitabrechnung. Gerade in der gymnasialen Oberstufe unterrichtende Kolleginnen und Kollegen leiden zunehmend unter dieser Stechuhr-Mentalität. GEW-Personalräte fordern eine angemessene Entlastung für u.a. diese zusätzlichen Aufgaben: Verlängerung der Unterrichtszeit vor den Abiturprüfungen, DiViS, überdurchschnittlich viele Beratungen von Schülern wegen hoher psychischer Belastungen während der Pandemie, Unterstützung bei den Lernferien.

Berufliche Schulen

Durch langjährige personalrätliche Tätigkeit und gute Vernetzung innerhalb der GEW bringen wir die nötige Erfahrung mit, um alle Beschäftigten an beruflichen Schulen gut zu unterstützen.



Wir beraten und unterstützen die Schulpersonalräte z. B. bei Beförderungen, Versetzungen und Abordnungen, bei Qualifizierungen und Fortbildungen, bei der Einführung neuer Bildungsgänge und in Schlichtungen. Wir haben die Einführung neuer Arbeitsmittel, Arbeitsmethoden und Konzepte durch die rasant fortschreitende Digitalisierung im beruflichen Bildungsbereich im Blick und achten auf die Einhaltung von Regelungen und Vereinbarungen auf Grundlage des Personalvertretungsgesetzes. Dabei sind die Einhaltung der Datenschutzverordnungen und des Gesundheitsschutzes von besonderer Bedeutung.

Spezielle Sonderschulen und Bildungsabteilungen der ReBBZ

GEW-Personalräte – Kompetent und multiprofessionell für die multiprofessionellen Teams an den speziellen Sonderschulen und Bildungsabteilungen der ReBBZ!

Die GEW-Personalräte haben während der Pandemie durch ihr entschiedenes Vorgehen und Initiativanträge die Versorgung der Kolleg*innen mit angemessenen Schutzmitteln durchgesetzt.

Wir wollen auch weiterhin dafür sorgen, dass die Gesundheit der Kolleg*innen und die Qualität der Arbeit an diesen Schulformen geschützt wird und kämpfen deshalb u.a. für

- > eine Ressourcenzuweisung, welche sich nicht ausschließlich an Schüler*innenzahlen bemisst, sondern die wachsende Aufgabenfülle berücksichtigt.
- > eine DZR PTF, die die fachliche Expertise der unterschiedlichen Professionen realistisch abbildet und der täglichen Arbeitsbelastung Rechnung trägt.
- > die korrekte Einhaltung der LehrArbZVO und entsprechender Faktoren.
- > ausreichende Team- und Kooperationszeiten, die der multiprofessionellen Zusammenarbeit Rechnung tragen.
- > ausreichend Fortbildungszeiten für alle Beschäftigten und fachliche Fortbildungen für alle Berufsgruppen.

luK Informations- und Kommunikationstechnik

Durch die Pandemie vorangetrieben hat die Digitalisierung in Schule rasant an Fahrt aufgenommen. Dies kann einerseits zusätzliche Möglichkeiten für den Unterricht schaffen,

Arbeitsabläufe vereinfachen und die Kommunikationsmöglichkeiten erweitern. Andererseits birgt sie die Gefahr der extremen Flexibilisierung und der Entgrenzung der Arbeit und damit der Gesundheitsgefährdung.

Die GEW-Personalräte fordern:

- > Die Umsetzung des Prinzips „dienstliche Tätigkeit – dienstliche Arbeitsmittel“ und damit Dienstgeräte für alle schulisch Beschäftigten
- > Umfassende Zusatzausstattung zu den Endgeräten
- > Zusätzliche Arbeitsplätze an Schulen entsprechend der Arbeitsstättenverordnung
- > Ausbau und Wartung der bestehenden IT-Infrastruktur
- > Die hamburgweite Bereitstellung eines E-Mailsystems, das die Verarbeitung von Gesundheitsdaten zulässt. (EduPort, IServ und Wibes leisten dies zurzeit nicht.)
- > Bei der Umsetzung und Durchsetzung von IT- Vorhaben müssen die persönlichen Daten und die Privatsphäre der Beschäftigten umfassend geschützt werden.
- > Digitalisierung benötigt Arbeitszeit für z.B. Fortbildungen oder Schul- und Unterrichtsentwicklung
- > Verbindliche Regelungen, um der Entgrenzung und Verdichtung der Arbeit entgegenzuwirken
- > Eine umfassende Mitbestimmung der schulischen Personalräte vor Ort

Arbeits- & Gesundheitsschutz

Gute Schule braucht gesunde, motivierte Beschäftigte! Besonders seit Beginn der Covid-19-Pandemie liegt ein Schlaglicht auf der Bedeutung des Gesundheitsschutzes für Beschäftigte, auch in Schule und Verwaltung. Die GEW-Personalräte setzen sich in Gesprächen und Verhandlungen, initiativ im Rahmen des Mitbestimmungsverfahrens und auch vor Gericht für die Rechte der Beschäftigten und bessere Arbeitsbedingungen ein. Wir arbeiten daran, dass an allen Hamburger Schulen ein funktionierendes Gesundheitsmanagement installiert wird, um die Arbeit nicht zur Gefährdung für die Beschäftigten werden zu lassen. Denn derzeit ist der schützende gesetzliche Rahmen an den Schulen oft nicht bekannt und findet keine Anwendung.



PERSONALRATSWAHL 2022 - GEW-KANDIDAT*INNEN

Beamt*innen		Arbeitnehmer*innen	
01. César Varela-Agra Lehrer Heinrich-Heine-Gymnasium	11. Cathrin Stoffers Lehrerin Gyula-Treibitsch-Schule	22. Helga Fasshauer Lehrerin Grundschule Grumbrechtsstraße	01. Marlies Tatje Lehrerin FSP I
02. Mareike Geiling Sonderpädagogin Schule Stengelestraße	12. Björn Eisenschmidt Lehrer Berufliche Schule BS 28	23. Florian Schubert Lehrer Erich-Kästner-STS	02. Bodo Haß Physiotherapeut Schule Hirtenweg
03. Mareile Stäcker Lehrerin Schule Müssenredder	13. Thorsten Gehlsen Lehrer Julius-Leber-STS	24. Amrey Depenau Lehrerin Berufliche Schule BS 28	03. Manuela Wrede Sozialpädagogin Gretel-Bergmann-STS
04. Ute Koch Lehrerin Berufliche Schule BS 25	14. Yvonne Heimbüchel Lehrerin Helene-Lange-Gymnasium	25. Kristina Reinhard Lehrerin Grundschule Bekassinenu	04. Kerstin Mögler Vorschullehrerin Grundschule Arnkielstraße
05. Terk Mohr Lehrer Ida-Ehre-STS	15. Olaf Sandmann Lehrer BS 04	26. Hajo Luuk Lehrer Berufliche Schule BS 32	05. Daniel Heitmann Erzieher Grundschule Arnkielstraße
06. Anja Burmester Lehrerin Gymnasium Heidberg	16. Henrik Lorenzen-Albers Sonderpädagogin ReBBZ Wandsbek Süd	27. Fehmke Möser Lehrerin Grundschule Tornquiststraße	06. Alexander Lund Erzieher Fritz-Schumacher-STS
07. Ole Waldmann Lehrer Gretel-Bergmann-STS	17. Heiko Humberg Lehrer STS Horn	28. Kai Kobelt Lehrer Berufliche Schule BS 27	07. Britta Humfeldt Sozialpädagogin Grundschule Bergstedt
08. Andrea Weisz Lehrerin Berufliche Schule BS 23	18. Alexandra Vatterodt Lehrerin Grundschule Poppenbüttel	29. Nils Großer Lehrer Fritz-Schumacher-STS	08. Marit Heindl Physiotherapeutin Kurt-Juster-Schule
09. Dirk Poppner-Gröling Lehrer Schule Turmweg	19. Michael Kessel Sonderpädagogin Schule Weidemoor	30. Isabella Galling Lehrerin Grundschule Grützmillenweg	
10. Jan Voß Lehrer Grundschule Groß Flottbek	20. Sven Baake Lehrer STS Finkenwerder	31. Torben Willander Lehrer Irena-Sendler-STS	
	21. Jens Rosenberg Lehrer Berufliche Schule BS 04		



DIE BILDUNGSGEWERKSCHAFT



8. Mai soll Gedenktag werden

Drei Aufrufe – ein Ziel

Die **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes** (VVN-BdA) hat bei change.org eine Petition zum 8. Mai initiiert. Darin heißt es u.a.:

„Am 10. Juli 2021 ist Esther Bejarano gestorben. Gemeinsam mit uns hat sie diese Petition gestartet und wir betrachten es als ihr Vermächtnis, weiter für ihre und unsere Forderung zu streiten.

„Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes.“ Dies schrieb Esther Bejarano in einem offenen Brief am 26. Januar 2020 „an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen.“

Dieser Aufruf wird von der GEW unterstützt.

Auch die Partei **Die Linke** möchte den 8. Mai zum Feiertag erklären. Katja Kipping schrieb: „Den 8. Mai zum Feiertag machen

Um die Bedeutung des 8. Mai wurde in Deutschland lange gerungen. Richard von Weizsäckers Rede anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges über das nationalsozialistische Deutschland war dabei ein wichtiger Meilenstein. Sein Diktum „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“ formulierte damals keine Selbstverständlichkeit. Es war der unausgesprochene Kontrapunkt zur Kranzniederlegung von Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan an den Gräbern von SS-Veteranen in Bitburg, der symbolischen Versöhnung von Befreiern und Besiegten – Massenmörder von Wehrmacht und SS inbegriffen.

Gesellschaftlich ist diese Kontroverse – Tag der Befreiung oder Tag der Niederlage – mittlerweile entschieden. Mit dem Aussterben der Generation der NS-Täter ist es nur noch eine laute und gefährliche Minderheit, die den 8. Mai nicht als das anerkennt, als was ihn Richard von Weizsäcker vor 35 Jahren bezeichnete.

Sollte der 8. Mai ein gesetzlicher Feiertag werden? »Für uns Deutsche ist dieser Tag kein Tag



zum Feiern«, sagte Weizsäcker. Der Krieg ging von Deutschland aus, deshalb bleibt der Gedanke richtig: Deutsche können und sollten sich nicht leichtfertig auf die Seite der Sieger stellen.

Andererseits leben wir heute in einer Einwanderungsgesellschaft, es gibt mittlerweile Deutsche mit russischer, französischer, englischer und amerikanischer Familiengeschichte und zumindest in Großstädten wieder blühende jüdische Gemeinden. Deshalb denke ich ja: Der 75. Jahrestag des 8. Mai 1945 und der gleichzeitige 35. Jahrestag der Weizsäcker-Rede ist ein guter Anlass, den „Tag der Befreiung“ zum gesetzlichen Gedenk- und Feiertag zu erklären.

Ob der Tag zum ausgelassenen Feiern, zum stillen Gedenken oder zum Besuch einer Gedenkstätte genutzt wird, hängt dann von jeder einzelnen Familiengeschichte und der jeweiligen persönlichen Verbindungen zu diesem Tag ab. Um eine Verbindung mit diesem Datum in kommenden Generationen zu erhalten, sollte der Tag der Befreiung jedoch als ein besonderer Tag im Bewusstsein verankert werden.“

Quelle: <https://www.die-linke.de/partei/ueber-uns/geschichte/detail/den-8-mai-zum-feiertag-machen/>

Zusammenstellung hlz

Auch der **Hamburger Ratschlag** möchte den 8. Mai zum Feiertag erklären. Mit einer Postkartenaktion soll dafür geworben werden:

„Es gibt zahlreiche Gründe, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus und Weltkrieg zum gelebten und offiziellen Feiertag zu machen. Mit unserer Postkarten-Kampagne, die wir in der Stadt verbreiten, sind alle aufgerufen, ihre persönlichen Gedanken und Begründungen zum 8. Mai als Feiertag aufzuschreiben. Wir möchten diese sammeln, veröffentlichen und zu gegebener Zeit der Hamburger Bürgerschaft und dem Senat übersenden. Um über den Tag der Befreiung aufzuklären, das Engagement zu verallgemeinern und den 8. Mai zügig zum Feiertag zu machen!“

Quelle: <https://8mai-hamburg.de>

Krieges im Einsatz sind oder sein werden oder die bereits in der Region stationiert sind. Obwohl Militärfamilien die Risiken kennen, die mit der Zugehörigkeit zum Militär verbunden sind, könnten sie zusätzliche Unterstützung brauchen, um ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken und die Kinder durch diese schwierigen Zeiten zu begleiten.

Wie geht das: Mit Kindern über den Krieg sprechen?

Beginnen Sie das Gespräch

- Erkundigen Sie sich, was das Kind über die Situation weiß. Die meisten Kinder und Jugendlichen werden schon über Medien, soziale Netzwerke oder von Lehrkräften oder Gleichaltrigen etwas gehört haben.

- Gehen Sie nicht einfach davon aus, dass Sie wissen, was Ihre Kinder denken oder fühlen. Fragen Sie sie, wie sie sich aufgrund der Geschehnisse um den Krieg in der Ukraine fühlen. Und gehen Sie



auf die Sorgen, Unsicherheiten, Fragen etc. ein, die die Kinder und Jugendlichen mit Ihnen teilen. Denken Sie daran, dass die Sorgen und Gefühle der Kinder vielleicht nicht dieselben sind, die Sie haben oder von denen Sie dachten, dass die Kinder diese haben. Validieren Sie die Gefühle, die die Kinder mitteilen.

- Planen Sie mehrere Gespräche ein, wenn es viele Fragen gibt oder wenn sich die Situation ändert. Sich bei Veränderungen rückzuversichern zeigt dem Kind, dass Sie offen sind, über die Situation zu sprechen und zeigt dem Kind, dass es sich an Sie wenden kann.

Missverständnisse aufklären

- Hören Sie zu und stellen Sie Fragen, um herauszufinden, ob das Kind die Situation richtig versteht. Es kann sein, dass sich das Kind akut bedroht fühlt, obwohl es das nicht ist.

- Unterschiedliche Sichtweisen

und Fehlinformationen über den Krieg sind weit verbreitet. Menschen, die in der Ukraine leben, bekommen wahrscheinlich andere Informationen als Menschen in Russland oder in anderen Ländern. Klären Sie alle Fehlinformationen auf, die das Kind gehört haben könnte. Besprechen Sie mit älteren Kindern und Jugendlichen die Komplexität der politischen Situation und die möglichen Auswirkungen. Besprechen Sie als Familie, ob es Aspekte in der aktuellen Situation gibt, die Sie gemeinsam unterstützen können oder über die Sie mehr recherchieren möchten (z. B. Spenden an Wohltätigkeitsorganisationen, Lesen über die Geschichte der Region).

Die Ereignisse in der Ukraine und in Russland können auch für Erwachsene verwirrend sein. Sammeln Sie Informationen aus vertrauenswürdigen Quellen, damit Sie auf die Fragen Ihrer Kinder eingehen können. Das gibt auch Ihnen ein Gefühl der Sicherheit. Wenn Sie sich bei einer Antwort nicht sicher sind, ist das in Ordnung. Lassen Sie die Kinder wissen, dass Sie die Frage schätzen und dass Sie gemeinsam nach einer Antwort suchen können.

Kontext liefern

- Jüngere Kinder, die vom Krieg hören, machen sich vielleicht Sorgen um ihre eigene Sicherheit. Besprechen Sie mit ihnen, wo der Krieg stattfindet und versichern Sie ihnen, dass sie sicher sind. Junge Erwachsene und ältere Teenager fragen sich vielleicht, ob sie eingezogen werden oder zeigen Interesse daran, sich freiwillig für



Kompetenznetzwerk Präventivmedizin
Baden-Württemberg

einen Einsatz zu melden. Gehen Sie auf ihre Fragen ein und unterstützen Sie sie entsprechend.

Helfen Sie den Kindern, Vorurteile zu erkennen und zu adressieren, die sie über andere aufgrund ihrer Nationalität, ihres Geburts-

ortes oder ihrer gesprochenen Sprachen haben. Bezugspersonen sollten sicherstellen, dass alle Menschen mit Respekt behandelt werden.

Gespräche mit Erwachsenen beobachten

- Seien Sie vorsichtig, wenn Sie vor jüngeren Kindern über den Krieg sprechen. Kinder hören oft zu, was den Erwachsenen zum Teil nicht auffällt. Kinder können das Gehörte falsch deuten, und mögliche Lücken mit weiteren Ungenauigkeiten füllen, was eine Belastung verstärken kann.

- Achten Sie auf den Ton im Gespräch, da wütende oder aggressive Äußerungen junge Kinder verängstigen können. Seien Sie so ruhig wie möglich, wenn Sie über den Krieg sprechen und achten Sie darauf, dass Sie mit Kindern kindgerecht reden, damit sie die Inhalte verstehen können.

- Achten Sie darauf, dass Sie Ihre Sorgen und Bedenken bezüglich der wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges auf Ihre Familie nicht äußern. Ihre Ängste könnten ungewollt auf Ihre Kinder übertragen werden.

Die Mediennutzung verstehen

- Die Berichterstattung über Krieg, Kampfhandlungen und deren Folgen kann für Kinder aller Altersgruppen verstörend sein und Ängste verstärken.

- Je mehr Zeit Kinder mit der Kriegsberichterstattung verbringen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie negative Reaktionen zeigen. Übermäßiger Konsum von Nachrichten kann die Erholung des Kindes danach beeinträchtigen.

- Das Anschauen und Hören von erschreckenden Nachrichten kann Kinder traumatisieren. Achten Sie darauf, was das Kind konsumiert. Achten Sie auf altersentsprechende Informationen (z.B. Sendung mit der Maus, LogoTV).

- Sehr junge Kinder verstehen

womöglich nicht, dass Ereignisse nicht in ihrer unmittelbaren Umgebung stattfinden.

- Bezugspersonen können unterstützen, indem sie das Verfolgen von Berichterstattung, einschließlich Diskussionen über den Krieg in den sozialen Medien einschränken. Das ist auch für Bezugspersonen hilfreich.

- Je jünger das Kind, desto weniger Exposition sollte erfolgen. Wenn möglich, sollten Kindergartenkinder gar keine Nachrichten zum Thema schauen.

- Bezugspersonen können ältere Kinder unterstützen, indem sie gemeinsam Nachrichten ansehen, um Fragen zu beantworten oder zu erklären. Informieren Sie sich bei ihnen über das, was in den sozialen Medien über den Krieg diskutiert wird, zeigen sie sich offen für weitere Gespräche über das Thema.

Resilienz stärken

- Verbindungen schaffen: Familien können davon profitieren, wenn sie mehr Zeit miteinander verbringen, sich gegenseitig beruhigen und Zuneigung zeigen und sich an andere Familienmitglieder,

Freunde oder andere Bezugspersonen wenden. Wenden Sie sich z. B. an Angehörige des Militärs oder Familienangehörige in der Umgebung und erkundigen Sie sich, wie es ihnen geht und was sie in dieser stressigen Zeit brauchen.

- Betonen Sie die Helfer: Bezugspersonen können die Kinder unterstützen, indem Sie auf die Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft aufmerksam machen und die Art, wie die Menschen zusammenarbeiten, um den Betroffenen in den Krisengebieten zu helfen und den Konflikt zu beenden.

- Wenn Kinder denjenigen helfen möchten, die vom Krieg betroffen sind, sollten sie sich überlegen, wie sie dies tun können, z. B. indem sie Briefe schreiben, an entsprechende Wohltätigkeitsorganisationen spenden, lokale Flüchtlingsorganisationen unterstützen oder an Aktivitäten (z.B. Gottesdienste, Kundgebungen) teilnehmen.

- Sich an Routinen halten: In schwierigen Zeiten können Routinen für Kinder und Jugendliche beruhigend sein. Halten Sie angesichts der aktuellen Ereignisse so

gut es geht an Ihren Routinen und Plänen. Diejenigen, die sich Sorgen über wirtschaftliche Schwierigkeiten machen, sollten gemeinsam mit der Familie überlegen, welche Aktivitäten man gemeinsam unternehmen kann, die diese Belastung nicht noch verstärken, sondern Momente des Lachens und der Freude bieten.

- Sich in Geduld üben: In schwierigen Zeiten können Kinder und Jugendliche mehr Probleme mit ihrem Verhalten, ihrer Konzentration und ihrer Aufmerksamkeit haben. Die Bezugspersonen sollten den Kindern und sich selbst gegenüber zusätzliche Geduld, Fürsorge und Liebe entgegenbringen. Denken Sie daran, dass Sie nicht nur besonders geduldig und fürsorglich mit Ihren Kindern umgehen, sondern auch geduldig und freundlich zu sich selbst sein müssen, da wir alle in dieser Zeit mehr Stress empfinden können.

Quelle NCTSN: [talking-to-children-about-war.pdf\(nctsn.org\)](https://talking-to-children-about-war.pdf(nctsn.org))

Adaptiert und übersetzt von
DR. ANDREAS WITT
und THORSTEN SUKALE

Foto: h/z



Auch einfache Botschaften öffnen die Augen

Landesverband Hamburg
Nr. 13/2022 vom 04. April 2022

„Ressourcen bereitstellen und herkunftssprachlichen Unterricht anbieten“ Bildungsgewerkschaft GEW zur Beschulung geflüchteter ukrainischer Kinder und Jugendlicher

Die GEW Hamburg begrüßt die Maßnahmen der Schulbehörde zur Beschulung geflüchteter ukrainischer Kinder und Jugendlicher.

„Wichtig war und ist der GEW, dass zusätzliche Ressourcen für diese Aufgabe bereitgestellt werden, und diese zusätzliche Herausforderung nicht auf Kosten des regulären und inklusiven Unterrichts bewältigt werden muss. Wir begrüßen daher die rückwirkende Bereitstellung von zwei Stunden wöchentlicher Arbeitszeit pro neu aufgenommener Schülerin bzw. Schüler, auch wenn dies den tatsächlichen Aufwand nicht kompensiert. Für die Ausstattung neuer Klassen werden pauschal bis zu 4.000 Euro zugewiesen – Geld, das dringend benötigt wird, um eine gute Beschulung sicherzustellen“, so Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg.

Das von der Behörde vorgegebene Bildungsziel ist die Integration der Geflüchteten. Damit es gelingt, wird dem herkunftssprachlichen Unterricht ein hoher Stellenwert eingeräumt. In allen IVK, in denen überwiegend ukrainische Schülerinnen und Schüler beschult werden, soll daher ein Unterrichtsangebot in ukrainischer Sprache als Teil der regulären Stundentafel umgesetzt werden. Dieses besteht aus Sprachunterricht und Landeskunde im Sinne eines ukrainischen Herkunftssprachenunterrichts nach dem Vorbild und den Regeln des in Hamburg seit langem praktizierten Herkunftssprachenunterrichts in anderen Sprachen.

„Nach fast zwei Jahren Pandemie ist dies eine große Herausforderung für die Schulen, obwohl sich die Lehrkräfte erfahrungsgemäß sehr für geflüchtete Kinder und Jugendliche engagieren. Wir erwarten von der Schulbehörde weiterhin eine gleichmäßige Verteilung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen auf alle Stadtteile sowie eine gleichmäßige Verteilung auf alle Schulen, auch auf die Gymnasien, sicherzustellen. Es werden unbedingt weitere Fachkräfte gebraucht, insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sowie für die Sprachbildung. Zugleich sollten Stadt und Behörde die Anerkennung ausländischer Lehramts-Abschlüsse deutlich erleichtern, um auch mehr Muttersprachler_innen in die Schulen zu bringen“, so Quiring abschließend.

Rückfragen: Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg, 040 – 41 46 33 – 0

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft • Landesverband Hamburg
Rothenbaumchaussee 15 • 20148 Hamburg • Telefon 040 / 41 46 33 – 0 • Telefax 040 / 44 08 77



Sehr geehrter Herr Dr. Bange,

ich bin die Leitung der Kita Rasselbande in Harburg. Ich bekomme E-Mails von der Sozialbehörde und weitergeleitet von unserem Dachverband Soal, in denen steht, dass wir unsere Kitas mit ukrainischen Flüchtlingskindern mit 5-Stunden-Gutscheinen überbelegen dürfen, dafür nur die Kita-Aufsicht informieren sollen. Ich bin absolut dafür, den ukrainischen Familien zu helfen, wo es geht! Ich sehe allerdings einen großen Widerspruch!

Bei der letzten Flüchtlingswelle 2015 gab es keine solchen Hilfsangebote für die Familien. Diese Familien sind z.T. bei uns nur geduldet, bekommen häufig keine Arbeitserlaubnis und sind z.T. von Abschiebung bedroht. Warum haben diese Menschen nicht die gleiche Behandlung bekommen, wie die geflüchteten ukrainischen Familien?

Wir befinden uns seit 2 Jahren in einer Pandemie, in der wir Kitas besonderer Gefahr ausgesetzt waren (und sind), da wir mit vielen ungeimpften Menschen arbeiten. Wir haben häufig mit Erkrankungen zu tun, das heißt, die Kolleg_innen arbeiten am Limit und sind von Burnout bedroht.

Seit Jahren kämpfen wir um einen verbesserten Personalschlüssel, um den immer weiter wachsenden Ansprüchen gerecht zu werden, um gute pädagogische Arbeit leisten zu können. (Zeiten für Vor- und Nachbereitung werden immer noch nicht von Seiten der Behörde berücksichtigt!!) Bei vielen 5-Stunden-Gutscheinen ist qualitativ gute pädagogische Arbeit nicht wirklich möglich, da wir dafür nicht ausreichend Personal einstellen können. Und nun können wir unsere Gruppen überbelegen und das mit Kindern, die traumatisiert zu uns kommen? Traumatisierte Kinder zu betreuen bedeutet eine sehr große Verantwortung, denn wir wollen, dass es allen Kindern gut geht, die wir betreuen.

Wir betreuen viele 3-jährige Kinder, die einen hohen Betreuungsbedarf haben. Dass wir für Dreijährige nur halb so viel Geld bekommen wie für 1-3-Jährige ist nicht zu verstehen. Und dann noch weitere Kinder mit 5-Stunden-Gutscheinen aufzunehmen, sprengt absolut den Rahmen. Ich habe Kolleginnen, die noch nach Monaten mit den Auswirkungen ihrer Coronainfektion zu kämpfen haben, die erschöpft sind, etc.

Ich möchte meine Kolleg_innen entlasten, ihnen einen guten Personalschlüssel ermöglichen, denn eine gute pädagogische Betreuung bedeutet gute Bildung für unsere Kinder. Deshalb ist es von absoluter Wichtigkeit, dass alle Kinder 8-Stunden-Gutscheine bekommen, insbesondere die Kinder, die eine ganztägige Betreuung benötigen, um deutsch zu lernen und integriert zu werden. Und nicht nur die ukrainischen Kinder, sondern alle Kinder aus Migrantenfamilien!

Ich bin es leid, dass alles auf dem Rücken der Kitas ausgetragen wird. Die Stadt Hamburg gibt einfach zu wenig Geld für Bildung aus, dabei ist die Bildung unserer Kinder unsere Zukunft!

Mit freundlichen Grüßen, Nina Langer

AUFRUF

Asyl für alle Deserteur_innen und Dissident_innen aus Russland!

Schreien Sie es heraus und schreiben es auf jede Wand

Wir bitten Sie, uns in unserem Vorhaben zu unterstützen, sodass unsere Forderungen weit gestreut werden. Leiten Sie unsere Forderungen weiter; sprechen Sie mit allen Menschen, die Sie kennen, über unser Anliegen; organisieren Sie öffentliche Veranstaltungen zum Thema: Demos, Kundgebungen, Diskussionen, jegliche kreative oder künstlerische Aktion ist willkommen; schreiben Sie Ihren Abgeordneten in Kommune, Landes- und Bundsparlament; schreiben Sie Ihren Lokalmedien: Zeitungen, Radios, Fernsehen.

Für Rückfragen stehen wir sehr gern zur Verfügung. Schreiben Sie eine Mail an [nitinho@web.de] oder rufen Sie unter [Sebastian Nitschke 01778275165] an. Infos unter: <https://www.nowar.help/en>

Stellungnahme des GEW-Hauptvorstands

Die GEW verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine. Wir fordern einen umgehenden Waffenstillstand, einen Rückzug der russischen Truppen und Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts.

Gemeinsam mit der Bildungsinternationale, der weltweiten Dachorganisation der Bildungsgewerkschaften und ihrer europäischen Region, dem Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft, steht die GEW solidarisch an der Seite der Menschen, der Gewerkschaften, der Lehrenden und Pädagog_innen, Kinder, Schüler_innen und Studierenden in der Ukraine.

Die GEW fordert Bund und Länder auf, Geflüchtete aus der Kriegsregion unabhängig von ihrer Herkunft und Staatsan-

gehörigkeit aufzunehmen und ihnen Perspektiven zu eröffnen bzw. schon hier lebenden Menschen Verbleibsmöglichkeiten zu bieten. Geflüchtete Frauen und Kinder sind vor sexualisierter Gewalt zu schützen.

Um die Herausforderung meistern zu können, bedarf es zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen für die Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Wir brauchen zusätzliches Personal und angemessene Räumlichkeiten für die Errichtung von Willkommens-, Übergangs- und Vorbereitungsklassen, multiprofessionelle Teams, zusätzliche Lehrkräfte für Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache, herkunftssprachliche Fachkräfte und Angebote für die Beschäftigten, um mit Traumata der Geflüchteten in angemessener Weise umgehen zu können.

Ein Unterstützungsprogramm für die Hochschulen zur Aufnahme geflüchteter Studierender, Lehrender und Forschender auch aus Drittstaaten ist auf den Weg zu bringen. Die GEW begrüßt die Einbindung von geflüchteten pädagogischen Fachkräften und fordert für diese zielgruppengerechte Unterstützung und verlässliche Perspektiven.

Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Die GEW kritisiert die geplante massive Aufrüstung als Antwort auf den Ukrainekrieg. Die Einrichtung eines 100 Milliarden schweren Sondervermögens für die Bundeswehr lehnen wir ebenso ab wie die Steigerung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Hochrüstung hilft den Menschen in der Ukraine nicht und wird die Sicherheit in Europa weiter gefährden.

Frankfurt/Main, 26.3.2022

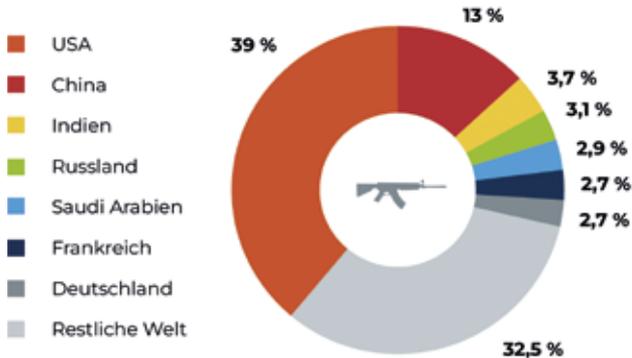
Hiobsbotschaft

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI meldete für 2020 steigende Militärausgaben weltweit. Im vergangenen Jahr wurden 2,4 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung für Rüstungsgüter ausgegeben – ein Jahr zuvor waren es 2,2. Deutschland belegt (noch! JG) Platz sieben der weltweiten Rangliste. 44 Milliarden Euro Rüstungsausgaben standen in 2020 zur Verfügung – das ist eine Steigerung von 5,2 Prozent und damit überdurchschnittlich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Investiert wurden weltweit 1,98 Billionen US-Dollar: Das entspricht in etwa 1,65 Billionen Euro. Insgesamt ist das laut den Berechnungen von SIPRI die größte Steigerung von Rüstungsausgaben seit der Weltwirtschaftskrise vor zwölf Jahren. (...)

SOFIE DONGES,
ARD-Studio Stockholm

Kommt es zu den geplanten Mehrausgaben, läge Deutschland auf Platz 3 hinter den USA und China und vor Indien und Russland JG

Anteil an den Rüstungsausgaben weltweit



Quelle: SIPRI 2020

Grafik: hz

Unterricht und Propaganda

Anfang März veröffentlichte die russische, im lettischen Exil erscheinende Internetzeitung „Meduza“ (<https://meduza.io>) folgende von den regionalen russischen Bildungsbehörden herausgegebene Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer zur Behandlung des Themas „Friedenstiftende Spezialmission in der Ukraine“ im Unterricht

Eine Auswahl aus 13 Fragen

Warum wurde die Unabhängigkeit der Donezker und der Lugansker Volksrepublik anerkannt? Ist das nicht eine Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates?

In erster Linie haben die Bewohner dieser Republiken selbst die Unabhängigkeit der DVR und der LVR anerkannt, und zwar schon 2014. Das geschah, nachdem in der Ukraine ein bewaffneter Staatstreich durchgeführt wurde und die neuen Machthaber einfach nicht auf die Meinung des Donezker und des Lugansker Gebiets hören wollten. Im Gegenteil – sie schlugen einen Kurs der Auslöschung der russischen Sprache und der Verletzung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung ein. Die

Menschen weigerten sich, sich der neuen Macht unterzuordnen, führten ein Referendum durch, und die Mehrheit der Einwohner stimmte für die Unabhängigkeit von der Ukraine. Als Antwort riegelten die ukrainischen Machthaber die Territorien dieser Regionen ab und begannen mit der Beschließung friedlicher Einwohner.

Stimmt es, dass russische Soldaten über die Grenzen der DVG und der LVR hinaus vorgezogen sind? Das ist doch eine Invasion in die Ukraine, warum wurde diese Entscheidung getroffen?

Die russische militärische Operation wird tatsächlich nicht

nur auf dem Gebiet der DVR und der LVR durchgeführt, sondern auch jenseits von deren Grenzen. Das Ziel der Operation ist der

«Освободительная миссия на Украине – это необходимость»
 „Die Befreiungsmission in der Ukraine ist eine N...

Schutz der Bevölkerung des Donbass, und um die Menschen wirklich zu schützen, muss ein für alle Mal der Ursprung der Bedrohung gestoppt werden, sonst passiert das immer und immer wieder. Immer und immer wieder werden Menschen sterben.

Außerdem konnte das ganze Land dabei zusehen, wie die Ukraine über Jahre Waffen angehäuft hat. Aus NATO-Staaten kamen Züge voller Technik und Waffen an. Auch wenn die russischen Streitkräfte heute an den Grenzen der DVR und der LVR stoppen würden, würde das keinesfalls den Frieden garantieren, weder im Donbass noch bei uns. Früher oder später würde ein schrecklicher Krieg beginnen. Dagegen müssen wir unbedingt Vorsorge treffen. Weißt du, dass z. B. moderne Raketen von der Ukraine bis ins Zentrum Russland gerade mal 5-10 Minuten brauchen würden? Wie können wir sicher sein, dass wir nicht

Foto: Evgenij Epantschizew / TACC



Begeisterung scheint sich in Grenzen zu halten

unter Beschuss geraten, wenn jene acht Jahre lang unaufhörlich die friedliche Bevölkerung des Donbass beschossen haben?

Was bedeutet „Zerstörung strategischer militärischer Einrichtungen“? Ist die friedliche ukrainische Bevölkerung wirklich in Sicherheit?

Darin besteht eben der Sinn des Begriffs „Demilitarisierung“: die militärische Bedrohung durch die ukrainischen Machthaber zu neutralisieren. Seit 2014 wurde die Ukraine mit Waffen, Kriegstechnik und Raketen vollgestopft, die sie gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass einsetzen und früher oder später auch gegen Russland hätte einsetzen können. Damit das nicht passiert, bestimmte der Präsident Russlands als Ziel der militärischen Operation die Demilitarisierung, die Zerschlagung der Kiewer Führung, die zum Teil aus offenen Nationalisten besteht.

Angriffe auf zivile Einrichtungen, auf Wohnhäuser und auf die friedliche Bevölkerung führt Russland nicht durch und wird es auch nicht durchführen. Opfer braucht niemand. Aber schau mal, wie niederträchtig die ukrainischen Nationalisten vorgehen: Sie stationieren ihre Raketenwerfer zwischen Wohnhäusern, um diese zu Zielen unseres Angriffs zu machen. Mit anderen Worten, sie verstecken sich zwischen friedlichen Bewohnern. Das ist ein Kriegsverbrechen, so gehen nur Terroristen und Fanatiker vor.

Wie lange werden die Kriegshandlungen noch dauern? Was ist das Ziel unseres Staats?

Glaub mir, alle hoffen, dass die Operation schnell und wirkungsvoll abgeschlossen wer-

den kann. Wir haben eine sehr gute, gebildete, professionelle Armee, die effizient arbeitet und die Menschen schont. Es ist völlig richtig und human, dass den ukrainischen Soldaten angeboten wurde, einfach ihre Waffen ab-

zugeben und zu ihren Familien zurückzukehren.

Europa und Amerika verhängen Sanktionen gegen uns. Wirkt sich das auf mein Leben aus?

Von der Halbwahrheit zur Lüge

Man könnte die „Handreichung“ der russischen Regierung bzw. des Bildungsministeriums lächerlich finden, ginge es nicht um Leben und Tod für tausende Menschen und um die Existenz von Millionen. Dieses Frage- und Antwort-Spiel reiht sich ein in große Desinformations- und Propaganda-Kampagnen der russischen Führung. Warum „kommt sie in Russland damit durch“?

Angesichts dessen, dass wir „im Westen“ über eine Vielzahl von – auch äußerst kontroversen – Informationsmöglichkeiten verfügen und dennoch die absurdesten Verschwörungserzählungen Konjunktur haben, sollten wir uns hüten, uns über „Ahnungslosigkeit“ oder „Regierungshörigkeit“ der russischen Bevölkerung zu erheben. Dass nicht-regierungskonforme Medien und Informationsmöglichkeiten in Russland praktisch vollständig beschnitten wurden, ist das Eine. Ein weiterer wichtiger Aspekt darf nicht übersehen werden: Propaganda und teils direkte Lügen funktionieren auch deshalb so gut, weil sie an einzelnen Stellen anschlussfähig sind an Tatsachen, die der russischen Bevölkerung sehr wohl bekannt sind. Das bezieht sich etwa auf die Stellung der russischen Sprache in der Ukraine, auf die (Nicht-) Umsetzung der Minsker Vereinbarungen oder auf die Bewertung des ukrainischen

Nationalisten und zeitweiligen Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera.

Man möge mich nicht missverstehen: Nichts von alledem kann Anlass sein für einen Krieg und nichts rechtfertigt den mörderischen, das Völkerrecht sowie die Autonomie und anerkannte Grenzen der Ukraine missachtenden Angriff der russischen Armee. Die Frage war „Warum kommt Putin in Russland damit durch?“.

Dass die Popularitätswerte des russischen Präsidenten und die Zustimmung zu seinem Krieg gerade ungeahnte Höhen erreicht haben, liegt auch daran, dass die propagandistischen Behauptungen („gegen Nazis“, „gegen Verbot der russischen Sprache“) in perfider Weise an einzelne, fraglos aufgebauschte und aus dem Zusammenhang gerissene Fakten andocken, so dass dann dreiste Lügen wie die vom „Genozid“ und von der „Spezialoperation“ ebenfalls ankommen – die ältere Generation erinnert sich nur zu gut daran, dass „Nazis“ und „Genozid“ sehr wohl in direktem Zusammenhang stehen. Mit dieser Rhetorik gelingt es der russischen Führung also, nicht nur Schülerinnen und Schüler auf ihre Linie einzuschwören, sondern große Teile der Bevölkerung. Das werden viele, die persönliche Kontakte zu Russinnen und Russen haben, schmerzlich bestätigen.

FRIEDER BACHTALER

Bis du erwachsen wirst, hat sich das alles gelegt. Und wenn sie bestimmte Sanktionen aufrechterhalten, lernen wir mit ihnen zu leben. Und nicht nur zu leben, sondern uns ganz ruhig weiterzuentwickeln, Neues zu schaffen, die Qualität unseres Lebens zu erhöhen.

Das sind ja nicht die ersten Sanktionen, und jedes Mal war das Ergebnis genau das Gegenteil dessen, was die Initiatoren erreichen wollten. Sanktionen sind ein Appell, eine Challenge, die darin besteht, dass wir selbst lernen genau das herzustellen, was uns nicht mehr verkauft werden darf. Ist doch prima!

Welche zukünftigen Folgen können die Sanktionen haben, die Russland heute auferlegt werden?

Wenn sie verbieten, etwas an Russland zu verkaufen, welchen Ausweg hat Russland dann? Nun, natürlich, dieses Produkt selbst herzustellen. Das nennt man Import-Ersetzung: Wir lernen, etwas selbst zu produzieren, was wir früher von anderen Ländern gekauft haben.

Das ist also ein zusätzlicher Ansporn für die Wissenschaft, die Industrie, die IT-Branche Russlands. Eine schwierige Challenge, aber eine, die man schaffen kann. Kennst du das Sprichwort „Alles hat sein Gu-

tes“? Genau so ist es hier.

Kann ich wirklich nicht mehr mit dem Handy bezahlen. Ziehen sich ApplePay und andere Dienste aus Russland zurück?

Das hängt vorerst von deiner Bank ab. Große Probleme mit ApplePay gibt es bisher nicht. Später vielleicht kannst du dann eben nicht mit dem Handy bezahlen. Du bezahlst mit der Karte, das ist doch kein großes Problem.

Schau mal, ApplePay gibt es gerade mal seit acht Jahren, seit 2014. In Russland wurde es noch später eingeführt. Und wir sind wunderbar auch ohne es angekommen. Klar, es ist praktisch, aber nicht lebensnotwendig.

Wächst nicht um uns herum ein neuer eiserner Vorhang? Kann ich weiterhin uneingeschränkt mit meinen Eltern durch die Welt reisen?

Ich persönlich bin sicher, dass sich früher oder später alles wieder regelt. Und dann: Die Welt ist groß. Selbst wenn es irgendwelche Länder gibt, die uns nicht sehen wollen – es gibt andere, wo man uns gern empfängt. Und schließlich ist da noch das größte Land der Erde – Russland, wo es eine unwahrscheinliche Menge interessantester Orte, Naturwunder, unterschiedlicher Kulturen,

unterschiedlicher Lebensräume gibt.

Wenn ihr mit euren Familien gerne verreist – da finden sich immer Reiseziele.

Der Staat verfolgt Informationen zu diesem Thema im Internet zu streng. Ist das nicht Zensur? Wozu braucht es diese Maßnahmen?

Kann man dann „zu streng“ sein, wenn es um das Leben von Menschen geht? Es gibt doch nichts Wichtigeres und Ernsteres, oder?

Aber der Staat verfolgt ja nicht Informationen über dieses Thema, sondern er verfolgt Desinformation. Er unterbindet die Verbreitung von Fake News, Lügen und Fälschungen - von allem, was nicht der Wirklichkeit entspricht und Menschen ernsthaft schaden kann. Es gibt viele solcher Fake News: Alte Fotos werden als aktuelle ausgegeben, ukrainische Militärtechnik wird als unsere ausgegeben.

Zensur heißt, dass es ein Verbot gibt, die eigene Meinung zu sagen. Die Meinung muss sich allerdings auf Tatsachen stützen, nicht auf Lügen. Denn dann ist es schon keine Meinung mehr, sondern auch eine Lüge. Wir sehen doch alle, dass das Internet voller ganz unterschiedlicher Meinungen ist: sehr viele unterstützen die russische Operation, viele setzen sich für einen baldigen Frieden ein, und irgendwer kritisiert die Entscheidung, die Operation durchzuführen. Wenn es Zensur gäbe, würden wir nur einen Standpunkt finden.

Heutzutage ist es sehr wichtig, nicht selbst zum Weiterverbreiter von Fake News zu werden. Und du machst es richtig, wenn du lieber ehrlich zugibst, nicht Bescheid zu wissen, als das, was andere sich ausgedacht haben, weiterzuverbreiten.

Übersetzung aus dem Russischen:
FRIEDER BACHTELER

Quelle: © RIA Novosti (Teil der russischen staatlichen Nachrichtenagentur); Foto: Ivan Rodionov



Übersetzung: „Russland befindet sich im Kampf mit dem Westen um die Zukunft des Friedens“



Russische Lehrkräfte gegen den Krieg

Eine Petition gegen den Krieg [jetzt darf man nicht sagen, gegen welchen] wurde bereits von über 5000 russischen Lehrer_innen unterzeichnet. Dafür drohen ihnen Entlassung und Verfolgung. Die GEW ruft zu Solidaritätsadressen auf. Es ist der größte Protest der Lehrkräfte in Russland seit mehr als 30 Jahren.

Die Initiative „Lehrkräfte gegen den Krieg“ musste den Petitionstext nach dem neuen Medien-gesetz in Russland, das die kritische Berichterstat-tung über den Krieg unter Strafe stellt, mittlerwei-le von der Homepage nehmen.

Die GEW-Vorsitzende Maïke Finne hat sich in einem Schreiben mit den Lehrkräften in Rus-sland solidarisiert. „Für euer mutiges Eintreten für den Frieden verdient ihr unseren Respekt, unsere Solidarität und unsere Unterstützung. Wir verur-teilen die Verfolgung von Beschäftigten, Schüler_innen und Studierenden an Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen“, heißt es in dem Schreiben.

„Krieg ist eine Katastrophe“

In dem Offenen Brief russischer Lehrkräfte gegen den Krieg in der Ukraine heißt es: „Jeder Krieg bedeutet menschliche Opfer und Zerstörun-gen. Krieg ist eine Katastrophe. Der Krieg gegen die Ukraine, der in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar begonnen wurde, ist nicht unser Krieg. Die Invasion auf das Territorium der Ukraine be-gann im Namen russischer Staatsbürger*innen, aber gegen unseren Willen. Wir sind Lehrkräf-te und Gewalt widerspricht dem Wesen unseres Berufes. In der Hitze des Krieges sterben unsere Schüler_innen. Krieg führt unvermeidlich zu einer Zuspitzung der sozialen Probleme unseres Lan-

des. Wir unterstützen die Antikriegsproteste und fordern einen sofortigen Waffenstillstand.“

Verfolgung droht

Den Unterzeichnern des Briefs und weiteren kritischen Stimmen in den Bildungseinrichtun-gen drohen aktuell Verfolgung und Entlassungen. Die beiden unabhängige Bildungsgewerkschaften Uchitel' und „Universitäre Solidarität“ in Rus-sland setzen sich für die Belange von verfolgten Lehrkräften am Arbeitsplatz ein. In einer Stellung-nahme der Hochschulgewerkschaft heißt es: „Die Universitätsleitungen üben Druck auf Hochschul-mitarbeiter_innen aus, die sich offen gegen den Krieg aussprechen, und einige Kolleg_innen wer-den gegen ihren Willen entlassen. Auch Studieren-de werden unter Druck gesetzt und rechtswidrig mit Verweisen und Exmatrikulation bedroht, wenn sie sich an friedlichen Anti-Kriegs-Protesten be-teiligen.“

Solidarität zeigen

Solidaritätsadressen an die Lehrkräfte in Rus-sland sind eine Möglichkeit, ein Zeichen der So-lidarität zu senden und ihnen den Rücken zu stärken. Das Schreiben der GEW kann als Mus-terschreiben verwendet werden – etwa auch von GEW-Gliederungen, die sich mit den Lehrkräf-ten solidarisieren wollen. (https://www.gew.de/fileadmin/media/sonstige_downloads/hv/Internationales/2022-03-31-GEW-Solidarity-Letter-Teachers-against-war.pdf. Sie können an diese Adresse versendet werden: teachershelpnow@gmail.com)

CARMEN LUDWIG
GEW-Bundes-Referentin für Internationales

Es gibt sie noch

Pazifistische Forderungen haben nach wie vor Bestand, auch wenn im offiziellen Mediengetöse die Sympathie für das Militärische dominiert

Die letzte hlz hatte den Aufruf zum Ostermarsch 2022 abgedruckt (s. hlz 1-2/22, S. 78). Der Aufruf war vor dem 24. Februar, dem Beginn des russischen Militärüberfalls auf die Ukraine, vom Hamburger Forum für Abrüstung und Völkerverständigung (www.Hamburgerforum.org) verfasst worden. Nunmehr befinden wir uns in der 5. Woche der völkerrechtswidrigen Aggression durch Russland und ein Ende des Kriegs, der Zerstörung, des Sterbens und des Leidens der ukrainischen Zivilbevölkerung scheint nicht in Sicht.

Viele von uns sind entsetzt und ratlos zugleich. Eine Deeskalation der militärischen Gewalt, der wirtschaftlichen Sanktionen und Schuldzuweisungen wird von keinem der Akteure ernsthaft in Betracht gezogen. Diese Art von Kriegen, das zeigt die jüngere Geschichte mit den Kriegen in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen und Jemen, haben bei jeweils unterschiedlichen Akteuren und Kriegsgründen(-lügen) das Potential, sich lang hinzuziehen. Am Ende gibt es nur Verlierer ohne nachhaltige Lösungen.

Der von der GEW und weiteren Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnete Ostermarschaufruf gipfelte in der Forderung an die Bundes-

regierung, auf die steigenden Rüstungsausgaben und auf die Erweiterung der Nato zu verzichten. Stattdessen soll sich die Bundesregierung für ein globales System kollektiver Sicherheit unter Einschluss Russlands und Chinas einsetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die nukleare Teilhabe aufzugeben und den UN-Atomwaffenverbotvertrag zu unterschreiben. Um die Gemeinsamkeit der Ostermarschierer_innen mit der Klimabewegung Fridays

Maischberger, Plasberg, Lanz Illner... –, können die Pazifist_innen und die Friedensbewegung einpacken und in der Versenkung der Geschichte verschwinden.

Pazifistische Positionen werden diffamiert, diskreditiert und sind noch nicht mal eine Randnotiz wert. Neben der Dokumentation der humanitären Katastrophe, dem Leiden der Zivilbevölkerung und der flüchtenden Frauen mit ihren Kindern dominiert in der Berichterstattung die Sympathie für das Militärische.

Pensionierte Generäle, Professoren der Bundeswehr-Universität haben Hochkonjunktur in den Talkshows und ihre militärischen Weisheiten werden „hochgeschätzt“.

Viele von uns Friedensbewegten oder ehemals Friedensbewegten gegen den

Nato-Doppelbeschluss aus den 1980er Jahren – dazu gehörte auch unser heutiger Bundeskanzler Olaf Scholz – sind unter dem medialen Dauerbeschluss und angesichts der verzweifelten Lage bereit, viele friedenspolitische Positionen zu räumen.

So sind bedingungslose Waffenlieferungen ohne zeitliche oder finanzielle Begrenzung für die Ukraine, weitgehende Sanktionen gegen Russland und eine wahnsinnige Aufrüstung von hunderten Milliarden Euro für die Bundeswehr in den nächsten



for Future zu betonen, schließt sich der Aufruf der Forderung an, dass die Regierung endlich ernsthaft daran arbeiten soll, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Sind diese Forderungen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, veranlasst von dem russischen Nationalisten und Diktator Putin, unterstützt durch die russisch-orthodoxe Kirche und zahlreiche Oligarchen, falsch?

Folgt man den dominanten Talkshow-Moderator_innen der ARD und des ZDFs – Will,

Jahren möglich.

Die Forderungen nach einer Flugverbotszone über der Ukraine und die nach dem sofortigen Stopp der russischen Gaslieferung wurden immer wieder von Exilukrainern_innen auf den Solidaritätskundgebungen für die Ukraine am 6.3.(organisiert von den Parteien in der Bürgerschaft: SPD, Grüne, CDU und Linke) und am 13.3.(initiiert vom DGB-Hamburg) auf dem Jungfernstieg vorgetragen.

Noch (?) wird die von der Ukraine geforderte Einrichtung einer Flugverbotszone, die einen möglichen Kriegeintritt der Nato und damit den Beginn eines Dritten Weltkrieges und des nuklearen Schlagabtausches bedeuten könnte, von den USA, der Nato, der Mehrheit der EU-Staaten und Deutschland abgelehnt. Die Zurückweisung des sofortigen Boykotts der russischen Gaslieferungen durch die Regierung hält noch, aber sie steht unter Druck durch die Ukrainer, die Moderator_innen der ARD und des ZDFs und vieler Sympathiebekundungen durch CDU-Mitglieder.

Ich persönlich teile in diesem Punkt weitgehend die Ansichten unseres ehemaligen 93jährigen, weitsichtigen Bürgermeisters von Dohnanyi, dass ein Krieg noch nie durch Sanktionen beendet oder in seinem Verlauf entscheidend beeinflusst wurde. Auf die weit vorausschauende Frage nach dem Ukrainekrieg, die von Dohnanyi in seinem neuesten Buch „Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche“ aufwirft, hätte ich gern eine Antwort: Welches Interesse haben Deutschland und Europa an einer zerstörten russischen Wirtschaft, an einer darbenenden russischen Bevölkerung, einem russischen Armenhaus unter der Herrschaft eines Putin oder eines anderen Oligarchen oder einer Militärdiktatur oder...?

Und was sagt die Friedensbewegung? Gibt es die noch?

Es gibt die Friedensbewegung noch! Sie war auch nach ihren Hochzeiten in den 1980iger Jahren gegen den Raketendoppelbeschluss nie weg! Sie trifft sich in vielen Initiativen, Gesprächszirkeln und demonstriert auf der Straße wie jedes Jahr zu Ostern.

Die englische Friedensbewegung fasst die Forderungen zum ukrainischen Krieg kurz und prägnant in drei Sätzen zusammen: Stoppt den Ukraine-Krieg! Russische Truppen raus! Keine Nato-Erweiterung!

Die Friedensbewegung ist weltumspannend und braucht von ihren Forderungen nicht abzurücken. Die Forderungen werden laufend aktualisiert, auch jetzt bezogen auf den Ukraine-Krieg.

Die englische Friedensbewegung ist sehr aktiv. Seit dem 11.September 2001 gibt es die britische Friedensorganisation „Stop the war“(stopwar.org.uk), die zahlreiche Demonstrationen in Großbritannien gegen den Afghanistan-, den Irak-, Libyen- und Jemenkrieg organisiert hat. Sie fasst die Forderungen der internationalen Friedensbewegung zum ukrainischen Krieg kurz und prägnant in drei Sätzen zusammen: Stoppt den Ukraine-Krieg! Russische Truppen raus! Keine Nato-Erweiterung! Es wird dann weiter in einem Aufruf zu Aktionen zum 6.3. rund um die Welt ausgeführt, dass der Krieg in der Ukraine eine Katastrophe ist für die Ukrainer und eine gefährliche Bedrohung für uns alle.

Es werden Sanktionen abgelehnt, die den überwiegenden Teil der russischen Bevölkerung treffen und alle Länder werden

aufgefordert, Flüchtlinge willkommen zu heißen, die vor dem Krieg fliehen.

Es gibt eine Gruppe, die sich als Ukrainische Pazifistische Bewegung bezeichnet und in einer Erklärung (www.de.conection-ev.org, <https://worldbeyondwar.org/> statement-by-the-ukrainian-pacifist-movement) dazu auffordert, dass Selenskyj und Putin direkte Verhandlungen aufnehmen sollen, wobei die Ukraine ihre Neutralität anbietet und darauf verzichtet, einen bis an die Zähne bewaffneten ukrainischen Nationalstaat aufzubauen. Diese neutrale Ukraine stellt sich dann weder an die Seite kriegsbereiter Großmächte wie Russland oder der Nato noch an die der USA.

Ein besonderes Anliegen der ukrainischen pazifistischen Bewegung sind die ukrainischen, belarussischen und russischen Deserteure und Kriegsdienstverweigerer. Sowohl alle Kriegsverweigerer, die aus den verschiedenen Armeen desertieren als auch diejenigen, die sich vor dem Wehrdienst „drücken“, bevor sie eingezogen worden sind, sollten bei uns großzügig Asyl gewährt bekommen.

Wer mehr über die menschenverachtende Behandlung von russischen Wehrpflichtigen (zwei Jahre) in der russischen Armee erfahren will, sollte einmal bei Google den russischen Begriff „Devodovschina“ eingeben, um sich von den Misshandlungen von Rekruten durch Dienstältere ein Bild zu machen.

Auch der belarussische Diktator Lukaschenko scheut nicht davor zurück, die Wehrpflichtigen und Generäle an der Seite der Russen in den Krieg zu schicken, da er mit einer zwar unterdrückten, aber massiven Opposition im eigenen Land konfrontiert ist. Die Befehlsverweigerung von Matrosen in Kiel und Wilhelmshafen hat 1918 schon einmal erfolgreich zum schnelleren Ende eines Krieges beigetragen.

Das Hamburger Forum hat

seinen Ostermarschauftuf um die Forderung „Keine weitere Eskalation des Krieges – Waffenstillstand jetzt – Keine Waffenlieferungen, aber Unterstützung von Kriegsoffizieren“ ergänzt.

Der Bundesausschuss des Friedensratschlags in Kassel (www.friedensratschlag.de) fordert dazu auf, sich dem Rüstungswahnsinn von 100 Milliarden Sondervermögen für das Militär, der Grundgesetzänderung und den 70 Milliarden jährlicher Militärausgaben entgegenzustellen.

Wenn das Rüstungsprogramm des Kanzlers Scholz so umgesetzt wird, werden die nächsten 30 Jahre durch militärische Gewalt in der EU und in der Nato an der Seite der USA bestimmt sein. Dieses gigantische Aufrüstungsprogramm geht zu Lasten des Klimas, der Renten, des Gesundheitssystems und der Bildung. Das Militär ist einer der

größten Klimakiller und Umweltzerstörer weltweit. Fridays for Future, Gewerkschaften, Kirchen müssen zusammenfinden und den Widerstand auf die Straße bringen, um die deutsche Regierung von dieser Aufrüstung abzuhalten.

Dieses gigantische Aufrüstungsprogramm geht zu Lasten des Klimas, der Renten, des Gesundheitssystems und der Bildung. Das Militär ist einer der größten Klimakiller und Umweltzerstörer weltweit

Die Hoffnung für den kommenden Ostermarsch und viele weitere Proteste im Jahr 2022 ist, dass die Begeisterung für militä-

rische Aufrüstung in der Regierung, im Parlament, in den meisten Medien, in der deutschen Zivilgesellschaft nicht mehrheitsfähig wird. Welche Chancen der gemeinsame Kampf gegen den heraufziehenden Rüstungswahnsinn hat, wird sich auch an der steigenden Beteiligung am Ostermarsch 2022 ablesen lassen.

WILLI BARTELS – Mitglied im Friedenausschuss der GEW und im Hamburger Forum

Dieser Artikel wurde geschrieben in der Hoffnung, dass er die hlz-Leser_innen noch vor Ostern erreicht. Der Autor und die Redaktion sind der Überzeugung, dass selbst dann, wenn dies nicht klappt, es wichtig ist, die getroffenen Aussagen auch nach dem hoffentlich eindrucksvollen Auftreten der Kriegsgegner_innen zu Ostern zu veröffentlichen. Die Red.

KRIEG UND FRIEDEN

Paradigmenwechsel in der Hamburger GEW?

Der Landesvorstand lehnt die Unterstützung des Russell-Tribunals zur Verurteilung der über den Hamburger Hafen durchgeführten Waffenexporte ab

Der 30. März 2022 könnte in die Annalen der Hamburger GEW als Paradigmenwechsel in Sachen Krieg und Frieden eingehen.

Der Ausschuss für Friedensbildung unseres Landesverbandes stellte an diesem Tag im Landesvorstand den Antrag, mit dem „Hamburger Russell-Tribunal“ zum Thema Waffenexport über den Hamburger Hafen zu kooperieren.

Das wurde mit Mehrheit auf der o.g. Sitzung abgelehnt.

Auf der Sitzung stellten Jochen Rasch und der Autor dieses Beitrags das Konzept des Tribunals vor, das vom 30. Juni bis 3. Juli 2022 stattfinden wird. Zuvor war allen Vorstandsmitgliedern eine ausführliche Dokumentation des aktuellen Planungsstandes übermittelt worden.

Die angestrebte Kooperation bezieht sich auf die Woche vom 27. Juni bis 1. Juli und beinhaltet eine bildungspolitische Friedenswoche, in der auch Angebote an die Kolleg_innen in den

Bildungseinrichtungen der Stadt gemacht werden. Insgesamt begleitet das Tribunal ein 10-wöchiges Programm.

Nun weckt vielleicht das Wort „Tribunal“ negative Bilder und Assoziationen, vor allem bei denjenigen, die die Tradition der „Russell-Tribunale“ nicht kennen.

Es ging und geht bei den „Russell-Tribunalen“ um die Aufarbeitung von Völkerrechtsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, um

Das Besondere am „Hamburg-Tribunal“

Das „Hamburg-Tribunal“ stellt sich in die Reihe der sog. „Russell-Tribunale“ und wird von der „Russell-Peace-Foundation“, gegründet von Lord Bertrand Russell, begleitet und unterstützt. Das erste historische Tribunal – es waren eigentlich zwei hintereinander, moderiert von Jean Paul Sartre, untersuchte die Kriegsverbrechen während des Vietnamkrieges. Weitere, vor allem in juristischen Kreisen beachtete Tribunale folgten.

Frank Barat koordiniert für die „Russell-Peace-Foundation“ das Hamburg-Tribunal und nutzt vor allem seine internationalen Kontakte und Netzwerke für die Zusammenstellung der am Prozess Beteiligten. Als nationaler Koordinator steht Martin Dolzer, Hamburger Journalist, zur Verfügung. Er koordiniert auch das Kultur- und Musikprogramm an den Tribunaltagen. Neu in der Geschichte der „Russell-Tribunale“ sind das Begleitprogramm und die friedensethischen und politischen Aspekte der Verhandlungen.

Die Liste der bisherigen Kooperationspartner_innen ist lang, z.B. der Kirchenkreis Ost und West (=Hamburger Kirche) mit zahlreichen Arbeitsstellen, Greenpeace, das Li, die DFG/VK, Peace Brigades International, terres des hommes, Evangelische Studierendengemeinde Hamburg, Open School 21, Diakonisches Werk Hamburg, TIDE (freier BürgerInnen-Sender Hamburg), pti (Pädagogisch-Theologisches Institut Hamburg), Brot für die Welt (Hamburg/Berlin), Deutsches Schauspielhaus.....

Nur die GEW verweigert sich. Das ist schwer verständlich, zumal der Hamburger Landesverband Mitglied der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte ist, aus der heraus die Idee für ein solches Tribunal entstanden ist.

Die Einwände, angesichts des Ukraine-Krieges sei eine solche Veranstaltung nicht angemessen – oder: man wolle den Hamburger Senat nicht auf der Anklagebank sehen, gehen an der Intention des Tribunals und einer möglichen Mitwirkung der GEW am Bildungsprogramm völlig vorbei.

Auf dem Hamburger GEW-Gewerkschaftstag wird es einen erneuten Antrag auf Kooperation geben, von dem wir hoffen, dass er den Mehrheitsbeschluss des Landesvorstands korrigiert.

Weitere Anfragen zu Einzelheiten gerne an Hartmut Ring, auch nach dem bisherigen Stand der Zusammensetzung des Tribunals: ppf@umwelt.ecolink.org
HR

strafbewehrte Handlungen auch im nationalen Recht.

Das Tribunal ist so gestaltet, dass konkrete beweisbare Fälle zur Sprache kommen. Im Hamburger Tribunal geht es um vier Fälle: Nordsyrien / Rojava, Mexico / Kolumbien, Jemen und Kindersoldaten (auf dem Afrikanischen Kontinent).

Das „Hamburg-Tribunal“ ist kein international anerkannter Gerichtshof wie der in Den Haag, sondern eine zivilgesellschaftliche Verhandlung.

Es hat die Funktion, auf Verletzungen des Rechts (Völkerrecht, Menschenrechte, Waffenkontrollgesetz etc.) hinzuweisen und in Bezug auf Verbesserung von Rechtsprechung und Gesetzen Impulse zu setzen. Es gibt zwar seitens der Jury ein ‚Urteil‘, aber nicht im streng juris-

tischen Sinn. Die Jury verhängt z.B. kein Strafmaß, sie nimmt aber die ‚Richterfunktion‘ im Tribunal wahr und besteht aus hochrangigen, international renommierten Jurist_innen, Künstler_innen, Journalist_innen und Wissenschaftler_innen, die in den Ländern, aus denen sie kommen, eine hohe Reputation genießen.

Ein internationales Team von Jurist_innen bereitet die Anklage vor. Expert_innen arbeiten an der Recherche der Fälle und begleiten die Verhandlung während der Sitzungen. Zeug_innen werden angehört. Eine Verteidigung ist möglich. Pro Verhandlungstag werden zwei Themen bearbeitet.

HARTMUT RING
Ausschuss für Friedensbildung

Warum die Kirche beim Hamburg-Tribunal mitmacht

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Abschreckung durch Aufrüstung kann vielleicht kurzfristig Kriege verhindern, schafft aber keinen Frieden. Das Hamburg-Tribunal bietet im Vorfeld die Chance, sich mit vielen Veranstaltungen und Menschen für einen wirklichen Frieden zu engagieren. Deshalb ist „Kirche“ dabei.

PASTOR KLAUS-MICHAEL TÄGER,
Ökumenische Arbeitsstelle im ev.-luth. Kirchenkreis-Hamburg Ost

یک مرد افغانی،
و یک زن، لوکرینس
در قطار ICE

BEGEGNUNG

Zugfahrt

Ein afghanischer Mann und eine ukrainische Frau im ICE

Ich kam gegen 20 Uhr am Berliner Bahnhof an und musste in weniger als 20 Minuten den ICE nach Hamburg besteigen. Ich zögerte, ob ich mir etwas zu essen kaufen sollte oder nicht. Schließlich beschloss ich doch, gleich in den Zug einzusteigen, obwohl ich – anders als früher – diesmal einen Sitzplatz reserviert hatte. Ich erreichte den Wagen Nummer 7 und fand nach ein paar Minuten meinen Platz. Es war einer von vier Sitzen, die sich paarweise gegenüberstanden und durch einen Tisch voneinander getrennt waren. Gleichzeitig bemerkte ich eine ältere Frau mit blauen Augen und blondem Haar, die auf „meinem“ Platz saß. Für einen Moment dachte ich: Ungewöhnlich für eine Europäerin, nicht auf die Platznummer zu achten. Zuerst dachte ich daran, mir einen anderen Platz zu suchen, aber ich war müde und so bat ich sie respektvoll aufzustehen. Ich spürte aber auch einen Hauch von Genugtuung –, von Rache will ich nicht sprechen –, weil ich in der Vergangenheit immer wieder erleben musste, wie ich eher unsanft von einem mir nicht zustehenden Platz verwiesen wurde.

Die Frau stand schnell auf und überließ mir meinen Platz mit einem etwas verlegenen Lächeln. Ich setzte mich also, während die Frau noch ihre Sachen zusammenpackte. Dann bemerkte ich ihre Kleidung. Alles, was vorher geschehen war, ging so schnell, dass ich außer ihrem Gesicht nichts Anderes wahrgenommen hatte. Sie trug ein kleines geblümtes Tuch gleich unseren traditionellen Schals um den Kopf und eine zugeknöpfte Strickja-

cke über ihrer hellen Bluse. Aber was mir am meisten auffiel, war der dunkelblaue Rock mit den rosa Blumen. Ich erinnerte mich an meine Großmutter in unserem Dorf in Nordafghanistan. Auch sie liebte Blumen, und die meisten ihrer Kleider waren immer voller bunter Blumen wie die Steppe von Mazar-i Sharif im Frühling.

Nach ein paar Sekunden setzte sich die Frau auf den Sitz gegenüber von mir und sagte beschämt: „Es tut mir leid. Ich komme gerade aus der Ukraine.“ Sie sprach die beiden kurzen Sätze mit einem besonderen Akzent und in gebrochenem Deutsch. Ich war für einen Moment irritiert und bevor ich etwas erwidern konnte, zogen plötzlich alle Bilder und Nachrichten aus der Ukraine vor meinen Augen vorbei. Plötzlich empfand ich mein Insistieren auf „meinen“ Platz peinlich. Etwas unbeholfen erwiderte ich mit einem Lächeln: „Kein Problem“. Wir blickten stumm aus dem Fenster, als der Zug losfuhr und beobachteten die vorbeiziehenden Häuser, Autos und das Treiben der Menschen.

Ich wollte mit der Frau reden, aber irgendetwas hielt mich davon ab. Ich wollte sie fragen, wo ihre Familie sei, warum sie allein reise, ob ihr Haus noch unbeschädigt sei und ob sie die Hoffnung habe, eines Tages nach Hause zurückkehren zu können. Alles Fragen, die ich mir als Geflüchteter schon viele Male selbst gestellt hatte, Fragen auch, die mir von anderen immer wieder gestellt worden waren und immer noch gestellt werden und auf die ich keine Antwort habe.

Kurze Zeit später zog die Frau eine Plastiktüte aus ihrer kleinen Tasche und legte ein paar Scheiben selbstgebackenes Brot und etwas Gemüse auf den Tisch. Ich fühlte mich, als sähe ich meine Großmutter. Wenn wir irgendwohin fahren, nahm sie auch immer trockenes Brot, Käse und Gemüse mit. Als meine Großmutter noch lebte, hatten wir niemals Angst vor Hunger, denn in ihrer kleinen Tasche war für jeden immer ein kleines Stück Brot.

Die Frau steckte sich in aller Ruhe Brotstücke in den Mund und schaute aus dem Fenster in die Dunkelheit. Ihre Augen waren jedoch nicht ruhig. Sie erinnerten mich an etwas. Es waren die Augen meiner Großmutter, wie sie jeden Tag aus dem Fenster unseres Hauses geschaut hatte. Es waren die Augen meines Vaters, als er sich von seinem Haus verabschieden musste. Es waren meine Augen vor ein paar Monaten, als alle meine Träume und Hoffnungen in kurzer Zeit zerplatzt waren.

Ich starrte beunruhigt auf mein Handy, ohne darauf etwas wahrzunehmen. Stattdessen sah ich die Zerstörung unseres Hauses und dachte unwillkürlich an den kleinen Garten, den mein Vater angelegt hatte. Ein Garten, in dem sich

unsere Familie jeden Nachmittag versammelte und Tee trank. Hatte diese Frau auch an ihr Haus gedacht?

Der Zug hatte die Stadt verlassen und wenn man sich umblickte, sah man in der Ferne die schwächer werdenden Lichter. Das Mondlicht am Winterhimmel strahlte große Kälte aus. In der Spiegelung des Zugfensters sah ich das Gesicht einer Frau, die in die Dunkelheit starrt. Vielleicht sah sie in dieser Dunkelheit das Bild ihrer zerstörten Stadt. Vielleicht stellte sie sich ihr Haus vor, in dem sie keine Kuchen mehr für ihre Enkelkinder backen konnte. Vielleicht blickte sie auf ihren Garten, der nicht mehr grün war, in dem Steinbrocken, verbranntes Holz und Feuer das Wachstum der Blumen verhindert hatten.

Der Zug raste nun durch die dunkle Nacht. Ein afghanischer Mann und eine ukrainische Frau saßen sich gegenüber, weit weg von ihrem Zuhause. Beide suchten nach Licht in der Dunkelheit hinter dem Fenster.

JALAL HUSSAINI

Der Autor kam 2014 aus Afghanistan nach Deutschland und schreibt u.a. regelmäßig auf dem

Nachrichtenportal Amal Hamburg

Übersetzung hlz





Rückzieher

Kirche und Schulbehörde verschieben Entscheidung

Vollmundig konnte die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) noch in der Sitzung des Landesschulbeirates (LSB) am 1. November 2021 auf besorgte Nachfragen antworten, dass von ca. 1.200 Lehrkräften mit Fakultas in Religion nach aktueller Kenntnis der BSB die meisten über die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine Beauftragung verfügten. So berichten Teilnehmende.

Vier Jahre lang hatten Nordkirche und BSB darauf hingearbeitet, dass zum Beginn des Schuljahres 2022/23 endlich alle Religionslehrkräfte der Schulen eine religionsamtliche Bescheinigung für ihre Personalakten beibringen müssen, mit der sie neben der Qualifikation (Staatsexamen, LI-Fortbildung oder Vergleichbares) eben auch eine Mitgliedschaft in der jeweiligen Religionsgemeinschaft nachweisen müssen.

Das ging dann aber doch et-

was an der Lebenswirklichkeit unserer zunehmend konfessionsfreien Stadtbevölkerung vorbei. Viele Kolleginnen und Kollegen, die die Lehrbefähigung für dieses Fach erworben hatten, hatten zwischenzeitlich die evangelische Kirche verlassen. Wie viele andere Bürger_innen unserer Stadt auch. Die Mehrheit hier ist längst konfessionsfrei. Und überdies: Dreißig Jahre lang und länger wurde eine Kirchenmitgliedschaft von der BSB als Voraussetzung für die Beauftragung mit diesem Unterrichtsfach nicht mehr abgefragt. Warum sollte man also jetzt wieder in die Kirche eintreten, um das Fach unterrichten zu dürfen?

Die GEW hatte bereits um die Jahreswende 2021/22 bei einer Vertrauensleute-Befragung Erkenntnisse gewonnen, dass an zahlreichen Schulen (besonders an Grundschulen) der Religionsunterricht zusammenbrechen würde, wenn z.B. von ehemals

12 Kolleg_innen nur noch zwei eine Beauftragung würden erbringen können. Sollten sie dann den gesamten anfallenden Unterricht erteilen? Ausgeschlossen, dann würden sich die übrig Gebliebenen auch noch weigern, denn niemand kann zur Erteilung von RU gezwungen werden.

Guter Rat war nun teuer. Da entschied die Nordkirche, dass sie die Pflicht zur Beibringung der Vokatio bis zum Schuljahr 2022/23 aussetzt. Als erklärende Ausrede wurde „Corona“ genannt. Der Knüller kam dann im zweiten Absatz: Für alle Kolleg_innen, die über das Staatsexamen bzw. einen LI-Qualifizierungskurs verfügen, sei eine Kirchenmitgliedschaft auch nach dem 1.8.2023 nicht mehr erforderlich. Mitteilen ließ sie das die BSB mit einem Rundschreiben an die Schulleitungen mit Datum vom 18.2.2022 und nannte das „Nachjustierung“.

Die Scherben sollen die Schulleitungen aufräumen, denn im BSB-Rundschreiben werden sie gebeten, fehlende Vokationsbescheinigungen bei den Kolleg_innen noch einzutreiben.

Die GEW hat hier zu einem großen Erfolg beigetragen. Unsere Kolleginnen und Kollegen hätten ohne diesen Kirchenrückzieher vor einem durch den Staat exekutierten Unterrichtsverbot in ihrem Fach Religion gestanden.

Ist nun alles gut? Ganz und gar nicht. Immer noch sind Teile unseres Gewerkschaftstags-Beschlusses vom Herbst 2021 in unserem Visier. Im März/April 2022 werden die neuen Bildungspläne – auch im Fach Religion – der Kollegenschaft und der Öffentlichkeit vorge-

Bildungsplan Religion kritisch unter die Lupe nehmen

Der AK Philosophie und Religion lädt zu einem Austausch über die neuen Bildungspläne Religion ein. Als Bildungs-Gewerkschaft sollten wir die Aussagen und Festlegungen des Bildungsplans genauer in Augenschein nehmen und sie mit unserem Gewerkschaftstags-Beschluss abgleichen.

Derzeit läuft eine dreimonatige Phase der öffentlichen Debatte, im Laufe derer auch wir als GEW eine Stellungnahme gegenüber der BSB abgeben können und sollten. In dieser Sitzung wollen wir erörtern, wie eine Stellungnahme aussehen könnte und sie dem Vorsitzenden bzw. Landesvorstand zuleiten.

Die Veranstaltung wird in Präsenz zu den aktuell gültigen Corona-Bestimmungen stattfinden am

Donnerstag, den 9. Juni, von 16-18 Uhr in Raum ABC.

Damit wir uns entsprechend vorbereiten können, bitten wir um eine Anmeldung unter akpur@gew-hamburg.de. Selbstverständlich sind aber auch unangemeldete Mitglieder willkommen.



stellt. Wir werden sie uns genau anschauen. Nach wie vor ist nicht erkennbar, dass die BSB ihre ehrliche Informationspflicht gegenüber den Eltern der Klassen 1-6 erfüllt. Denn noch immer bekennt sich die BSB nicht offen zum gewollten Etikettenschwindel „Religionsunterricht für alle“: Gemeinsamer Unterricht für die gesamte Klasse, also auch für die religionsungebundenen Kinder, aber nur auf

der Basis von Bildungsplänen, die ausschließlich durch Religionsgemeinschaften verantwortet werden. Hier werden wir uns noch kräftig einmischen müssen. Es gibt nur zwei Alternativen, wenn es beim Unterricht „für alle“ bleiben soll: Entweder werden die Bildungspläne auch von nicht-religiösen Trägern mitverantwortet (und das ist eine Entscheidung der Religionsgemeinschaften) oder es bleibt bei der

bisherigen Worthülse „für alle“ und wir klären weiter auf und appellieren an die religionsfreien Eltern, ihre Kinder abzumelden, verbunden mit dem Hinweis, ein Alternativangebot einzufordern. Was in den Jahrgängen 7-13 bereits Realität ist, wird dann auch in den Klassen 1-6 Einzug halten. Schade wär's, aber unvermeidlich.

GERHARD LEIN
AK Philosophie und Religion

RELIGIONSUNTERRICHT IM 19. JAHRHUNDERT

„Hemmschuh wider den Fortschritt“

Die Abschaffung des Religionsunterrichts und die Trennung von Staat und Kirche waren spätestens 1848 populäre Forderungen in Hamburg

Anders als heute hatte die Kirche im 19. Jahrhundert sehr großen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben Hamburgs. Während jetzt rund 60 Prozent der Einwohner_innen keiner Religionsgemeinschaft angehören, waren 1880 allein 92,5 Prozent in der evangelisch-lutherischen Kirche. Dennoch stellen sich teilweise ähnliche Fragen wie damals.

Gremien waren kirchlich dominiert. Während die fünf Kirchenschulen den kirchlichen Organen der jeweiligen Bezirke unterstanden, war die Eröffnung einer Privatschule von einer Konzession des jeweiligen Hauptpastors abhängig.

Entsprechend der engen Verbindung von Staat und Kirche galt Religion als wichtigstes Un-

terrichtsfach. Der gesamte Unterricht wurde religiösen Zielen untergeordnet. Dabei gab es innerhalb der evangelisch-lutherischen Kirche mehrere sich streitende theologische Richtungen, die den Unterricht unterschiedlich durchführen wollten.

Bei den Schülern wurde jedoch Interesslosigkeit oder „Ekel vor der Religion“ beob-

Kirchliche Kontrolle des Schulwesens

Die Kirche kontrollierte bis weit in das 19. Jahrhundert hinein das Schulwesen in Hamburg. Religion wurde bereits 1529 im Rahmen der Bugenhagenschen Kirchenordnung als Unterrichtsfach der wenigen staatlichen Lehranstalten verankert.

Das Johanneum von 1529 war ebenso wie das Akademische Gymnasium von 1612 als staatliche Einrichtung für den Nachwuchs der höheren Klassen gegründet worden. Beide unterstanden dem Scholarchat. Die erst 1788 entstandenen öffentlichen Armenschulen wurden vom Schulkonvent verwaltet. Beide



Tagungsort der Hamburger Konstituante von Ende 1848 bis zur Auflösung im Juni 1850: Haus der Patriotischen Gesellschaft an der Trostbrücke

Foto: Wolfgang Meinhart/wikimedia - CC BY-SA 3.0



achtet. Im Volk bestand Mitte des 19. Jahrhunderts die Ansicht, „in der Geistlichkeit nur einen Hemmschuh wider den Fortschritt zu finden“.

In anderen deutschen Staaten waren Schulen bereits staatliche Einrichtungen. Auch deshalb wurde in Hamburg die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche unüberhörbar, besonders auf Volksversammlungen im Jahr 1848.

Reformversuche in der Revolution 1848/49

Die revolutionäre Bewegung erkämpfte vom Senat die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung (Konstituante) im Herbst 1848. Als dort die Schulreform zur Debatte stand, ging es – neben der Forderung nach Einführung der allgemeinen Volksschule – vor allem um die Trennung von Schule und Kirche sowie den Religionsunterricht.

Den weitreichendsten Antrag stellte der Abgeordnete Cohen: „Der Religionsunterricht darf künftighin weder in Staatsschulen noch in Privatschulen stattfinden“. Cohen warf dabei auch die Frage nach der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit der Unterrichtsinhalte auf.

Grundlage der Beratungen wurde jedoch ein Antrag, den Anton Rée, der als Vorkämpfer für die allgemeine Volksschule gilt, zusammen mit Prof. Wiebel gestellt hatte. Danach sollte der Religionsunterricht von den Religionsgemeinschaften selbst durchgeführt und überwacht werden. Die Lehrer der künftigen öffentlichen Schulen dürften ihn erteilen und Schulräume dafür nutzen. So wäre das Fach Religion aus dem Lehrplan entfernt worden.

Ein Antrag von Johns und Pastor Alt sah dagegen die freiwillige Teilnahme am Religionsunterricht vor, der folglich wieder

von der Schule durchgeführt werden sollte. In der Debatte wurde der Antrag als Verstoß gegen die Trennung von Staat und Kirche abgelehnt.

In die Verfassung vom Juni 1849 schrieb die Konstituante den Satz: „Die Sorge für den Religionsunterricht und dessen Überwachung bleibt den Religionsgesellschaften überlassen.“

Die Konstituante verankerte in ihrer Verfassung außerdem die Trennung von Schule und Kirche: Festgelegt wurde die staatliche Oberleitung und Oberaufsicht über das gesamte Schul- und Erziehungswesen, welches so „der Geistlichkeit als solcher entzogen“ sei. Geistliche sollten nur noch wie andere Einzelpersonen in die Oberschulbehörde gewählt werden können.

Der Senat sah „die höchsten und heiligsten Interessen“ gefährdet

Der Beschluss der Konstituante stieß auf deutliche Ablehnung in jenen Kreisen, die an der kirchlichen Dominanz im Schulwesen festhielten. Dazu gehörten neben einigen Kirchenvertretern auch 54 Schulvorsteher, allesamt aktive Mitglieder der *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens*. Sie versuchten noch mit einem Schreiben an die Konstituante, die Umsetzung der Beschlüsse zu verhindern. Dabei lehnten sie nicht nur die vorgesehene Einführung öffentlicher Volksschulen mit gemeinsamem Unterricht für Kinder aller Klassen ab, sondern auch die Beschneidung der kirchlichen Rolle.

Die Herausnahme des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan nannten sie eine große Härte für die ärmeren Volksklassen.

J. C. Kröger, ein bekanntes

Mitglied der *Gesellschaft*, forderte, dass die „sittlich-religiöse Bildung der Endzweck aller Erziehung“ sein müsse. Er befürwortete auch die Beteiligung von Kirchenvertretern an der Schulbehörde. Später setzte er sich sogar für eine strengere Aufsicht durch die Kirche ein, was in der *Gesellschaft* Unterstützung fand. Andere Lehrervereine wie der *Schulwissenschaftliche Bildungsverein* befürworteten dagegen die von der Konstituante beschlossene staatliche Schulverwaltung.

Ähnlich wie Kröger verlangte das geistliche Ministerium der Kirche vom Senat nicht nur die Beibehaltung des Religionsunterrichts, sondern einen religiösen Standpunkt der Lehrkräfte in allen Fächern.

Der Senat lehnte schließlich im August 1849 die Verfassung der Konstituante insgesamt ab. Er sah „die höchsten und heiligsten Interessen“ gefährdet, unter anderem, weil der Religionsunterricht nicht als wichtigster Unterricht begriffen werde. Kurze Zeit später besiegelte der Einmarsch preussischer und bayerischer Truppen das Ende der Revolution in Hamburg.

Verbot von Freidenkerschule

Nach dem Scheitern der Revolution zeigten sich bald praktische Konsequenzen der religiösen Haltung des Senats. Im Frühjahr 1853 ließ er mit Polizei- und Militärgewalt die Schule der deutsch-katholischen Gemeinde schließen.

Die Schule, die von philanthropischen Freidenkern betrieben wurde, erfreute sich in Hamburg wachsenden Zulaufs und kann als konfessionslos gelten. 1852 hatte sie 195 Schülerinnen und Schüler verschiedener Konfessionen. Statt des Fachs Religion gab es undogmatischen Religionsunterricht (Geschichte der



Religionen).

Der Senat griff erklärtermaßen im Interesse der christlichen Kirche ein. Die Gemeinde habe sich

Zum Religionsunterricht gab es folgende Vorstellungen:

- „gemäßiger“, obligatorischer Religionsunterricht, erteilt

der öffentlichen Schulen wurde grundsätzlich anerkannt; die Kirche sollte jedoch zwei Vertreter in die neue Oberschulbehörde entsenden. Die Zukunft des Religionsunterrichts wurde mit dem Hinweis auf den Elternwillen entschieden. Das Dogmatische sollte aus dem Religionsunterricht herausgehalten werden.

In § 35 des Unterrichtsgesetzes vom November 1870 hieß es:

„Der Religionsunterricht wird in der Regel nur nach der evangelisch-lutherischen Confession erteilt; Ausnahmen finden jedoch statt, wenn ein größerer Bruchteil der Schüler einer anderen Confession angehört; in diesem Fall wird auch für solche Schüler Religionsunterricht gegeben.“ Befreiungen, so hieß es in § 35 weiter, „werden durch die Schulkommission erteilt“.

Der Fortschritt gegenüber der alten Bestimmung bestand darin, dass in Bezug auf die Unterrichtsinhalte eine weitgehende Konfessionslosigkeit der öffentlichen Schulen anerkannt wurde. Der Bericht des zuständigen Bürgerschaftsausschusses stellte klar: Es „muß sich unter allen Umständen ... zeigen, daß alle andern Unterrichtsgegenstände frei bleiben von jeglicher Beeinflussung der Konfession“.

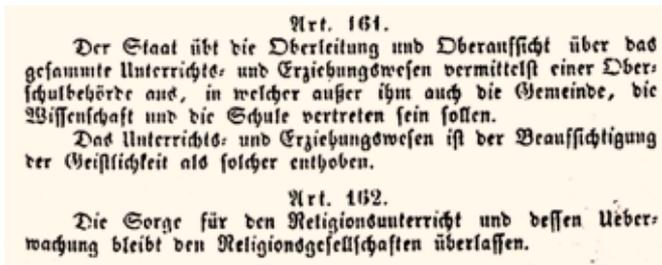
Die Beibehaltung des Fachs Religion im Lehrplan stellte weiterhin eine Einschränkung der Trennung von Staat und Kirche dar. Der Abgeordnete Winterfeld erinnerte kurz vor Verabschiedung des Gesetzes an die weitergehenden Bestimmungen der Konstituante von 1849 und beantragte noch einmal – erfolglos – die Abschaffung des Religionsunterrichts.

MANNI HEEDE

Literatur:

M. Heede, Die Entstehung des Volksschulwesens in Hamburg;

D. Klemenz, Der Religionsunterricht in Hamburg



Artikel 161 und 162 der Konstituanten-Verfassung von 1849

dem Atheismus zugewendet und er dürfe ihre „verderbliche Wirksamkeit ... nicht länger dulden.“

Der Religionsunterricht im „Schulkrieg“

Die Diskussion über den Religionsunterricht wurde erst nach Verabschiedung der neuen Hamburger Verfassung von 1860 wieder aufgenommen. Hiermit wurde die enge Verquickung zwischen Staat und Kirche aufgehoben. Die evangelisch-lutherische Kirche blieb zwar Staatskirche, die Diskriminierung von Katholiken und Juden wurde jedoch aufgehoben.

In der Verfassung wurde erstmals für das Schulwesen die staatliche Oberleitung und Oberaufsicht festgelegt. Ob die Kirche dennoch in einer neuen Oberschulbehörde vertreten sei, sollte später per Gesetz geregelt werden.

Ab 1863 diskutierte eine von der Bürgerschaft eingesetzte Kommission über ein Unterrichtsgesetz. In der Öffentlichkeit kam es teilweise zu heftigen Auseinandersetzungen, die auch in Broschüren geführt wurden („Hamburger Schulkrieg“). Dabei ging es neben der Frage eines einheitlichen Unterrichts in allgemeinen Volksschulen vor allem wieder um die Stellung der Kirche und das Fach Religion.

von Lehrern nach der evangelisch-lutherischen Hauptreligion:

Kinder anderer Konfession sollten auf Antrag befreit werden, evangelische Kinder jedoch nur nach Genehmigung der Schulkommission. Die Inhalte sollten nicht fanatisch-dogmatisch sein;

- gemäßiger, obligatorischer Religionsunterricht für alle evangelischen Schüler und entsprechender Unterricht für religiöse Minderheiten auf Staatskosten;
- konfessionsloser Religionsunterricht mit leichtem christlichen Anstrich;
- freiwilliger Religionsunterricht nach Entscheidung der Eltern:

Hierzu forderte Rée 1864 in einem eigenen Gesetzentwurf, dass die übrigen Religionsgemeinschaften das gleiche Recht auf Nutzung der Schulräume wie die evangelische Kirche bekommen. Er hatte bereits 1849 vertreten, dass der Staat allen Bekenntnissen völlig neutral gegenüberstehen müsse.

Kompromiss im Unterrichtsgesetz von 1870

Die Diskussion um das Unterrichtsgesetz endete mit einem vom Lehrer Johannes Halben vorgeschlagenen Kompromiss: Der konfessionslose Charakter



Fotos: Projekt Thor Heyerdahl

THOR HEYERDAHL (3)

Was passierte nach Dominica?

Unsere stellvertretende Vorsitzende Yvonne Heimbüchel antwortet auch in dieser Ausgabe auf die Fragen der hlz zum Abenteuer, mit Schüler_innen den Atlantik zu überqueren

hlz: *Seid ihr schon umgekehrt?*

Yvonne: Ja, das hieß: Segel setzen Richtung Europa – nach dem Motto „Go East!“ Uns standen drei ganze Wochen auf dem Nordatlantik bevor. Die längste Seetappe dieser Reise. Wir waren darauf vorbereitet mit Extra-Proviant Wasser und Treibstoff, denn es kann viel passieren und ab einem gewissen Zeitpunkt kommt der „Point of no return“. Diese seefahrerische Besonderheit kannten wir ja bereits von

der ersten Atlantiküberquerung, also ein Zeitpunkt, ab dem es dem Schiff nicht mehr möglich ist, aus eigenem Antrieb wieder umzukehren, da man gegen die stetigen Winde der Passatzirkulation angehen müsste. Wir mussten also voran – das hieß auch: nach Hause!

Das Tagebuchschieben wurde intensiv betrieben. Aber es fand auch wieder Unterricht statt, der zum Teil schon auf den Unterricht der Heimatschulen ausgerichtet war. Somit fanden die Schülerinnen und Schüler

schon gedanklich wieder Anschluss.

hlz: *Und wo seid ihr jetzt?*

Yvonne: Wir liegen gerade in Horta auf Faial, einer der neun Azoreninseln. Dies ist ein Knotenpunkt der Kontinente und somit ein Treffpunkt für Segler_innen aus aller Welt.

Hier sind wir auf andere Traditionsegelschiffe gestoßen, die ebenfalls mit Schulprojekten an Bord unterwegs sind – so z.B. auch die Alexander von Hum-

boldt II aus Bremerhaven. Die Schülerinnen und Schüler konnten über gemeinsame Projekte wie einem örtlich organisierten ‚Coast Cleaning‘ in Kontakt kommen und sich über ihre Erlebnisse und Erfahrungen austauschen.

Wir erleben hier eine Natur, die mit der Vielfalt des Regenwaldes mithalten kann. So viele Grüntöne nach so viel Blau um uns herum... Die von den Schülerinnen und Schülern eigenverantwortlich organisierte dreitägige Wanderung hat ihnen unheimlich schöne Erlebnisse und Kontakte mit Einheimischen beschert. So wurden sie z.B. von einer örtlichen Feuerwehr im Feuerwehrhaus beherbergt und vom Bürgermeister des Ortes begrüßt.

hlz: Was waren die größten Herausforderungen seit eurem letzten Bericht aus der Ferne?

Yvonne: Sturm auf hoher See ist immer eine Herausforderung. Wir hatten 6-7 Meter hohe Wellen und das Schiff legte sich ordentlich auf die Seite. Aber auch

das war ja bereits bekannt.

hlz: Nun interessiert mich aber – und vielleicht ja auch unser Leser_innen –, wie das Segeln nun geht. Ihr habt ja nicht mehr den kontinuierlichen Rückenwind des Passats. Muss man nun kreuzen oder wie muss man sich das vorstellen? Und wenn: ist das nicht viel aufwändiger?

Yvonne: Wir werden die Westwindzone nutzen. Vielleicht magst du ein Bild dazu reinnehmen. (Haben wir gemacht, s. Kasten, JG)

Viel herausfordernder war dagegen, mit den spärlichen Nachricht aus Europa umzugehen. Der Angriff Russlands traf alle an Bord wie ein Schock. Die gemeinsame Zeit bei unseren samstäglichem Zusammenkünften auf dem Achterdeck „Besan-schotan“ (s. Kasten S. 49) haben wir genutzt, um miteinander darüber ins Gespräch zu kommen, unsere Emotionen rauszulassen und John Lennons „Imagine“ zu singen. Abendliche Gesprächsrunden wurden organisiert, um die Nachrichtenbruchstücke, die

uns per Satellit erreichten, zu diskutieren.

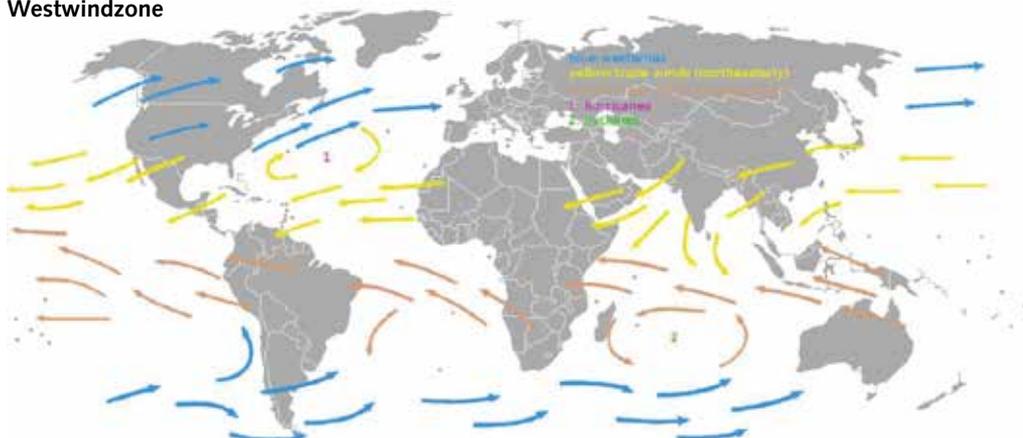
Die nachreisende Crew hat uns Zeitungen mitgebracht, die nun abends in der Messe studiert werden. Die Gespräche mit Eltern und Freund_innen zu Hause sind sehr geprägt von dem Thema. Alle an Bord und das gesamte Projekt „Klassenzimmer unter Segeln“ solidarisieren sich mit der Ukraine.

hlz: Haben alle bis jetzt durchgehalten? Auch das Schiff?

Yvonne: Bereits auf der Hinfahrt, also den Etappen Richtung Westen, hatten Teilnehmende das Projekt aus unterschiedlichsten Gründen verlassen. Zum Teil sind sie jetzt aber wieder dabei! Jedes Mal ist Abschied und Willkommen sehr herzlich. So manch ein Abschiedsabend ging mit musikalischen Beiträgen und dem Erzählen gemeinsamen Erlebens bis spät in die Nacht.

Das Schiff musste und muss viel aushalten! Daher ist die ständige Wartung und Pflege immens wichtig. Momentan stehen Arbeiten an der Hauptmaschine

Westwindzone



Die Westwinde auf der Nord- und Südhalbkugel (blau), Südostpassat (braun), Nordostpassat gelb, ein Sturmtief (pink). Die sich in den Tropen und Subtropen mitbewegenden Luftmassen haben deshalb ein größeres Gesamtvolumen. Aufgrund ihrer Trägheit bewegen sich die Luftmassen zum Äquator entgegen der ostwärt rotierenden Erde in westliche Richtung. Die Passatwinde entstehen. Ausgleichend entstehen in den gemäßigten Breitenzonen, sowohl auf der Nordhemisphäre als auch auf der Südhemisphäre, Westwinde in östlicher Richtung. Die Breiten werden aus diesem Grund als Westwindzone bezeichnet. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Westwindzone>



Letzte Kurskorrektur

mit ihren 400 PS Deutz-Diesel, 6 Zylindern aus dem Jahr 1951 an. Aber auch Farbarbeiten und Segelflicken werden durchgeführt. Alle packen dabei an. Keine

Scheu vor Schmutz und großen Werkzeugen!

hlz: Wie viel Seemeilen habt ihr jetzt vor euch?

Am 26.2.: An diesem Tag wurde bei uns nicht nur gefeiert. Auch wir haben mitbekommen, was in der Welt alles passiert. Deswegen gab es zu Besanschohan Zeit, sich dem zuzuwenden. Wir dachten an die Konflikte, an die Menschen und an alle, die sich gerade Sorgen machen. Nach einem der Situation entsprechenden Musikstück konnte jeder, der wollte, etwas sagen. Ängste, Bedenken und Sorgen wurden mit allen geteilt.

Gedanken von Hannah zu diesem Anlass im Folgenden:

IMAGINE...

von Hannah

Imagine all the people, living life in peace... Diese Worte von John Lennon sangen wir, nachdem wir die Nachrichten zu der aktuellen Situation in der Ukraine und Russland erfahren. Obwohl dieses Lied schon über 50 Jahre in den Köpfen der Menschen ist, schon so viele Male voller Emotionen und Gefühle gesungen wurde – mit diesem neuen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland wurde das Bild im Kopf von einer Welt in Frieden zerstört. Die Nachrichten kommen unerwartet. Krieg. Hass. Tote. Waffen. Proteste. Verzweiflung. Leid. Angst. Krieg in Europa. Wie heile einem die Welt vorkommt, hier, so weit weg von all den Problemen. In dieser schwimmenden Kapsel scheinen Probleme relativ, die Welt groß und weit und unendlich. Doch diese Berichte aus der Außenwelt überrollen mich wie eine große schwere Welle. In meinem Kopf wächst eine neue Angst. Ganz plötzlich. Ich stelle mir vor, wie Kinder in meinem Alter

Yvonne: 1850 Seemeilen, also 3426,2 Kilometer, werden es voraussichtlich. Das sind zu den 2700 Seemeilen, welche die Atlantiküberquerung umfasst, erstaunlich wenig. Insgesamt werden wir am Ende der Reise ca. 13 000 Seemeilen (ca. 24 000 Kilometer) emissionsarm zurückgelegt haben.

hlz: Wann und wo ist mit eurer Ankunft zu rechnen?

Yvonne: Wenn die Winde weiterhin gut stehen und Neptun uns wohlgesonnen ist, wird am 23. April das Projekt ‚Klassenzimmer unter Segeln‘ mit der Thor Heyerdahl im Heimathafen Kiel einlaufen. Die Schülerinnen und Schüler handeln bereits ihre Lieblingsplätze im Rigg aus, denn traditionell werden alle Kids während des Einlaufens auf dem Rahen und vorne auf dem Klüverbaum stehen. Ein unsagbar schönes Bild – ein toller Moment, auf den wir uns alle freuen und den wir auch alle fürchten. Denn dann ist das Erlebnis zu nächst vorbei. Doch es bleiben Freundschaften und Erfahrungen fürs Leben!

hlz: Wir danken für die Beantwortung der Fragen und werden über den Ausgang des Abenteurers berichten! JG

vom einen auf den anderen Tag mit dieser Angst leben müssen, mit den Geräuschen von fliegenden Bomben. Mit der stickigen Luft in Schutzbunkern. Mit der kleinen Schwester an der Hand durch die verwüsteten Straßen zu rennen, ohne Zukunft, ohne Hoffnung. Es tut weh zu wissen, was gerade in der Ukraine vor sich geht. Wir stehen gemeinsam auf dem Achterdeck, halten uns in den Armen und lassen die Betroffenheit zu. Und in jedem Kopf ein anderes Bild, andere Gedanken. Und doch stehen wir alle hier zusammen, irgendwo im Atlantik, weit entfernt von allem, für die Hoffnung auf Frieden. Wir lassen diese Hoffnung aufleuchten, wie ein Feuer. Und versprechen uns, es niemals zum Erlöschen kommen zu lassen. Träumen von einer Welt, die sich in den Arm nimmt. Imagine...

Der 26.2. mit all seinen Facetten

von Antonia

Karneval, Fasching oder Fasnacht,
Die Feier hat uns Spaß gemacht.
Es gab Alien, Krake und `ne Piraten Truppe,
nicht zu vergessen die Aerobic Gruppe!
Ein Kostümwettbewerb fand auch statt,
Wer hat es am besten gemacht?
Die Jury hatte sich entschieden,
die ganze Gruppe sollte siegen!
Vom Stamm fand eine Vorführung statt,
sie haben uns alle zum Lachen gebracht.
Die Pizzasuppe zum Abend schmeckte sehr,
und Schokoladenkuchen gab es zum Dessert.
Danach ging es erst richtig los,
bei jedem waren die Hände hoch.
Mitten auf dem Atlantik, wer hätte es gedacht:
Eine Party von 48 KUSis und jeder hellwach!

KUS-Ticker

Samstag, 26.02.2021

Mittagsposition: 31°14,6'N;
054°38,0'W
Etmal: 80,0 sm
Luft-/Wassertemperatur:
24°C; 21°C
Luftdruck: 1024 hPa

0815:
Unterrichtsbeginn Gruppe A

1315:
Großreinschiff

1530:
Besanschotan
**Im Segler_innenlatein eine
Entspannungspause nach
einer besonderen Herausfor-
derung für die Besatzung –
auch weil man den Klabauter-
mann besiegt hatte*

1830:
Beginn Karneval/ Fasching/
Fasnacht



Gute Nachrichten von den Azoren, die ja sonst eher für schlechte (Wetter-) Aussichten stehen

Behörde strafft Zügel

Behörde präsentiert neue Leitperspektiven als Roten Faden ...
und sonst viel Rückwärtsgewandtes. Wir geben es trotzdem wieder

Bildungspläne legen fest, welche Ziele und Inhalte in jedem einzelnen Schulfach und jeder Jahrgangsstufe vorgegeben sind. Aufgrund der Vielfalt der Fächer und Schulformen gibt es insgesamt 101 Rahmenpläne, die zusammen mit dem übergreifenden allgemeinen Teil insgesamt über 6.000 gedruckte Seiten umfassen. Sie werden in zwei Stufen überarbeitet. Zum heutigen Zeitpunkt werden die Referentenentwürfe für die Bildungspläne der Grundschule, der gymnasialen Oberstufe und der Hauptfächer in der Mittelstufe vorgestellt. Im nächsten Jahr folgen die restlichen Bildungspläne.

Die Schulbehörde erfüllt mit der Überarbeitung der Pläne einen 2019 parteiübergreifend beschlossenen Auftrag der Hamburgischen Bürgerschaft. Die Bildungspläne wurden von Fachleuten der Schulbehörde gemeinsam mit Lehrkräften aus den Schulen erarbeitet. Dabei wurden die Bildungspläne anderer Bundesländer, die Vorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) und die neusten pädagogischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt. Zudem wurden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Hamburg eng in die Beratungen einbezogen.

Zu den Neuerungen zählen die drei Leitperspektiven „Digitalisierung“, „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Wertebildung“ sowie die „Sprachbildung“, die wie ein roter Faden in allen Fächern berücksichtigt werden sollen.

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ basiert auf einem Beschluss der Vereinten Nationen

und zielt darauf ab, alle Lebensbereiche nach den Prinzipien der Dauerhaftigkeit, Gerechtigkeit und Teilhabe für alle zu organisieren und eine friedliche und tolerante Gesellschaft zu schaffen, die allen Menschen die Teilhabe ermöglicht und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit bewahrt.

Die Leitperspektive „Wertebildung“ zielt darauf ab, die Grundwerte unserer Gesellschaft, wie sie im Grundgesetz beschrieben sind, im Unterricht sinnvoll zu verankern. Die Schüler_innen sollen lernen, an der Gestaltung einer der Humanität verpflichte-

Die bisherige „Kompetenzorientierung“ der Bildungspläne wurde deshalb durch so genannte „Kerncurricula“ ergänzt, die den Unterrichtsinhalt genauer beschreiben. Neu ist auch eine etwas stärkere Konzentration auf die schriftlichen Klassenarbeiten und Klausuren

ten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten. Schulsenator Ties Rabe: „Schule ist mehr als Fachunterricht – Schule hat auch eine wichtige Erziehungsaufgabe. Diese Aufgabe nehmen wir sehr ernst.“

Die neuen Bildungspläne berücksichtigen überdies die

zahlreichen neuen, länderübergreifenden Vorgaben der KMK für die einzelnen Fächer und für das Abitur. Die KMK arbeitet seit 2012 daran, den Unterricht und die Abschlussprüfungen in allen Bundesländern anzugleichen. Sie kommt damit nicht nur dem Wunsch von Eltern und Schüler_innen nach, die spätestens bei einem Schulwechsel die großen Unterschiede zwischen den Bundesländern beklagen. Sie folgt damit auch Vorgaben der Gerichte, die angesichts der bundesweiten Studienplatzvergabe energisch eine stärkere Angleichung des Unterrichts- und Leistungsniveaus fordern. Diese Vorgaben, aber auch die Rückmeldungen vieler Eltern und Schüler_innen über erhebliche Unterschiede im Unterricht zwischen einzelnen Hamburger Schulen machen es nötig, genauer als bisher den konkreten Unterrichtsinhalt zu beschreiben. Die bisherige „Kompetenzorientierung“ der Bildungspläne wurde deshalb durch so genannte „Kerncurricula“ ergänzt, die den Unterrichtsinhalt genauer beschreiben.

Neu ist auch eine etwas stärkere Konzentration auf die schriftlichen Klassenarbeiten und Klausuren. Anlass dafür ist die Schwäche der Hamburger Schüler_innen im Bereich der schriftlichen Leistungen, die sich immer wieder in den Abschlussprüfungen zeigt. Zwar soll es auch künftig bei der verhältnismäßig geringen Zahl von Klassenarbeiten bzw. Klausuren bleiben: pro Halbjahr drei Klassenarbeiten in Deutsch, zwei in Mathematik und den Fremdsprachen sowie eine Klassenarbeit in

den übrigen Fächern. Aber künftig sollen diese Klassenarbeiten auch geschrieben werden und nicht – wie es bislang möglich war – durch andere Leistungen ersetzt werden können. Zudem sollen die in Klassenarbeiten erzielten Ergebnisse die Note in den Hauptfächern zu 50 Prozent bestimmen. Der übliche Bewertungsmaßstab mit einem stärkeren Gewicht der laufenden Kursarbeit gilt künftig nur noch für die so genannten Nebenfächer. Schulsenator Rabe: „Wir bereiten unsere Schülerinnen und Schüler auf das Leben in einer Welt vor, die in allen Lebensbereichen – Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft – immer stärker den sicheren Umgang mit Schrift und Sprache verlangt. Das muss im Unterricht auch unter Prüfungsbedingungen geübt werden.“

Das Thema „Leben in der digitalen Welt“ nimmt ebenfalls einen breiten Raum ein. In allen Bildungsplänen finden sich jetzt Hinweise, wie der Unterricht auf die Anforderungen der Digitalisierung ausgerichtet werden kann. Dabei geht es vor allem darum, die nachwachsenden Generationen zu „digital mündigen“ Menschen zu bilden, die

- die technischen Möglichkeiten nutzen können, aber auch deren Grenzen kennen,
- Grundlagen und Hintergründe digitaler Verarbeitungsweisen, zum Beispiel die Wirkungsweisen von Algorithmen, verstehen,
- Handlungswissen für die eigene Datensouveränität besitzen sowie
- über Kompetenzen hinsichtlich der Gestaltung ihres sozialen und kulturellen Lebens mithilfe innovativer digitaler Technik verfügen.

Um das Thema in der schulischen Welt fest zu verankern, sollen künftig in jedem Halbjahr zwei Klausuren ab Klassenstufe 5 unter Einbeziehung des Computers geschrieben werden.



Aufgrund der Vielfalt der Fächer und Schulformen gibt es insgesamt 101 Rahmenpläne, die zusammen mit dem übergreifenden allgemeinen Teil insgesamt über 6.000 gedruckte Seiten umfassen

Dabei ist es der Schule und den Lehrkräften überlassen, in welcher Form das geschieht. Zum Beispiel können digitale Hilfsmittel oder digitale Materialien bereitgestellt werden, mit oder aus denen die Schüler_innen Informationen gewinnen. Oder sie müssen unter Nutzung von digitalen Tools oder Programmen digitale Produkte erstellen.

Die Entwürfe der neuen Bil-

Der übliche Bewertungsmaßstab mit einem stärkeren Gewicht der laufenden Kursarbeit gilt künftig nur noch für die so genannten Nebenfächer

dingspläne sollen breit mit den Schulgemeinschaften, den Interessenvertretungen und der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dazu veröffentlicht die Schulbehörde die Referenten-Entwürfe bereits jetzt im Internet, um allen Interessierten den Zugang zu ermöglichen. Expertinnen und Experten der Schulbehörde werden die Bildungspläne überdies in zahlreichen Gremien erläutern. Dazu werden auch erstmals öffentliche Veranstaltungen angeboten. Bis Ende Juni können Interessierte Anregungen, Kom-

mentare und Verbesserungsvorschläge einreichen. Die Behörde wird diese Anregungen dann erörtern und in ihre Überlegungen zur Überarbeitung der Bildungspläne einbeziehen. Im Herbst sollen die so überarbeiteten Bildungspläne dann veröffentlicht und ab dem Schuljahr 2023/24 an allen Schulen verbindlich eingeführt werden.

Schulsenator Rabe: „Der große Umfang und die hohe Fachlichkeit der Bildungspläne stellen sicherlich eine Herausforderung für eine breite Beteiligung dar. Dennoch haben vergangene Diskussionen über Bildungspläne gezeigt, wie wichtig es ist, die Schulgemeinschaften und die Öffentlichkeit in diese Diskussion einzubeziehen. Schule ist erfolgreich, wenn sich viele beteiligen. Darauf setzen wir auch bei der Bildungsplanarbeit.“

Die Entwürfe der Bildungspläne stehen unter folgender Adresse im Internet zur Verfügung: <https://www.hamburg.de/bsb/bildungsplaene-entwuerfe-2022/>

aus: Newsletter der BSB vom 24.3.2022

Auch in GEW-Gremien werden die neuen Bildungspläne diskutiert. Bei Interesse bitte in der Geschäftsstelle über Ort und Zeit informieren.

BBBank-Filiale Hamburg



Mit persönlichem Service an Ihrer Seite.



Jan Elsenhans
Filialdirektor



Detlef Hettig
Vermögenskunden-Berater



Thorsten Plagge
Privatkunden-Berater



Kai Mescheder
Private Banking Berater



Antje Stets
Landesdirektorin
Öffentlicher Dienst



Paul Tzschöckel
Finanzierungsberater



Sabine Wargenau
Kundenberaterin
im Service

Wir sind für Sie da:

BBBank-Filiale Hamburg
Glockengießerwall 2, 20095 Hamburg
Telefon 040 3069874-0, Fax 040 3069874-66
E-Mail filiale.363@bbbank.de auf www.bbbank.de/gew
und über unsere hauseigene Direktbank „BBDirekt“

Öffnungszeiten

Montag 9.00 – 13.30 und 14.30 – 18.30 Uhr
Dienstag 9.00 – 13.30 und 14.30 – 18.30 Uhr
Mittwoch 9.00 – 13.30 Uhr
Donnerstag 9.00 – 13.30 und 14.30 – 18.30 Uhr
Freitag 9.00 – 13.30 Uhr



Jetzt online Termin sichern:
www.bbbank.de/termin

Gerne stehen wir Ihnen für eine persönliche Beratung in unserer Filiale oder jederzeit auf digitalem Weg, wie z. B. per Videoberatung, zur Verfügung.

Menschen statt Stempel

Die Initiative „DirK abschaffen – Inklusion verbessern“ setzt sich ein für die Entwicklung inklusiver Schulgemeinschaften. Die BSB behindert statt zu unterstützen

Die zivilgesellschaftliche Debatte um das Diagnostik-Ressourcen-Dilemma in der Sonderpädagogik wird nicht erst seit der Veröffentlichung der Untersuchung „Evaluation inklusiver Bildung in Hamburgs Schulen“ (EiBiSch) in Hamburg geführt.

Eine Arbeitsgruppe von Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus der Schulpraxis und den Wissenschaftlern Rauer und Schuck (EiBiSch) der Universität Hamburg forderten in diesem Zusammenhang die Abschaffung des Verfahrens „DirK“ (Diagnostik in regionaler Kooperation) und die Wiedereinführung einer systemischen Ressourcenvergabe für die Stadtteilschulen. Es geht darum, die schulische Inklusion in Hamburg zu verbessern.

Diese fachliche Stellungnahme der Initiative „DIRK abschaffen – Inklusion verbessern“ wurde Ende 2020 an den Hamburger Schulsenator Ties Rabe gesendet, der die Initiative an die BSB Arbeitsebene B-41 verwies. Treffen zwischen Vertreterinnen der Initiative „DirK abschaffen – Inklusion verbessern“ und Mitarbeiterinnen der BSB fanden zwischen März und November 2021 statt, um fachliche Entwicklungsschritte zu initiieren, was nicht gelang. Die Abschaffung des „DirK“-Verfahrens ist derzeit seitens der BSB weiterhin nicht vorgesehen.

Systemische Verteilung von Unterstützungsressourcen

Die zivilgesellschaftlich getragene Initiative veröffentlichte ihre Stellungnahme (siehe dazu auch buendnis-inklusion.de, in

dem auch die GEW Hamburg mitarbeitet), um eine breite Diskussion ihrer Forderung nach Abschaffung der LSE-Feststellungsdiagnostik zu diskutieren und ihren Vorschlag zu einer systemischen Verteilung dieser Ressourcen bekannt zu machen. Die Idee für ein systemisches Ressourcenzuweisungsmodell nimmt die Anregungen der EiBiSch-Studie auf, die deutlich herausgearbeitet hat, dass die unterschiedlichen Fördertöpfe und die damit verbundenen Diagnosen, Antragswege und Verfahrensregeln in keiner Weise zu einer qualitativen Schul- und Unterrichtsentwicklung beitragen, sondern wertvolle Arbeitszeiten von (sonder-)pädagogischem und psychologischem Fachpersonal in Schulen und Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) nicht mehr für die pädagogische Arbeit mit den Menschen in den Schulen bereit stehen, sondern für technokratische Verwaltungsverfahren wie „DirK“ aufgewendet werden. EiBiSch empfiehlt deshalb die Bündelung und koordinierte Vergabe aller zur Verfügung stehenden Förderressourcen – nicht nur der sonderpädagogischen – als systemische Ressourcenzuweisung an die Schulen.

Das Diagnostik-Ressourcen-Dilemma

Aktuelle Forschungsbefunde belegen, dass die in Hamburg durch die BSB, insbesondere die ReBBZ, vertretene und verantwortete Entwicklung sonderpädagogischer Fachlichkeit und Inklusion sich Problemen gegenüberstellt, die gelöst wer-

den müssen. Insbesondere die Koppelung sonderpädagogischer Diagnostik mit der Ressourcenzuweisung schafft für die Hamburger Schulentwicklung ein hemmendes Diagnostik-Ressourcendilemma, das Debatten ausgelöst hat. „In diesen Debatten spiegelt sich der alte Gegensatz zwischen klinischer und statischer Methode in Psychologie und Psychiatrie wider: Also zwischen entwicklungsbezogener Diagnostik für Zwecke der pädagogischen Förderung, der psychotherapeutischen Unterstützung, der Rehabilitation einerseits und der Verortung innerhalb der Populationsnormalität zum Zwecke der Etikettierung und Selektion andererseits.“, wie Prof. Ingolf Prosetzky 2015 ausführte.

Die Ausrichtung des Konzeptes „DirK-Diagnostik in regionaler Kooperation“ muss kritisch betrachtet werden. Mit diesem Diagnoseverfahren hat die Hamburger Schulbehörde die Weichen falsch gestellt. Die Professoren Schuck, Rauer und Prinz schrieben 2018: „Die inklusive Schule hat das klassische Begriffsinventar der Pädagogik und Sonderpädagogik und die damit verbundenen Orientierungen übernommen. ... Diesen Widerspruch zwischen der immer noch verbreiteten klassischen institutionellen Orientierung und dem Erfordernis der Verwirklichung der personalen Orientierung in der Inklusion gilt es konzeptionell und praktisch wirksam zu bearbeiten.“

Inklusive Gestaltung von Lernprozessen gehört zum Aufgabengebiet inklusiver Schulent-

Fachtag zur Inklusion

„Entwicklung inklusiver Schulgemeinschaften jetzt möglich machen durch Sozialraumorientierung, Unterrichtsentwicklung & Lernprozessbegleitung“ – Veranstaltung in der Uni Hamburg

An der Universität Hamburg wird am 11.5.2022 ein Fachtag stattfinden, der vom Hamburger Bündnis für Inklusion und dem GEW Landesverband Hamburg unterstützt und von der ‚Kurt und Käthe Klinger-Stiftung‘ gefördert wird. Der Fachtag nimmt die aktuelle brisante und fachpolitisch wichtige Infragestellung des bildungsbürokratischen Verwaltungsinstrumentes zur sonderpädagogischen Ressourcensteuerung „DirK-Diagnostik in regionaler Kooperation“ auf. Der Fachtag bietet eine Plattform für zivilgesellschaftliche Forderungen und wissenschaftliche Forschungsperspektiven auf Inklusion im Kontext sozialer Benachteiligung für die Studierenden im Lehramt Sonderpädagogik ebenso wie für die (sonder-)pädagogischen und psychologischen Fachkräfte in Hamburger Bildungs- und Beratungseinrichtungen.

Der Fachtag thematisiert die Inklusion im Kontext sozialer Benachteiligung und arbeitet die damit verbundenen dringenden Veränderungen für die sonderpädagogischen Aufgabengebiete Diagnostik, Beratung, Unterrichtsentwicklung, Förderung und Vernetzung heraus. Er orientiert sich damit an Projektzielen von: „Professionelles Lehrerhandeln zur Förderung fachlichen Lernens unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen (ProfaLe)“ an der Universität Hamburg, das im Rahmen der gemeinsamen „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert wird.

Programm:

Ort: Universität Hamburg, Fakultät für Erzie-

hungswissenschaften | Anna-Siemsen-Hörsaal | Von-Melle-Park 8 | 20146 Hamburg

Zeit: 11. Mai 2022, 17:00 – 20:00 Uhr.

Grußwort: Dr. Meltem Avci-Werning, Präsidentin des BDP (Berufsverband deutscher Psycholog_innen e.V.) „Inklusive Schulentwicklung im Kontext sozialer Benachteiligung braucht systemische Ansätze“

Vier Impulsreferate mit jeweils anschließender Diskussion:

- Prof. Dr. KD Schuck, Universität Hamburg: Ei-BiSch und die Konsequenzen: Zur Verwendung systemischer Ressourcen als wichtige Voraussetzung für eine inklusive Unterrichtsentwicklung
- Prof. Dr. Joachim Schroeder, Universität Hamburg: Sozialraumorientierte Ressourcensteuerung als inklusive Strategie?
- Prof. Dr. Gabriele Ricken, Universität Hamburg: „Ich schau mir die Situation genau an und dann überlegen wir zusammen“-Konkrete Lehr-Lernprozesse im Fokus diagnostischer Analysen
- Dr. Susanne Römer, Universität Leipzig: Diagnostik als Beziehungsgestaltung - inklusive Prozesse in der Diagnostik mitdenken lernen

Anschließend World-Cafe mit Getränken im Foyer der Fakultät für Erziehungswissenschaften: Fachverbände, Gewerkschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen, Bündnis für Inklusion stellen sich vor und diskutieren.

Keine Anmeldung notwendig

wicklung. Insofern ist auch der diagnostische Blick auf Interaktionsprozesse in der schulischen Lernumgebung zu richten. „Um dem Konflikt zwischen erforderlicher Kategorisierung und unerwünschter Stigmatisierung zu begegnen, muss die traditionelle Diagnostik sich als prozessbegleitende Diagnostik verstehen.“ (Ellger-Rüttgardt/Hensel

2021:131)

Zusätzlich wird dafür plädiert: „...die systemischen Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung mit den anderen zur Verfügung stehenden Förderressourcen zusammenzuführen und in einem integrierten Förderkonzept der Schulen zur Entwicklung eines adaptiven Unterrichts für alle einzusetzen.“

(Schuck/Rauer/Prinz 2018: 315) Die Diagnostik als Grundlage gezielter Unterstützung wird als notwendiger Bestandteil inklusiver Schulentwicklung anerkannt und weiterentwickelt. „Die drei Kriterien Prozessorientierung, interaktionistisches Verständnis und Erlebensbezug sind wesentliche Merkmale, die eine spezifische Haltung für gelingende

sonderpädagogische Diagnostik beschreiben.“ (Holtmann/Hofmann 2015:29)

Ein weiterer Argumentationsstrang gegen das Diagnoseverfahren „DirK“ liegt darin begründet, dass es die Hamburger ReBBZ in eine administrative Rolle als Aufsichts- und Kontrollinstanz bringt. „Die gleichzeitige Ausstattung sonderpädagogischer Unterstützungssysteme mit Beratungs- und Kontrollaufgaben kann jedoch dazu führen, dass sich bei ratsuchenden Lehrkräften der Allgemeinen Schulen negative Einstellungen gegenüber Beratenden der Kompetenzzentren entwickeln können.“ (Pietsch 2015: 60)

Ziele des Inklusions-Bündnisses

Unter der Überschrift „Sozialer Benachteiligung entschieden entgegenwirken – Schluss mit sonderpädagogischer Technokratie und Verwaltungsregime“ werden die Forderungen des Bündnisses Inklusion (s.o.) noch einmal zusammengefasst (siehe auch gew-hamburg.de/themen/schule/inklusion-verbessern-durch-wiedereinfuehrung-einer-systemischen-resourcenvergabe): Nicht erst im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zeigt sich, dass sich die Problemlagen der Schülerinnen und Schüler im Lernen und im emotionalen und sozialen Bereich massiv verschärft haben. Die Forschungen zu den

Auswirkungen der pandemiebedingten sozialen Isolation zeigten deutlich die damit verbundenen psychischen Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen. Eine verlässliche, systemische Grundversorgung an allgemeinen Schulen sollte deshalb zur Beratung und Unterstützung dieser Kinder, Jugendlichen und ihrer Lehrkräfte bereitstehen. Das Verwaltungsinstrument DIRK

Inklusive Gestaltung von Lernprozessen gehört zum Aufgabengebiet inklusiver Schulentwicklung

der BSB verschwendet stattdessen wertvolle Arbeitszeiten von Fachpersonal für formal-administrative Tätigkeiten. Dies hat weder zu einer guten Schul- und Unterrichtsentwicklung beigetragen noch die Lernsituation benachteiligter Schülerinnen und Schüler verbessert. In Forschungsergebnissen „...wird die Übernahme von administrativen und kontrollierenden Aufgaben durch die ReBBZ (u.a. Feststellung von Bedarfen an sonderpädagogischer Unterstützung, also Diagnostik sowie Prüfung von Anträgen auf Schulbegleitung) mit Sorge betrachtet, da so die Beratungsaufgabe konterkariert werden könnte.“ (Ellger-Rüttgardt/Hensel 2021:129)

Eine solche Fehlentwicklung

können wir uns in Anbetracht der emotionalen und sozialen Notlagen weiter Teile der Hamburger Schülerschaft nicht länger leisten. Durch die Corona-Krise und das aktuelle Kriegsgeschehen wird das Belastungserleben insbesondere bei den ohnehin benachteiligten vulnerablen Schülergruppen mit Lernrückständen, Migrationsgeschichte und aus Armutslagen verschärft. Dies stellt eine enorme Herausforderung für die allgemeine Schule dar. Es besteht die Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler in emotionalen und sozialen Problemlagen aufgrund fehlenden Fachpersonals unzureichende Unterstützung erleben und sich die Schulen nicht mehr in der Lage sehen, diese Schülerschaft zu halten. Diese Kinder und Jugendlichen, ihre Familien und die für sie verantwortlichen Fachkräfte brauchen jetzt Menschen statt Stempel! Eine verlässliche, systemische Grundversorgung an allgemeinen Schulen zur Beratung und Unterstützung durch multiprofessionelles Personal ist eine wichtige Voraussetzung für Schulqualität. Deshalb: Schluss mit sonderpädagogischer Technokratie und Verwaltungsregime. „Dirk abschaffen! – Inklusion verbessern!“

CHRISTIANE METTLAU
Fakultät für

Erziehungswissenschaften (EW2)

(Die Literaturliste kann bei der Redaktion angefordert werden.)

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Der nächste Termin findet am 26.4. und 24.5., jeweils 15-17 Uhr** statt. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamte_innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Nicht manipuliert und indoktriniert

Fall Dege

Interview mit Jürgen Dege aus HLZ 1/1981 (Auszüge)

Fotos: privat



Jürgen Dege: 1981...

Das 67seitige Untersuchungsschreiben zu deinem Fall kommt zu dem Schluss, dass deine Entlassung nicht betrieben werden kann, denn die Vorwürfe werden in den wesentlichen Punkten nicht aufrechterhalten. Deine Kündigung wirst du trotzdem erhalten. Wie kannst du diesen Widerspruch erklären?

Der Bericht selbst nimmt nicht Stellung. Der Untersuchungsführer nimmt in allen Punkten eindeutig lediglich die Ergebnisse auf und macht das sehr parteiisch. ... Er beschreibt einen Beamten, der es an dem notwendigen Gehorsam mangeln lässt ...

Dein Berufsverbot wurde vor 2 Jahren (1979; die Red.) parallel zu dem Liberalisierungsversuch Kloses eingeleitet. Wie schätzt du das ein?

Gerade während der Diskussion, die Willy Brandt, Hans Koschnik und nicht zuletzt Bürgermeister Klose um die Liberalisierung der Praxis der Berufsverbote eingeleitet haben, ist die Untersuchung gegen mich vom Senat beschlossen worden.

Zwei Monate später wurde ich mit der Begründung „Störung des Betriebsfriedens“ von der Schule suspendiert. Bezeichnend ist, dass der Senat in ein und derselben Presseerklärung davon redete, dass einerseits die Disziplinarverfahren gegen die Kollegen Kohl und Dreckmann als Ausdruck der Liberalisierungspolitik eingestellt wurden und andererseits, dass ich vom Dienst suspendiert wurde.

Das gleiche wiederholt sich heute entsprechend dieser Politik des „Teile und herrsche“: Dass nämlich acht Kollegen - was wir ja alle begrüßen - in das Beamtenverhältnis übernommen worden sind, aber die Verfahren gegen Hans-Peter de Lorent, Gerd Heide und mich weiterbetrieben

Schulsenator und Bürgermeister machen nicht tatsächlich Politik gegen die Berufsverbote, sondern sie betreiben sie weiterhin.

werden - ganz abgesehen von den vielen anderen Verfahren, die immer noch laufen. ... Der Schulsenator (Grolle) und der Bürgermeister (Klose; die Red.) machen also nicht tatsächlich Politik gegen die Berufsverbote, sondern sie betreiben sie weiterhin.

Weshalb werden denn auf dem Gebiet der Dienstvergehen so viele Gründe gesucht? Dort werden Vorgänge genannt, die jedem Lehrer täglich passieren. Warum beschränkt sich die Behörde

nicht wie in anderen Fällen auf den politischen Aspekt?

Für die Behörde war es von Anfang an schwierig, globale Vorwürfe zu machen wie „Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Partei“. ... Stattdessen geht es - wie Klose auch immer gesagt hat - um „konkrete Handlungen“. Und das eben zielt meines Ermessens auf die Disziplinierung - mehr oder weniger scharf - aller Lehrer.

Was sie also schon über lange Zeit versucht haben, ist, ganz „normale Dienstvergehen“ zu finden, was ihnen aber offensichtlich schwergefallen ist. Deshalb hat der Senat bei mir auch zunächst zwei sogenannte Vergehen mit aufgenommen, die der Bericht dann fallen lässt:

- Verletzung der Aufsichtspflicht auf einer Klassenreise, d. h. die Schüler meiner H7 haben die Decke im Tagesraum, die aus Styropor war, kaputtgemacht.
- Bruch des Konferenzheimnisses, weil ich einen Schüler, der laut Konferenzbeschluss von der Schule strafversetzt werden sollte, darüber informiert haben soll, was nach Aussage des Schulleiters erst am letzten Tag vor den Ferien passieren sollte. ... Die Untersuchungen zu diesem Punkt haben ergeben, dass daraus kein Dienstvergehen konstruiert werden kann.

Dir sind auch Vorwürfe gemacht worden, die erst, nachdem dein Berufsverbot eingeleitet wurde, überhaupt vorgefallen sind, so der von dir verfasste offene Brief.

Dieses Verfahren der Behörde hat ja schon Geschichte, zum Beispiel ist im Berufsverbot Sabine Dege vor dem Bundesarbeitsgericht lediglich der Vorwurf anhängig, dass sie ihre Schüler und Eltern über ihr Entlassungsverfahren informiert hat. Alle anderen Vorwürfe, die zunächst von der Behörde aufgestellt wurden, sind durch die Gerichte in den verschiedenen Instanzen zurückgewiesen worden.

Als ich die Eltern und Schüler meiner Klasse über das Untersuchungsverfahren gegen mich informiert habe, sind diese sehr aktiv geworden, haben Versammlungen abgehalten, Flugblätter verteilt, offene Briefe geschrieben und sich gegen dieses Untersuchungsverfahren gewandt. Die Schüler wollten in ihrer Schülerzeitung über den Fall berichten. ... ⇨



...2022

Was noch gesagt werden muss ...

Zur Politik der Berufsverbote von Bürgermeister Klose – Anmerkungen zu „50 Jahre Berufsverbote“ (hlz 1-2/2022)

Die Geschichte ging nicht so zu Ende: Bürgermeister Klose hat nicht gegen die Berufsverbote agiert – er hat sie, vielleicht gegen seinen Willen, fortgesetzt und die Bewegung gegen die Berufsverbote spalten wollen. Klose hat sich – in der Tat – gegen die im Wesentlichen von der CDU befürwortete Politik gewandt, die hier nicht noch einmal ausgeführt werden muss.

Stark war das Ansinnen der rechten Kräfte in der Republik für eine so genannte Säuberung des öffentlichen Dienstes. Dagegen musste er sich wirkungsvoll zur Wehr setzen und hat das auch getan. Aber er hat die Bewegung tatsächlich spalten wollen in diejenigen, die der DKP nahe standen und die, die die konkrete Schulpolitik inhaltlich konsequenter zu kritisieren versuchten: Es waren die, denen „konkrete Handlungen“ an den Schulen nachgewiesen werden konnten. Und die nicht nur durch Mitgliedschaft in einer unliebsamen Partei auffällig geworden waren. Er hat die „Nur“-Mitgliedschaft (in der DKP) zu integrieren versucht und wollte sie in den Öffentlichen Dienst endlich aufnehmen. Und zwar als Taktik gegen diejenigen Kräfte, die inhaltlich Position im Kampf um eine bessere Schule vertreten haben.

Konkret gab es einen Tag im Jahr 1979 (den 30.1.) mit zwei Presseerklärungen des Hamburger Senats: Es wurde die Einstellung der Verfahren gegen zwei Mitglieder der DKP verkündet - und zugleich die Suspendierung eines anderen Beschäftigten der Öffentlichkeit präsentiert. (Das war ich!)

Heute noch ist die Diskussion von diesem Widerspruch geprägt. Die von der DKP geprägte Einschätzung wird heute von den Betroffenen nur noch selten geteilt. Sie ist unvollständig, was aber

die Einschätzung von Klose (und dem damaligen Schulsenator Grolle) als „Kämpfer“ gegen die Berufsverbote geradezu verdeutlicht.

Damit haben diese sich tatsächlich gegen die rechten Strömungen verdient gemacht; aber tatsächlich zulasten der inhaltlichen Ausrichtung gegen die Berufsverbote – die immer schon eine wichtige Rolle spielte. Denn die Auseinandersetzung um die politischen Rechte prägte den Streit um die Situation der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst insgesamt.

Das macht Joachim Kroll deutlich, der in seiner persönlichen Darstellung schreibt: „Wirklich gelitten habe ich erst, als 1979 mit Klose die Berufsverbote erledigt waren ... denn ich wurde ja trotzdem nicht eingestellt.“ (HLZ, 1-2/2022, S. 53) Er macht es deutlich, indem er in Klammern dazufügt: „jedenfalls die aufgrund bloßer Mitgliedschaft“. Vorsichtig deutet er die Spaltungslinie von Klose und Grolle an.

Die guten Ansätze in den jetzigen Äußerungen verschiedener Autoren über die Berufsverbote-Politik (auch in den Artikeln in der letzten HLZ), die nicht mehr zwischen den Berufsverboten gegen Mitglieder der DKP einerseits und den anderen Nicht-Mitgliedern oder Mitgliedern von linken Gruppierungen unterscheiden, werden hier deutlich.

Das ist auch angemessen – nach so langer Zeit, auch des Nachdenkens und der Auseinandersetzung über die damalige Politik.

Aber in der Aufarbeitung der damaligen Politik ist es noch nicht pointiert genug ... Das musste auch mal gesagt werden!

JÜRGEN DEGE, im Februar 2022

Der Artikel, der nur kurz darüber informierte, dass es das Verfahren gibt und ein weiterer Artikel mit der Überschrift „Was uns an den Lehrern stört“ wurden von dem Schulleiter verboten. Die Schüler veröffentlichten die Zeitung ohne die beiden Artikel, was vom Schulleiter auch genehmigt wurde. Mir wird also auch vorgeworfen, dass ich nicht mein ganzes pädagogisches Geschick darauf verwandt hätte, die Schüler von ihrem Vorhaben abzubringen, weil der Schulleiter sich selbst dazu nicht in der Lage sah.

Was hat das Berufsverbotverfahren für dich bedeutet?

Die politische und gewerkschaftliche Front gegen die Berufsverbote hat in den letzten Jahren an Qualität gewonnen, insbesondere in der Hinsicht, dass eine größere Einheitlichkeit im Kampf gegen die Berufsverbote erreicht worden ist. Der Fortschritt liegt zum Beispiel darin, dass meine Entlassung trotz der vielen Dienstvergehen, die mir zum Vorwurf gemacht werden, zu vielen Protesten geführt hat. Daran wird deutlich, welchen Zweck die Berufsverbote

im Kern haben: Nicht etwa, dass einzelne Lehrer oder Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes getroffen werden sollen, sondern die Einschüchterung und Disziplinierung aller ist meines Erachtens das Ziel dieser Politik.

Wegen dieser insgesamt positiven Entwicklung und weil es mir möglich war, in diesen zwei Jahren ohne die Tätigkeit an der Schule auch weiterhin gewerkschaftlich und politisch tätig zu sein, habe ich die Sache ganz gut durchgestanden und werde sie auch weiter durchstehen.

Das Gespräch führte
BRIGITTE HOLSTEIN

PRIVATSCHULEN

„Kalte“ Berufsverbote



An Privatschulen gab es offiziell keine Berufsverbote. Die Betroffenen wurden gekündigt oder – teilweise fristlos – entlassen, oft im Zusammenhang mit ihrer GEW-Mitgliedschaft

Gewerkschaftlich ging es damals darum, die miserablen Arbeitsbedingungen an Privatschulen zu verbessern und die Zulassung eines Personalrats zu erreichen. Wegen der Vernetzung unter den Privatschulen hatte die Entlassung aus einer Schule in der Regel die Berufsaufgabe zur Folge. Beispielhaft für diese „kalten Berufsverbote“ dokumentieren wir die Fälle zweier Kollegen – die HLZ berichtete 1983. (Die Redaktion)

„Sie sind entbehrlich“

Vier Lehrer haben die Privatschulen in der Jenischstraße



Felix Hanebutt 1983 ...

1983 binnen Jahresfrist entlassen – alle Mitglieder der GEW. Felix Hanebutt sei »untragbar«, Lars Bayer solle aus »wirtschaftlichen Gründen« gehen.

Insbesondere gewerkschaftlich engagierte Lehrer haben an Privatschulen in der Regel einen schweren Stand. Viele schweigen, geben sich als GEW-Mitglieder nicht zu erkennen, aus Angst vor einer Entlassung. Rigide verfährt man mit denen, die »den aufrechten Gang wagen«.

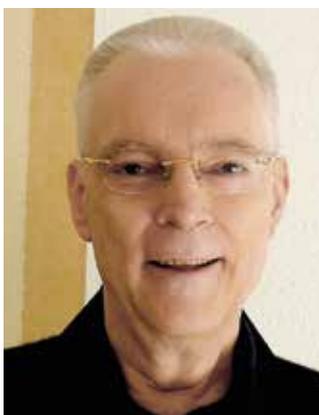
Felix Hanebutt ist Lehrer und Mitglied der GEW. Seit August 1979 arbeitet er an Hamburger Privatschulen in der Jenischstraße

48. Zuletzt am staatlich genehmigten, aber nicht anerkannten »Hermanneum«. Trägerin der Tagesschule ist eine »Freie Hanseatische Schulgesellschaft« (FHS). Die GmbH weist sich als gemeinnützig aus. Als einer ihrer beiden Geschäftsführer fungiert Dr. Dietmar Schulte, Großmeister der Freimaurerloge und die Zentralfigur der Hamburger Privatschul-Szene.

Dr. Schulte hat in der Vergangenheit stets versucht, »seine« Schule gewerkschaftsfrei zu halten. So gibt es dort keinen Betriebsrat, sondern lediglich einen sog. »Beirat«. Dieser ist offiziell als »Interessenvertretung der Arbeitnehmer« ausgewiesen, de facto allerdings wohl nicht viel mehr als der verlängerte Arm von Schulleitung und Geschäftsführung.

Die Lehrer am »Hermanneum« werden aufgrund einzeln

Fotos: privat



... 2020

ausgehandelter »Dienstverträge« beschäftigt und besoldet. Einen mit der Gewerkschaft abgeschlossenen Manteltarifvertrag gibt es nicht.

Die GEW ist für Dr. Schulte ein »rotes Tuch«. Die gewerkschaftliche Auffassung, das gesamte Schulwesen sollte staatlich sein, um die Schüler vor privater Willkür zu schützen, geht nach Ansicht von Dr. Schulte »von gesellschaftspolitischen Auffassungen aus, die dem Grundgesetz fremd sind«. »Alle GEW-Mitglieder in unserer Kollegenschaft« – so Dr. Schulte weiter – »müssen sich fragen lassen, wie sie zu dieser verfassungsfeindlichen Haltung des GEW-Vorstandes stehen und wie sie glauben, durch eine weitere Zugehörigkeit zu einer solchen Organisation in unserem Hause ohne Loyalitätskonflikte tätig sein zu können.«

Wer er als engagierten Gewerkschafter erkennt, dem macht er das Lehrer-Leben so schwer wie möglich. Felix Habebutt weiß ein Lied davon zu singen.

Mit Datum vom 19. Mai 1983 erhielt er ein Schreiben von Dr. Schulte, in dem dieser ihm mitteilte, er halte »es im Interesse aller Beteiligten für angezeigt, den bestehenden Dienstvertrag so schnell und geräuschlos wie

Leserbrief zum Thema

Puter statt Weihnachtsgeld

Betr.: Die Methoden des Dr. S., HLZ 10/83, S. 20 und Sie sind entbehrlich, HLZ 11/83, S. 23
 Eure Schilderung der skandalösen Zustände an der Jenisch-Schule kann ich nur bestätigen.
 Sommer 1976: ein halbes Jahr nach Verhängung des Berufsverbotes gegen mich war ich natürlich froh, überhaupt Arbeit als Lehrer zu finden. Da akzeptiert man auch, wenn man einen vollen Vertrag (28 Stunden am Gymnasium) hat und die Bezahlung weit unter Tarif liegt. Aber was man bei Jenisch erlebt, geht auf keine Kuhhaut: Verpflichtung zu jeder Menge Überstunden (deren Bezahlung oft auch noch »vergessen« wird), anstelle eines 13. Monatsgehalts zu Weihnachten

findung. Wenn ich gewonnen hätte, ich hätte nicht mehr die Kraft gehabt, dort wieder anzufangen. Ich frage mich, wo bei solchen Privatschulen die Schulaufsicht bleibt.
 JOACHIM KROLL

Kostenloser Besuch

Betr.: »Sie sind entbehrlich«, HLZ 11/83, S. 23
 Ich möchte mich dagegen verwehren, im Zusammenhang mit der PPG und Herrn Dr. Schulte Begriffe wie »gemeinnützig«, »muster-gültig sozial« etc. zu ironisieren.
 1968 galt ich, ein Arbeiterkind in der 8. Hauptschulklasse, laut Schulakte als »nicht bildungsfähig«. Da zudem meine Eltern mittellos waren, schien mein Bildungsweg wie der vieler Arbeiterkinder vorgezeichnet. Meine Mutter bat den ihr vollkommen unbekanntem Dr. Schulte damals um Hilfe. Er hörte sich vorurteilsfrei ihre Argumente an und ermöglichte mir den kostenlosen Besuch seiner Privatschule, durch den ich 1973 mein externes Abitur machen konnte.
 Ohne die Hilfe des Herrn Dr. Schulte hätte ich wohl nicht überzeugte Gesamtschullehrerin, geschweige dann GEW-Mitglied werden können.
 UTE BAUMGART



Nicht gesichert

Betr.: Was wurde daraus? Informationen zum Neuenamme-Appell, HLZ 11/83, S. 54

Die Bildunterschrift unter dem Foto des Klinkerwerks Neuenamme (»Das Klinkerwerk bleibt erhalten«) erweckt in dieser Kürze einen falschen Eindruck; denn bisher ist die Erhaltung der KZ-Überreste nicht gesichert:

- Bis heute gibt es keine Erklärung von Bürgermeister von Dohnanyi, vom Senat (= Regierung Hamburgs) oder von der Bürgerschaft (= Parlament Hamburgs), in der die Erhaltung der KZ-Überreste zugesagt wird.
- Für die Erhaltung des KZ-Klinkerwerkes sind in den Haushalt 1984 bisher keine Mittel aufgenommen worden. Das Klinkerwerk verfällt inzwischen immer mehr.
- Die Kulturbehörde zog ihren Vorschlag zurück, das ganze KZ-Gelände unter Denkmalschutz zu stellen. Statt dessen soll dieser Schutz nun nur noch für das Klinkerwerk gelten. All die übrigen Gebäude und Anlagen des KZ – die Häftlingsblocks, die ehemaligen Walther- und Hammerwerke, kleinere Gebäude wie das Heizwerk, die ehemaligen SS-Garagen, das

einen Puter. Kollegen werden fertiggemacht, weil sie ihren Gehaltsstreifen auf dem Tisch liegen lassen (die Gehälter werden persönlich ausgehandelt). Der stellvertretende Schulleiter putzt die Kollegen mit Vorliebe vor ihren Schülern herunter. Das Gehalt kommt auch mal mit 8 Tagen Verspätung. Kein Kollege wagt, sich offen zur Gewerkschaft zu bekennen. Sommer 1978 werde ich gekündigt. Vorwürfe: »Beschwerden von Eltern« über meinen Unterricht (solche Beschwerden wurden dann organisiert, nachdem ich die Kündigung nicht akzeptierte), Verweigerung von Überstunden, ich hätte die Physik-Sammlung verkommen lassen (ich war einer von 7 Physik-Lehrern und erteilte 1/4 des Physik-Unterrichts der Schule) usw. Der Arbeitsgerichtsprozeß endet mit einem Vergleich: 7000,— DM Ab-

aus HLZ 12/1983 (zum "Fall Kroll" hlz 1-2/2022, S. 52)



möglich aufzulösen«.

Zur Entlassungs-Begründung wurden »Verletzungen dienstvertraglicher Verpflichtungen« angeführt. Das Votum des »Beirates« erfolgte ohne vorherige Anhörung des Betroffenen.

Dieser seinerseits wies die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück und reichte Klage beim Arbeitsgericht ein. Die Verhandlung fand am 31. August statt.

Das Gericht stellte fest, dass »die Kündigung nicht eindeutig ist. Die fristlose Entlassung sei nicht rechtskräftig und das Arbeitsverhältnis bestehe fort.

Die Richterin wörtlich: »Ich möchte Sie bitten, bei den nächsten Kündigungsschreiben eindeutiger zu sein.« Darauf erwiderte Dr. Schulte: »Ich werde das nächste Mal ruppiger werden.«

Bemühungen des Gerichtes, Dr. Schulte zu einer Weiterbeschäftigung des Lehrers Hanebutt zu bewegen, wies dieser kategorisch zurück. Er wäre untragbar geworden. Dr. Schulte wörtlich: »Wenn Herr Hanebutt bleibt, ist der Schaden für die Schule größer als bei einer Abfindung.« (Die Verhandlung endete mit einem Vergleichsvorschlag, der jedoch von Hanebutts Anwalt nicht akzeptiert wurde. Die Red.)

Wenige Tage nach dem Gerichtstermin erhielt Felix Hanebutt eine fristgerechte Kündigung zum 31.1.1984. Gleichzeitig allerdings hat die FHS die Gehaltszahlungen an



Foto: Bernhard Nimsch

Lars Bayer 1983

den Lehrer eingestellt. Sein letztes Gehalt erhielt er im August. Inzwischen sind seine Ersparnisse längst aufgebraucht. Hanebutt musste Schulden machen. Seit dem 17. Oktober ist er Sozialhilfeempfänger.

Einen neuen Job darf er nicht annehmen, um seine Ansprüche auf die ausstehenden FHS-Gehälter nicht zu gefährden. Arbeitslosengeld bekommt er auch nicht. Selbst Umschulungen entfallen für ihn. Denn an jener Schule war er lediglich mit 12 Wochenstunden beschäftigt. Die FHS hätte ihm wenigstens einen 13-Stunden-Vertrag geben müssen. Sie wusste wohl warum. Lars Bayer unterrichtet seit 20 Monaten an der privaten »Tagesheimschule Jenisch-Gymnasium«. Ihr »Pädagogischer Direktor und Geschäftsführer« ist Dr. Dietmar Schulte.

Mit Datum vom 27. Oktober erhielt GEW-Mitglied Lars Bay-

er seine Kündigung. Obwohl die für »Spenden« zuständige Frau Thies noch wenige Tage zuvor am Telefon eingeräumt hatte, die Schule sei »überbelegt« und unterrichte derzeit »275 statt 250 Schüler«, rechtfertigt Dr. Schulte in seinem Brief die Entlassung des Lehrers Bayer mit »wirtschaftlichen Erfordernissen«.

In dem Schreiben heißt es unter anderem, „daß Sie als Oberstudienrat mit entsprechenden Examina vergleichsweise leichter einen neuen Arbeitsplatz finden als Kollegen, denen wegen ihrer andersartigen Vorbildung praktisch eine Einstellung im Staatsdienst nicht möglich ist.«

Hinter diesen Worten verbirgt sich die einfache Tatsache, daß die Privatschulen in der Jenischstraße vornehmlich Lehrer ohne abgeschlossene Ausbildung einstellen. Derart abhängige Pädagogen »funktionieren« reibungslos.

Das Schulte-Schreiben schließt mit dem Hinweis, man werde »eine Überbrückungsbeihilfe in Höhe von zwei Monatsgehältern zahlen« und »ein berufsförderndes Zeugnis erteilen«, wenn Lars Bayer mit der Schule einen »Auflösungsvertrag« schließt. Dazu allerdings wird es nicht kommen, denn der Kollege ist keineswegs bereit, auf diese Nötigung einzugehen.

HERBERT SASS
In: HLZ 10/1983 und 11/1983
(Auszüge)

Hamburg vorn

In den 1970er Jahren schloss die GEW knapp 300 Personen aus, weil sie Kommunist_innen waren. Die Historiker_innen Alexandra Jaeger und Marcel Bois erläutern, wie es im Zusammenhang mit dem Radikalenerlass zu den gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen kam

hlz: Ihr kennt ja die Frage, zuerst da? Erhielten Kommunist_innen ein Berufsverbot, das anschließend ihren Gewerkschaftsausschluss zur Folge hatte oder wurden sie im Rahmen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse

aus der Gewerkschaft geschmissen, worauf der Staat dann mit einem Berufsverbot reagierte?

Alexandra Jaeger: Es ist häufig behauptet worden, dass erst der Ausschluss aus der Gewerkschaft zum Berufsverbot geführt hat. Ich glaube, in der Mehrzahl der Fälle war das nicht so oder es lief einfach parallel, wobei die vom Berufsverbot Betroffenen aus der DKP nicht unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW fielen. Dies traf nur Mitglieder oder Unterstützer_innen der maoistischen K-Gruppen. Oft haben ja die Betroffenen selber ihre Fälle öffentlich gemacht, um sie zu skandalisieren (s. hlz 1-2/2022, S. 58). In einem Fall befragte die GEW daraufhin eine Lehrerin zu ihrer Mitgliedschaft in der Organisation und verweigerte ihr dann den Rechtsschutz.

hlz: Aber wenn der Rauschmiss aus der Gewerkschaft aufgrund des Unvereinbarkeitsbeschlusses vor dem Berufsverbot stattfand, von wem hatte die GEW die Informationen?

Marcel Bois: Wir müssen nochmal einen Schritt zurückge-

hen: Zuerst gab es natürlich den Radikalenbeschluss, der schon 1971/72 wirksam wurde. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse kamen erst in den Jahren danach. Die IG Druck und Papier und die IG Metall waren 1973 die ersten Gewerkschaften, die derartige Beschlüsse gefasst haben. In der GEW begannen die Ausschlüsse von K-Gruppen-Mitgliedern zunächst im Hamburger Landesverband. Das war 1974. Ein Jahr später übernahm dann die Bundesorganisation diese Praxis. Insofern waren die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zunächst einmal eine Reaktion auf den Radikalenbeschluss.

Zu deiner Frage: Woher gab es die Informationen? Ich glaube, das kann man nicht so klar sagen. Denkbar ist zwar, dass es einzelne Denunziationen aus der Politik oder den Behörden gab, aber das bleibt letztendlich Spekulation, weil uns schlichtweg die Quellen dafür fehlen. Wie Alexandra schon gesagt hat, haben viele der Betroffenen öffentlich erklärt und publiziert, dass sie vom Radikalenbeschluss betroffen waren. Auch tauchten sie namentlich auf Flugblättern der K-Gruppen auf. Da musste



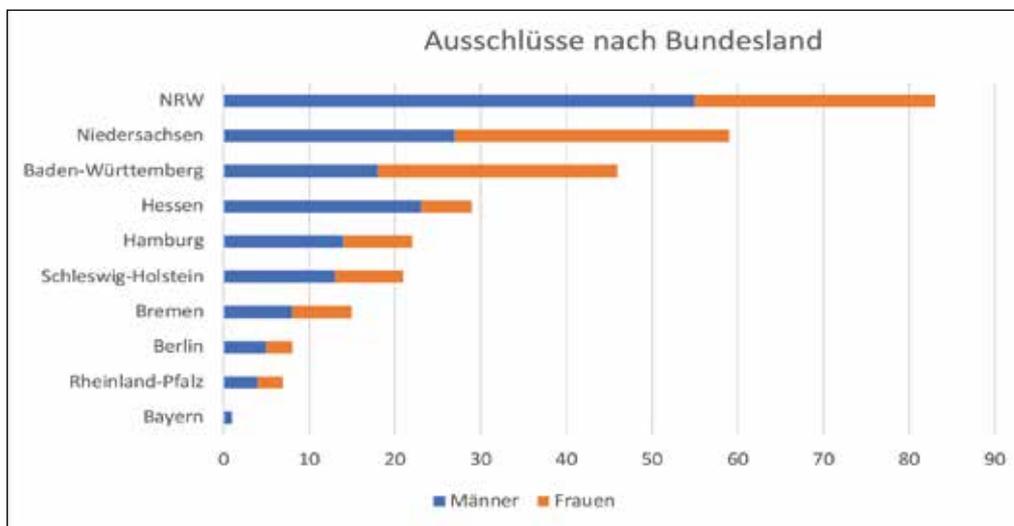
Fotos: hlz

Alexandra Jäger

die Gewerkschaft gar nicht lange suchen.

hlz: *Ihr geht nicht davon aus, dass Insider oder – um das böse Wort zu benutzen – Spitzel die entsprechenden Informationen an den Verfassungsschutz gegeben haben?*

Alexandra Jaeger: Für die GEW Hamburg habe ich ein paar Hinweise, wie das mit den Ausschlüssen in der Gewerkschaft gelaufen ist. Nach Verabschiedung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse veränderte sich auch das Aufnahmeverfahren von neuen Mitgliedern. Vorher



Die Grafiken sind entnommen: Marcel Bois: Von den Grenzen der Toleranz. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaft: Erziehung und Wissenschaft gegen Kommunistinnen und Kommunisten in den eigenen Reihen (1974–1980). Weinheim 2021.



Marcel Bois

wurden alle einfach per Liste aufgenommen und mit der Etablierung der Beschlüsse prüfte der Landesvorstand dann diese Listen, um gleich zu verhindern, dass Mitglieder von K-Gruppen in die GEW aufgenommen werden. Es gab Leute im Vorstand, die die entsprechenden Personen kannten. Und an den Universitäten war es ja so, dass die Personen, die fürs Studierendenparlament oder für den Fachschaftsrat kandidierten, selbst auf Flugblättern oder Wahllisten angaben, welchen Organisationen sie angehörten – oft gleich auch mit einem Foto von sich. Der Verfassungsschutz hatte dadurch leichtes Spiel.

hlz: *Habt ihr diese Informationen aus Gesprächen oder hattet ihr auch Einsicht in die Verfassungsschutzakten?*

Alexandra Jaeger: Der Verfassungsschutz spielte ja nur beim Staatsdienst eine Rolle. Dort leitete er Angaben zu den Betroffenen an die Einstellungsbehörden weiter. Zudem gibt es teilweise in den Behördenakten weitere Korrespondenz mit dem Verfassungsschutz. Bei meiner Auswertung der Hamburger GEW-Akten zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen bin ich hingegen auf keine Korrespondenz

mit dem Verfassungsschutz gestoßen, ich habe also keinerlei Hinweise finden können, dass es irgendeinen Kontakt zum Verfassungsschutz gegeben hat.

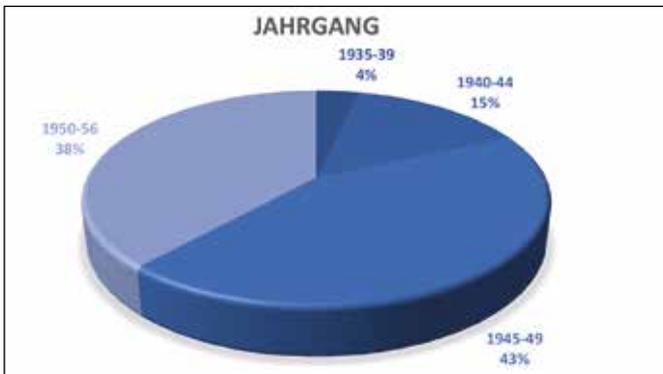
Marcel Bois: Ich habe mir ja die Akten der Bundes-GEW angeschaut und die Ausschlüsse rekonstruiert, die auf Grundlage von Vorschlägen aus den einzelnen Ländern zustande gekommen sind. Auch da gibt es keinerlei Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Vielmehr war es so, dass einzelne GEW-Mitglieder andere Mitglieder angeschwärzt haben. Sie haben also beispielsweise gesagt: Ich habe hier jemanden auf einer Demo im KBW-Block mitlaufen gesehen oder ich habe beobachtet, wie die Person Flugblätter für irgendeine K-Gruppe verteilt hat. Auf Grundlage derartiger „Beweise“ mussten Personen die Gewerkschaft verlassen – oder wurden gar nicht erst aufgenommen. Auffällig ist, dass die meisten Ausschlüsse in jenen Bundesländern stattfanden, in denen eher „Hardliner“ an der Spitze standen. Baden-Württemberg mit dem Vorsitzenden Siegfried Vergin ist ein Beispiel für einen solchen Landesverband. Im Landesverband Bayern, der die Unvereinbarkeitsbeschlüsse eigentlich falsch fand, gab es

hingegen nur einen Ausschluss. Voraussetzung war ja, dass der Hauptvorstand Hinweise aus den Ländern bekam. Wenn von dort nichts kam, konnte man auch niemanden ausschließen.

hlz: *Berlin hat sich dem Ausschlussgebaren ja ganz verweigert. Wie erklärt sich das?*

Marcel Bois: Das ist nicht richtig. Auch in Berlin wurden GEW-Mitglieder ausgeschlossen. Trotzdem kann man sagen, dass sowohl die Mitgliedschaft als auch die lokale GEW-Führung weiter links verortet waren als der Gesamtverband. Das spiegelt sich auch in den Hauptvorstandsakten wider, wo die Vertreter_innen aus Berlin zumindest gelegentlich gegen die Ausschlussverfahren protestierten. Hinzu kam, dass die Bundes-GEW den Landesverbänden ein Ultimatum gestellt hatte, die Bundessatzung zu übernehmen. Hierfür gab es aber in Berlin nicht die erforderliche Dreiviertel-Mehrheit, woraufhin es zum Bruch kam: Im September 1976 musste der gesamte Landesverband die GEW verlassen.

Alexandra Jaeger: Auch in Hamburg konnte man sich länger nicht einigen, weil es zu der Zeit schon eher eine linke Mehrheit gab. Auf der Mitglie-



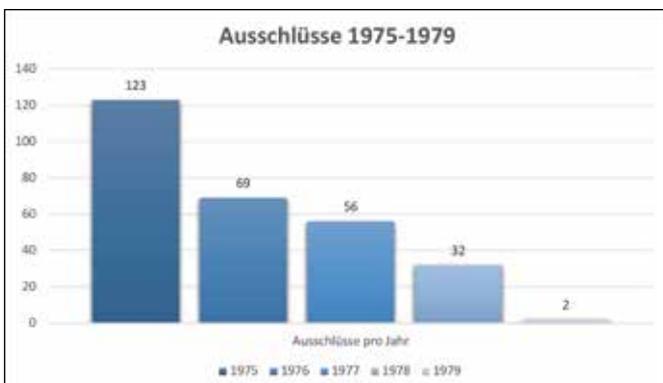


dersversammlung befand sich der neue Vorstand um Dietrich Lemke in einer erheblichen Breddouille. Man wusste jetzt: Der Hauptvorstand macht ernst, das mit dem Ausschluss ist nicht nur eine leere Drohung. Das hätte nach Meinung der Mehrheit der Mitglieder in den entsprechenden GEW-Gremien in der Konsequenz die Durchsetzungskraft der Organisation deutlich vermindert. Der Ausweg, den man meinte gefunden zu haben, war die Einrichtung einer sogenannten Fünfer-Kommission. Alle Ausschlussvorschläge sollten zunächst von dieser Kommission geprüft werden, bevor sie an den Hauptvorstand gingen. Damit verstieß der Hamburger Landesverband nicht gegen die Satzung, bewahrte sich aber eine gewisse Autonomie. In der Praxis hat dieses Gremium kaum noch Personen für den Ausschluss vorgeschlagen.

hlz: Das steht aber im Gegensatz zu deiner Aussage, dass Hamburg Spitzenreiter in Sachen Ausschlüsse war.

Alexandra Jaeger: Nein, das bezog sich auf die Anfangsphase der Unvereinbarkeitsbeschlüsse im Jahr 1974, als Dieter Wunder noch Vorsitzender war. Da hatte Hamburg tatsächlich schon vor der Bundesebene einen Unvereinbarkeitsbeschluss verabschiedet. Dieser wirkte wie ein Signal und erleichterte die Durchsetzung auf Bundesebene. Es war dieser Hamburger Weg, auf den sich die Bundesorganisation bezog und der die entsprechenden Beschlüsse auf den Gewerkschaftstagen 1974/75 zur Folge hatte. Mit dem Rückenwind der bundesweiten Regelung hat Hamburg dann 1975 25 Personen zum Ausschluss vorgeschlagen.

Es sind dann nicht alle ausgeschlossen worden, ein paar



Leute haben gesagt, dass sie nicht mehr in den Gruppen aktiv sind oder haben Widerspruch eingelegt und Recht bekommen. Aber Hamburg war tatsächlich Vorreiter. Mit dem beschriebenen Wechsel des Vorstandes gab es im Kern nur noch den Ausschluss von Carl-Heinz Koch. Ein Fall, den ich in meinem Buch beschrieben habe.

hlz: Aber der Druck von der Bundesebene hörte ja nicht auf, wie ein Brief des Bundesvorsitzenden Erich Frister an den Hamburger Landesvorsitzenden Dietrich Lemke von 1976 zeigt, den wir in unserer letzten Ausgabe abgedruckt haben (hlz 1-2, S. 64).

Alexandra Jaeger: Ja, es gab diesen Druck. Ich glaube, es war für den Hamburger Landesvorstand keine ganz einfache Aufgabe, zwischen diesen ganzen Gruppen und Strömungen zu agieren. Es gab ja dann auch noch diese Abspaltungsbewegung, die sogenannte „Alternative“, eine gemäßigte Strömung innerhalb der Hamburger GEW. Die wurde zunächst noch von Erich Frister unterstützt. Distanziert hat er sich erst, als ihre Mitglieder eine eigene Liste zu den Personalratswahlen aufgestellt haben.

hlz: Aus diesem ganzen Komplex scheint aber heraus: Hamburg war sowohl Vor- als auch zumindest zu Beginn Spitzenreiter in Sachen Ausschlüsse. Wie sah es denn – über Berlin haben wir gesprochen – in den anderen Landesverbänden aus?

Marcel Bois: Für die Hochphase der Ausschlüsse – also die Zeit zwischen 1975 und 1979 – lässt sich sagen, dass mit großem Abstand Nordrhein-Westfalen vorne lag, was aber auch daran lag, dass es sich um das bevölkerungsreichste Bundesland handelte. Über 80 Personen von dort mussten die GEW verlassen. In Niedersachsen gab es knapp 60 und in Baden-Württemberg ungefähr 45 Ausschlüsse. Das waren in absoluten Zahlen betrachtet die Spitzenreiter. Bayern lag, wie gesagt, mit einem Ausschluss ganz hinten – zusammen mit dem Saarland. Dort wurde niemand ausgeschlossen.

hlz: Wir wissen ja heute, dass hinter dem ganzen Konflikt auch ein Generationenproblem stand. Spiegelt sich das in der Altersverteilung der Betroffenen wieder?

Marcel Bois: Ja, absolut. Der allergrößte Teil der ausgeschlossenen Personen stammte aus den Jahrgängen 1945 bis 1955. Sie

waren also zwischen 20 und 30 Jahren alt, als sie die GEW verlassen mussten. Keine einzige Person war älter als 40.

hlz: *Wie ging das dann weiter? Habt ihr darüber auch geforscht? Könnt ihr sagen, ob die Leute später wieder aufgenommen wurden?*

Marcel Bois: Es gab vereinzelt Betroffene, die vor allem in den 1980er Jahren wieder aufgenommen wurden. Genaue Zahlen liegen mir dazu allerdings nicht vor. Der Hauptvorstand hat sich tatsächlich nur von 1975 bis 1979 um diese Ausschlüsse gekümmert und danach das Verfahren wieder in die Hände der Landesverbände gegeben. Man sieht das an der Grafik (s. S. 63) ganz schön: In den ersten zwei, drei Jahren fanden die meisten Ausschlüsse statt und danach ließ diese Praxis schon wieder sehr stark nach. Das hatte beispielsweise damit zu tun, dass sich in den Vorständen die politische Zusammensetzung geändert hat. Ebenfalls spielte eine Rolle, dass die K-Gruppen gegen Ende der 1970er-Jahre immer schwächer wurden.

Alexandra Jaeger: Von Hamburg kann ich sagen, dass einige nicht wieder eingetreten sind. Aber es gibt darüber keine klaren Zahlen. Je später jedoch der Wiederaufnahmeantrag gestellt wurde, desto unkomplizierter war eine Wiederaufnahme. In der Anfangszeit gab es Gespräche zur Überprüfung der Glaubwürdigkeit – bei Aufnahmen und zum Teil bei Wiederaufnahmen. Aber weder die Fragen, die gestellt wurden noch die genauen Kriterien, nach denen entschieden wurde, sind bekannt. Man weiß nur, dass nicht alle diese Prüfung bestanden.

Marcel Bois: In der ganz heißen Phase war es auf jeden Fall schwierig, wieder Gewerkschaftsmitglied zu werden. Es existierte zwar die Möglichkeit, gegen den Ausschluss Widerspruch einzulegen. Doch über einen solchen Widerspruch entschied der Hauptausschuss der GEW und dieser bestand zur Hälfte aus Mitgliedern des Hauptvorstandes. Die Mitglieder dieses Gremiums wurden also zu ihrer eigenen Berufungsinstanz. Wenig überraschend haben sie nur in ganz wenigen Fällen einem Widerspruch stattgegeben.

hlz: *Es handelt sich also um ein teilweise undurchsichtiges Geflecht, wobei man die Handlungen der Beteiligten innerhalb des politisch-kulturellen Umbruchs dieser Jahre betrachten sollte. Den Raum, dies auch noch einmal mit vielen Zeitzeugen zu diskutieren, bietet ja die Veranstaltung, auf der ihr dankenswerter Weise eure Forschungsergebnisse präsentieren werdet. (s. Kasten) Insofern hoffe ich, dass dieses Interview dazu beigetragen hat, die Voraussetzungen für eine interessante Diskussion zu schaffen. Ich danke euch für das Gespräch!*

Die Fragen stellte
JOACHIM GEFFERS

Alexandra Jaeger Abgrenzungen und Ausschlüsse. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW Hamburg in den 1970er Jahren (Beltz-Juventa 2020).

Marcel Bois Von den Grenzen der Toleranz. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW gegen Kommunistinnen und Kommunisten in den eigenen Reihen (1974-1980) (Beltz-Juventa 2021)

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW

Veranstaltung mit Alexandra Jaeger, Marcel Bois und Zeitzeugen

Dienstag, 7. Juni 2022, 19:00 im kleinen Saal des Curio Hauses

Kaum ein Thema schlug in den 1970er Jahren innerhalb der GEW so hohe Wellen wie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Im Kontext der Debatten um „Berufsverbote“ im öffentlichen Dienst, die besonders Kommunist_innen im Bildungsbereich trafen, grenzte sich auch die Bildungsgewerkschaft von Gruppen der radikalen Linken ab. Sie schloss deren Mitglieder aus, nahm sie gar nicht erst auf oder verweigerte ihnen den Rechtsschutz. Diese Maßnahmen waren Ausdruck der politisch-generationalen Umbrüche innerhalb der GEW, die die Ge-

werkschaft vor eine Zerreißprobe stellten.

Marcel Bois und Alexandra Jaeger haben im Auftrag des GEW-Hauptvorstandes bzw. der GEW Hamburg erstmals die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus historischer Perspektive untersucht. Sie werden ihre Ergebnisse vorstellen und die Entstehung der Abgrenzungsbeschlüsse ebenso erläutern wie die Mechanismen der Ausschlussverfahren, die Folgen für Betroffene und die allmähliche Abkehr von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen.

Hinrich von der Lieth (Teil 2)

Nationalsozialist der ersten Stunde mit „notorischer Unfähigkeit“

Der bereits 1930 in die NSDAP eingetretene von der Lieth war schon vor 1933 Leiter des NSLB. Auch später wurde er von NSDAP-Größen immer wieder mit Funktionen und Aufgaben betraut. Nach dem Krieg wollte er von verbrecherischen Aktivitäten der Nazis nichts gewusst haben

Foto: Bundesarchiv



Hinrich von der Lieth, 1933
Gaubmann des NSLB Hamburg

Als loyaler Parteisoldat übernahm von der Lieth ab 1933 eine Reihe von Funktionen: unter anderem als Schulleiter, Stellvertreter des Reichsschulungsleiters für SA und SS und NSLB-Inspekteur bei der Kinderlandverschickung. Die von ihm angestrebte Nachkriegskarriere in den besetzten Ostgebieten kam nicht zustande, denn er geriet Anfang 1945 in russische Kriegsgefangenschaft.

Aus der Kriegsgefangenschaft wurde von der Lieth am 27.9.1945 entlassen. Nahtlos schloss sich daran die Internierung an: zuerst im Internierungslager Neumünster, dann in Eselheide, wo er mit anderen NS-Aktivisten und Kriegsverbrechern auf die Prozesse wartete.

Die Internierungslager waren sicherlich pragmatisch für die Erfassung und Separierung der Täter, der vermuteten Kriegs-

verbrecher. Andererseits waren sie auch problematisch, weil die im NS-System Verantwortlichen über Monate und Jahre zusammengebracht wurden und Austausch und Absprachen um gemeinsame Verteidigungsstrategien ermöglichten. Es gibt einige Beispiele, dass gegenseitige Leumundszeugnisse von zusammen Internierten zu den Akten genommen wurden.

Ins Internierungslager geriet Hinrich von der Lieth, weil er politischer Leiter war, Kreisamtsleiter des NSLB. Die politischen Leiter wurden von der Britischen Militärregierung als Säulen des NS-Systems angesehen, die von den Verbrechen der Nationalsozialisten wussten und daran beteiligt waren.

Hinrich von der Lieth wurde im Lager Eselheide erfasst, Internierungsnummer: 109601. Er trug seine politischen Funktionen in einem Fragebogen ein und schrieb einen Lebenslauf, bei dem er durch Kommunikation im Lager wusste, worauf es ankam. Darüber hinaus wurden in der Heimatstadt des Beschuldigten von einem von der Britischen Militärregierung eingesetzten Polizei-Kriminalamt (Public Safety Special Branch) Ermittlungen durchgeführt. Die Ergebnisse wurden an das Spruchgericht Bielefeld gesendet, wo ein Staatsanwalt dann eine Anklageschrift verfasste. Bei der Vielzahl der Verfahren war dies alles eine

zeitaufwändige Angelegenheit: Die Anklageschrift von Staatsanwalt Hollburg wurde erst am 17.11.1947 vorgelegt.

1945: „Stark bereinigte Personalakte“

In seinem Lebenslauf gibt von der Lieth die Daten seines Parteintritts (Dezember 1930) und der NSLB-Mitgliedschaft (Sommer 1931) korrekt wieder. Seine Funktion im NSLB verkleinert er („Mitarbeiter und Obmann“). Er verschweigt seine nicht sehr lange Arbeit und Leitung in der Gauführerschule und die Inspektorsfunktion bei der KLV („war mit Schülern in der Kinderlandverschickung“).

Besonders stellt er heraus, dass er Freimaurer in der „Loge Roland“ gewesen sei: „Ich möchte hier einschalten, daß ich langjähriger Freimaurer gewesen bin. Ich bin bis 1932 Mitglied der Loge Roland gewesen. Während der ersten Zeit der Mitgliedschaft in der NSDAP waren beide Mitgliedschaften nebeneinander möglich. Da ich jedoch aus Parteikreisen heftigen Angriffen ausgesetzt war, trat ich aus der Loge aus. Jedoch waren meine Anschauungen von der Logenmitgliedschaft her beeinflusst. Daher habe ich auch in der Judenfrage eine humane Stellung vertreten.“

Besonders befragt wurden die Beschuldigten, wie mit Juden, Kriegsgefangenen und Fremdar-

beitern in der NS-Zeit umgegangen wurde und zu den Konzentrationslagern. Hinrich von der Lieth führte dazu aus:

„Ich kannte zwar die grundsätzliche Einstellung der NS-DAP zur Judenfrage, wusste aber nicht, daß diese durch Massenvernichtung der Juden gelöst werden sollte. Von den Novembervorgängen 1938 habe ich hinterher Kenntnis erhalten, dadurch, daß ich bei meinen Gängen durch die Straßen zertrümmerte Fensterscheiben in jüdischen Häusern sah. Von wem diese Aktionen ausgingen, weiß ich nicht. Alles was ich darüber vermuten oder äußern hörte, habe ich für Gerüchte gehalten.

Den Stürmer habe ich wohl gelegentlich in Aushängen gelesen, habe aber geglaubt, daß es sich dabei um Ausschweifungen der Phantasie des Herrn Streicher handelte. Davon, daß während des Krieges die Juden nach dem Osten deportiert und ausgerottet wurden, habe ich überhaupt keine Kenntnis gehabt.

Von der Frage der Fremdarbeiter und ihrer Behandlung habe ich keine Kenntnis. Ich habe auch nie gehört, dass irgend welche Stellen des politischen Leiterkorps damit etwas zu tun gehabt hätten. Von der Frage der Kriegsgefangenen und der alliierten Flieger habe ich auch keinerlei Kenntnis, da ich viele Jahre hindurch Soldat gewesen bin, und mit Kindern in der Kinderlandverschickung unterwegs gewesen bin.

Von der Einrichtung der KZ hatte ich Kenntnis, kannte jedoch nur das Lager Dachau. Von dem Lager Neuengamme bei Hamburg wusste ich nichts. Den Zweck der KZ habe ich mir so vorgestellt, dass dort asoziale Elemente festgehalten werden sollten, um künftig von ihrem schädlichen Treiben abgehalten zu werden. Ich habe keinem dazu verholfen, dass er in ein KZ gebracht wurde, habe auch in meinem Bekanntenkreis keine

Personen, die in einem solchen Lager gewesen sind. Ich hatte an der Schule bis etwa Mai 33 zwei jüdische Kolleginnen. Diese sind mit voller Pension entlassen worden. Was weiter mit ihnen geschah, ist mir nie bekannt geworden. Weitere jüdische Bekannte hatte ich nicht.“

Die Aussagen von der Lieths wurden mit seinem Lebenslauf und insbesondere mit dem Ermittlungsbericht des Polizeikriminalamts Special Branch konfrontiert. Im Bericht von Polizeiinspektor Blunck aus Hamburg vom 21.8.1947 heißt es, dass er die „1945 stark bereinigte Personalakte“ von der Lieths durchgesehen habe. Er notierte die Tätigkeit von der Lieths an der Gauführerschule und verwies auf die vielen Darlehens- und Schuldtilgungsverfahren sowie darauf, dass der NSLB ihm ein Darlehen von 500 Reichsmark geschenkt hatte.

„Davon, daß die Juden nach dem Osten deportiert und ausgerottet wurden, habe ich überhaupt keine Kenntnis gehabt.“

Blunck ermittelte auch die Aussage von Oberschulrat Schult, „dass L. ein guter Nazi und als Kreisamtsleiter im NS-Lehrerbund recht rührig tätig war. Schult war ferner bekannt, dass L. als Parteikassierer sich hat Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen, aber weder von parteilicher Seite noch gerichtlich dafür belangt worden ist“. Und: „Von Schulrat Köhne hat Frau v.d.L. sich ein Leumundszeugnis für ihren Mann beschafft, das sehr gut ausgefallen ist. Köhne hat in der Nazizeit schon L. in der Personalakte gut beurteilt.“

Zu den etwas absurden Teilen der Ermittlungen gehören Befragungen von eher willkürlich ausgewählten Einzelpersonen,

die Aussagen darüber machten, was in Hamburg in der Bevölkerung, also auch für von der Lieth, über die Naziverbrechen bekannt gewesen sei. Diese Gespräche wurden von Polizeimeister Koch geführt und protokolliert. Die Befragten waren durchweg systemkritische Personen, die von den Nazis verfolgt und aus politischen Gründen auch ins KZ oder ins Gefängnis gebracht worden waren.

So ist etwa die Aussage von dem Behördenangestellten Richard Mussi protokolliert: „Allgemein war bekannt, wenn irgendjemand sich gegen die Partei oder deren Mitglieder abfällig geäußert hatte, erhielt zunächst die Partei hiervon Kenntnis und diese leitete die Anzeige an die Gestapo weiter. Jeder kleinste Pg., der eine Funktion hatte, war verpflichtet, die politische Überwachung über alle Personen innerhalb des Wohnbezirks zu übernehmen. Die Judenverfolgungen setzten nicht erst während des Krieges, sondern schon Jahre vorher ein. So stellten sich vor den Läden der Juden Angehörige der SA auf und forderten jeden, der den Laden betreten wollte auf, dieses nicht zu tun, weil es sich um einen jüdischen Inhaber handelte. An den Scheiben wurde ‚Jude‘ geschrieben, später die Scheiben eingeschlagen, die Läden geplündert und die Inhaber rausgesetzt und alte verdiente Pg’s reingesetzt. Alles dieses spielte sich in der Öffentlichkeit ab. Es war auch jedem bekannt, dass die Juden abgeholt, zu Transporten zusammengestellt und abtransportiert wurden, die Möbel und andere Sachen öffentlich verkauft oder von der Partei übernommen. Das politische Korps der Partei hatte die Aufgabe, anhand der von ihnen aufgestellten Listen die Juden zur Meldung zu bringen. Die ganze Judenaktion war eine reine Angelegenheit der Partei und von ihrem politischen Korps und ihren Gliederungen. Jeder, der

Herrn Oberregierungsrat v. Z e r s s e n

Betr.: Wiedereinstellung des Lehrers Hinrich v.d. Lieth

Herr v.d. Lieth ist am 8.12.47 aus der Internierung entlassen, hat sich am 21.2.48 auf der Schulbehörde gemeldet und am 23.2.48 einen Ersatzfragebogen abgegeben. Der Aufforderung der Schulbehörde, den 4 seitigen Fragebogen einzureichen, ist er nicht nachgekommen. Er hat seitdem der Schulbehörde keine Nachricht mehr zukommen lassen. Jetzt reicht v.d. Lieth eine Spruchentscheidung aus Schleswig ein, nach der er in die Kategorie IV eingestuft worden ist und will hier angestellt werden.

Herr v.d. Lieth ist nicht entlassen worden. Es erhebt sich aber die Frage, ob er nicht hätte entlassen werden können, weil er sich hier trotz Aufforderung nicht wieder gemeldet hat. Herr v.d. Lieth ist so schwer belastet, dass die allergrössten Bedenken gegen eine Wiedereinstellung in den hamburgischen Schuldienst bestehen.

Die Anordnung, sich an seinem Wohnorte entnazifizieren zu lassen, wirkt sich hier, wie in anderen Fällen, ungünstig aus. Sie wird von stark belasteten Personen benutzt, um sich einer wirklichen Untersuchung an dem Ort ihrer früheren Tätigkeit zu entziehen. Die Zeugen werden durch Leumundszeugnisse, die der Antragsteller selbst beschafft, ersetzt. Die Spruchkammer müsste angewiesen werden, keine Entscheidung zu fällen, ohne eine entsprechende Stelle des Heimatortes gehört zu haben.

6.10.48

K. Hoffmann

Hat bei von der Lieth 1948 "die allergrössten Bedenken gegen eine Wiedereinstellung in den hamburgischen Schuldienst": Karl Hoffmann, Personalreferent der Schulbehörde

eine Zeitung gelesen hat, konnte aus dieser den Propagandafeldzug gegen die Juden lesen. Auch waren an vielen Stellen auf der Straße Zeitungsanschläge des ‚Stürmer‘ angebracht. Allgemein war bekannt, dass die Gefangenen und Fremdarbeiter schlecht behandelt wurden. Dieses traf zur Hauptsache in den Städten zu. Täglich konnte man beobachten, wie diese Menschen die Ascheimer nach etwas Essbarem durchsuchten. Es wurde auch oft beobachtet, dass diese von Partei- oder Gliederungsangehörigen – wenn sie hierbei erwischten – geschlagen wurden. Der Verkehr zwischen Gefangenen, Fremdarbeitern und Deutschen war streng untersagt. Bei Zuwiderhandlungen wurden beide Teile bestraft. Auch hierüber konnte man in den Zeitungen lesen.“

Und Schuhmachermeister Ferdinand Legin, KPD-Mitglied seit 1919, hatte zu Protokoll gegeben: „Allgemein wurde in unse-

rem Wohngebiet davon gesprochen, dass von der Partei Läger eingerichtet wurden, in die man die politisch Verfolgten unterbrachte. (...) Unter der Bevölkerung bemerkt man allgemein bei Unterhaltungen antinazistischer Art eine große Furcht, denn jeder wusste, wenn ihre Äußerungen bekannt würden, wurden sie abgeholt und ins KZ gebracht. Die Behandlung im KZ war in unseren Kreisen bekannt und aus der allgemeinen Bevölkerung hörte man, dass die, die entlassen wurden, zur Verschwiegenheit verpflichtet waren. Und doch erhielten weite Kreise von verschiedenen Begebenheiten Kenntnis.“

Entlassung aus Internierungshaft

Hinrich von der Lieth konnten keine persönlich begangenen Verbrechen vorgehalten oder nachgewiesen werden. Staatsanwalt Hollburg hielt von der Lieth die ermittelten Aussagen vor und

argumentierte: „Als Kreisamtsleiter gehört der Beschuldigte als Mitglied zu einer verbrecherischen Organisation im Sinne des Nürnberger Urteils. Er gibt zu, die grundsätzliche Einstellung der NSDAP zur Judenfrage, die Ausschreitungen vom November 1938 und das Bestehen der KZ gekannt zu haben. Er bestreitet aber, gewusst zu haben, dass das politische Führerkorps zu Handlungen eingesetzt wurde, die im Nürnberger Urteil für verbrecherisch erklärt worden sind.“

Der Staatsanwalt nahm auch auf, was das Polizeikriminalamt über den Kenntnisstand der Bevölkerung ermittelt hatte und folgerte: „Diese Dinge, von denen ganz Hamburg sprach, müssen auch dem Beschuldigten bekannt gewesen sein. Er musste insbesondere als Parteimitglied von 1930 und als Amtsträger die im Nürnberger Urteil angeführte Rede Adolf Hitlers über die Vernichtung des europäischen Judentums als Folge eines Krie-

ges gehört oder gelesen habe. Bei der ganzen Art, in der die Judenverfolgungen stattfanden, musste er sich darüber im klaren sein, dass die abtransportierten Juden einem ungewissen und grausamen Schicksal entgegengingen. Die Mitwirkung des politischen Führerkorps bei der Schaffung und propagandistischen Deckung des Systems der KZ-Lager, der Durchführung der Judenaktionen und des Zwangsarbeiterprogramms sind ihm bei seiner Tätigkeit als Kreisamtsleiter und bei seiner langjährigen Parteimitgliedschaft ebenfalls bekannt gewesen.“

Staatsanwalt Hollburg kommt zu dem Schluss: „Mit Rücksicht darauf, dass der Beschuldigte nur bis zum Mai 1940 und später vom Juni 1942 bis zum 31.1.1943 sein Parteiamt ausgeübt hat, seine persönliche Mitwirkung bei verbrecherischen Handlungen nicht vorliegt und dass der Beschuldigte nach dem Polizeibericht in seinem ehemaligen Wohngebiet politisch nicht aufgefallen ist, ist eine Geldstrafe von 3000 Reichsmark, verbüßt durch die Internierungshaft, eine angemessene Sühne.“

Das Spruchgericht entschied eine Woche später in diesem Sinne. Von der Lieth wurde in Eselheide freigelassen und erhob dort noch Einspruch gegen den Bescheid. Er zog jedoch den Altonaer Rechtsanwalt Friedrich Koch hinzu, der dann am 25.5.1948 den Einspruch für ihn zurückzog.

Entnazifizierung

Der Traum von einer Karriere im Bildungswesen in den besetzten Ostgebieten nach dem „Endsieg“ war schon in russischer Kriegsgefangenschaft und in Eselheide ausgeträumt. Nach der Entlassung aus dem Internierungslager musste sich von der Lieth, durch das Bielefelder Spruchgericht in Kategorie III eingestuft, noch einem Entnazifizierungsverfahren stellen.

Seine Frau und die drei Kinder lebten in Hamburg-Fuhlsbüttel. Er wusste aber, dass er und sein exponiertes Wirken in Hamburg sattsam bekannt waren und ging, wie viele andere auch, zurück in das Heimatdorf, wo Verwandte und ehemalige Freunde lebten. Sein Rechtsanwalt Hans Radischat schreibt in einem Schriftsatz später: „Nach seiner Entlassung aus der Internierung war sein Gesundheitszustand schlecht. Er ging deshalb in seine Heimat nach Schleswig zurück. In Schleswig erhielt er vom Arbeitsamt die Aufforderung, als Landarbeiter tätig zu sein. Er wurde in Hollingstedt bei Schleswig eingesetzt.“

Hollingstedt war der Ort, in

*„Diesen Mann heute wieder in den Schuldienst hineinzustellen würde einen Hohn auf die Entnazifizierung bedeuten.“
(F. W. Licht)*

dem von der Lieth als Schüler die einklassige Volksschule besucht hatte. Dort bekam er jetzt Leumundszugnisse, ließ sich entnazifizieren und wurde am 16.8.1948 in Kategorie IV eingestuft mit dem Vermerk: „L. kann nur als Lehrer und nicht in leitender Stellung mit einer Beförderungssperre von fünf Jahren eingestellt werden.“

Hinrich von der Lieth war damit nicht erfolgreich. Hamburg und Schleswig-Holstein tauschen im Zuständigkeitsgerangel Noten aus. Gesetzlich war vorgeschrieben, dass man dort entnazifiziert werden musste, wo man bis 1945 gelebt hatte. Von der Lieth beschäftigte zwei Rechtsanwaltssozietäten nacheinander. 1949 mündete es in einem Verwaltungsgerichtsverfahren, das ausgesetzt wurde, um auf eine Bundesentscheidung zu warten. Von der Lieths Einspruch dage-

gen wurde am 27.6.1949 zurückgewiesen.

Die Vermerke von Personalreferent Karl Hoffmann in der Hamburger Schulbehörde und des Fachausschuss für die Entnazifizierung waren so eindeutig, dass von der Lieth in Hamburg keine berufliche Perspektive im Schuldienst erwarten konnte. Hoffmann stellte am 6.10.1948 fest:

„Herr von der Lieth ist am 8.12.1947 aus der Internierung entlassen, hat sich am 21.2.1948 auf der Schulbehörde gemeldet und am 23.2.1948 einen Ersatzfragebogen abgegeben. Der Aufforderung der Schulbehörde, den vierseitigen Fragebogen einzureichen, ist er nicht nachgekommen. Er hat seitdem der Schulbehörde keine Nachricht mehr zukommen lassen. Jetzt reicht von der Lieth eine Spruchentscheidung aus Schleswig ein, nach der er in die Kategorie IV eingestuft worden ist und will hier angestellt werden.“

Herr von der Lieth ist nicht entlassen worden. Es erhebt sich aber die Frage, ob er nicht hätte entlassen werden können, weil er sich hier trotz Aufforderung nicht wieder gemeldet hat. Herr von der Lieth ist so schwer belastet, dass die allergrößten Bedenken gegen eine Wiedereinstellung in den hamburgischen Schuldienst bestehen.

Die Anordnung, sich an seinem Wohnort entnazifizieren zu lassen, wirkt sich hier, wie in anderen Fällen, ungünstig aus. Sie wird von stark belasteten Personen benutzt, um sich einer wirklichen Untersuchung an dem Ort ihrer früheren Tätigkeit zu entziehen. Die Zeugen werden durch Leumundszugnisse, die der Antragsteller selbst beschafft, ersetzt. Die Spruchkammer müsste angewiesen werden, keine Entscheidung zu fällen, ohne eine entsprechende Stelle des Heimatortes gehört zu haben.“

Fachausschuss gegen Wiedereinstellung

Der Fachausschuss für die Entnazifizierung urteilte durch seinen Sprecher Friedrich Wilhelm Licht eindeutig:

„Von der Lieth ist in der ganzen Hamburger Lehrerschaft als Naziaktivist der Zeit vor 1933 bekannt. In der ersten Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung und vor dieser war von der Lieth der Führer des Hamburger NS-Lehrerbundes. Unter seiner Leitung fand die erste Großkundgebung der Hamburger Lehrerschaft statt, in der die neuen politischen Machthaber in Hamburg zur Lehrerschaft sprachen. Lediglich aus der Tatsache, dass von der Lieth bei seiner notorischen Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit von den Nazis nicht groß herausgestellt werden konnte, ist es zu erklären, dass dieser Mann nicht eine ganz hohe leitende Stellung im hamburgischen Schulwesen erhalten hat. Immerhin haben die maßgebenden Nazikreise immer wieder versucht, ihn in gehobenen Stellungen unterzubringen, die er allerdings wiederholt wechseln musste, weil überall seine Unfähigkeit schnell zu Tage trat. Er ist nicht nur als Naziaktivist sondern zugleich auch als

Nutznießer des Nazisystems zu bezeichnen. Diesen Mann heute wieder in den Schuldienst hineinzustellen würde einen Hohn auf die Entnazifizierung bedeuten und eine Flut dann allerdings berechtigter Anträge auf Revision früherer Entscheidung in anderen Fällen nach sich ziehen. Der Fachausschuss hält daher von der Lieth als Lehrer für völlig untragbar und beschließt: Von der Lieth ist aus dem Hamburger Schuldienst zu entlassen, seine Wiederverwendung als Lehrer kommt nicht in Frage. Er wird in Kategorie III eingestuft.“

Neubeschäftigung als Lehrer mit Privatvertrag

Am 21.9.1950 fragte von der Lieths Rechtsanwalt Alfred Heynen beim Rechtsamt in Hamburg an, ob Hamburg es akzeptieren würde, wenn von der Lieth einen „Privatvertrag mit der dänischen Schulvereinigung abschließen würde.“ Und am 23.6.1951 vermerkte die Personalabteilung der Hamburger Schulbehörde, dass von der Lieth in Schleswig-Holstein „im Schulamt Ratzeburg“ wieder als Lehrer tätig sei.

Während die Juristen stritten, ließ sich Charlotte von der Lieth im März 1950 scheiden.

Nachdem Hinrich von der Lieth „plötzlich und unerwartet am 26.10.1951 ... durch Herzschlag“ starb, bemühte sich Charlotte von der Lieth um die Gewährung von Waisengeld für ihre drei Kinder. In ihrem Entnazifizierungsfragebogen vom 12.3.1952 ist, wie bei vielen anderen Frauen von Nazi-Aktivisten auch, vermerkt, dass sie niemals überhaupt einer nationalsozialistischen Organisation angehört habe.

Am 8.1.1952 wurde in der Schulbehörde entschieden, den Kindern von der Lieths das Waisengeld eines Volksschullehrers zu zahlen.

Bei aller Unzuverlässigkeit Hinrich von der Lieths ist es bemerkenswert, dass in der Traueranzeige nach seinem Tod im Hamburger Abendblatt, in der seine drei Kinder, sein Bruder und seine Schwester ihn betrauern, vermerkt wird: „Sein Leben galt nur seinen Kindern. Unser Vater starb zu früh.“

HANS-PETER DE LORENT

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf Fußnoten und Anmerkungen verzichtet. Sie können beim Autor angefragt werden: hpdelorent@aol.de

Foto: Archiv GEW-Hamburg



Friedrich Wilhelm Licht:
Lieths „Wiederverwendung als Lehrer kommt nicht in Frage“

Friedrich Wilhelm Licht

Als aktiver Gewerkschafter bei der Entnazifizierung

Friedrich Wilhelm Licht (1883-1968) war nach dem Krieg Vorsitzender des Fachausschusses für die Entnazifizierung im Volksschulbereich. Die britische Militärregierung hatte ihn als Nazigegner dazu ernannt.

Licht war vor und nach dem Naziregime lange Zeit im Vorstand der Gesellschaft der Freunde, zum Teil als 2.

Vorsitzender. Nach dem Krieg erreichte er bei der Besatzungsmacht die Neuzulassung der HLZ und diente für sie jahrelang als „Herausgeber und Lizenzgeber“.

Als gewählter Schulleiter war Licht 1933 von den Nazis abgesetzt worden. Er blieb als Lehrer in der Schule und arbeitete nach dem Krieg erneut als Schulleiter bis zu seiner Pensionierung.

MH

Die hLz ist inhaltlich gut ausgerichtet und verbindet mich mit meiner Gewerkschaft. Sie ist mir wichtig!

Mir gefällt, dass die hLz nicht auf schick und bunt und leicht zu konsumieren getrimmt ist.

Das Erscheinungsbild ist eine Vollkatastrophe und ich schäme mich, dieses Heft trotz aller guten Artikel jemandem in die Hand zu drücken.

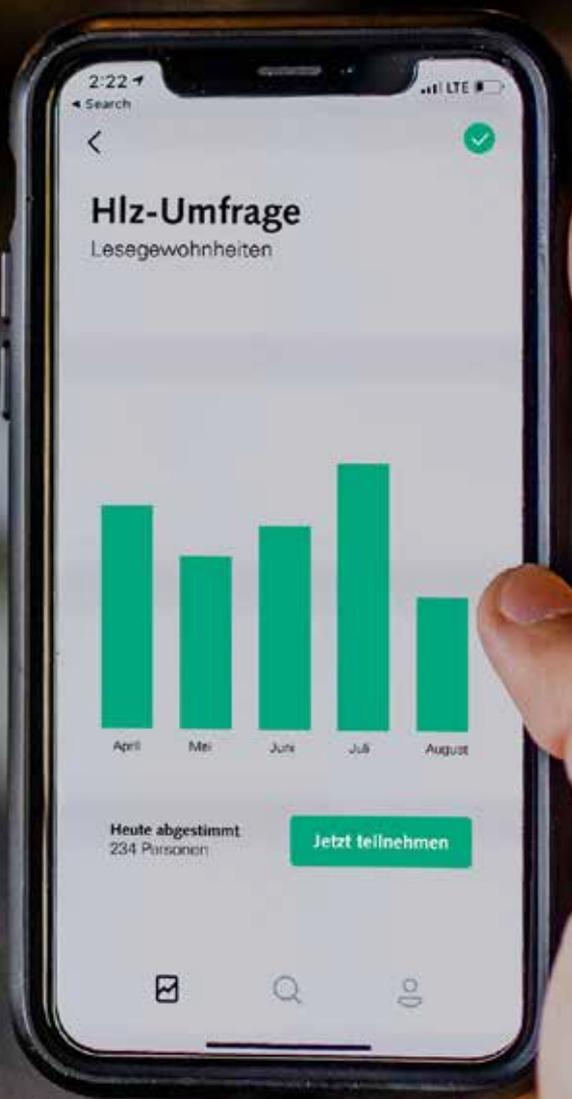
Weniger Geschichtsdebatte! Das ist nur Egotrip der einschlägigen Autoren.

Ich mag den Humor

Mir fehlen gute Berichte aus den Kitas, die eine hervorragende Bildungsarbeit machen.

Viele Artikel sind mir zu tendenziös.

Sie liegt wesentlich länger in meinem Haushalt griffbereit als andere Printmedien.



Wir danken allen Kolleg_innen, die sich an der Umfrage beteiligt haben! Die Kommentare bilden nur eine kleine Auswahl der Stellungnahmen und sind somit nicht repräsentativ.

Wunsch und Wirklichkeit

Wie wirkt die hLz auf unsere Leser_innen und was wünschen sie sich von einer Gewerkschaftszeitung? Antworten liefern die Ergebnisse unserer Umfrage aus dem vergangenen Jahr

Das letzte Mal startete die hLz vor 15 Jahren eine breit angelegte Umfrage, um sich ein Stimmungsbild über das Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Mitgliederzeitschrift zu verschaffen. Die Umfrage stieß damals auf große Resonanz. Viel Feedback also, um die Weiterarbeit in der Redaktion den Kritiken der Mitglieder anzupassen.

Ernüchternder fällt die Beteiligung bei der aktuellen Umfrage aus. Dennoch liefert auch diese Erkenntnisse, aus denen die neue Redaktion Schlüsse ziehen kann. Anders als bei der letzten findet die aktuelle Umfrage unmittelbar vor dem Start der neuen Redaktion statt.

Auffällig waren die Themen Alter und Funktionsbereich, die Bewertung von Inhalt und Layout sowie die Frage „digitale vs. analoge“ Zukunft der Zeitschrift. Die Umfrage war gegliedert in die Bereiche Sozialstatistik, Lesegewohnheiten, Inhalt, Layout und Auftreten der hLz im Internet. Zum letzten Aspekt gab es das eindeutigste Ergebnis der Umfrage: 3/4 der Teilnehmenden benutzen die Online-Ausgabe der hLz überhaupt nicht. Die restlichen 25 Prozent benutzen sie allenfalls, um nach einem Artikel zu suchen. Keine Person liest ausschließlich die Online-Ausgabe. Bestätigt wird die Tendenz bei der Frage, was den Teilnehmenden beim Online-Auftreten wichtig sei: 63 Prozent beantworteten die Frage mit „ich lese nur die Printausgabe“. Für eine Teilnahme der hLz in sozialen Netzwerken stimmten lediglich acht Prozent. Im Bereich Lesegewohnheiten bewerteten

die Teilnehmenden folgerichtig, dass die hLz wichtiger sei als GEW-Informationsquellen auf Social Media. Darüber hinaus sei sie wichtiger als die Bundeszeitschrift E+W, dafür weniger wichtig als persönliche Kontakte innerhalb der GEW-Informationsquellen.

Die beste Bewertung erhält die hLz im Abschnitt „Inhalt“. Besonders beliebt sind hier die Artikel über pädagogische Themen, aktuelle politische Themen sowie Erfahrungsberichte. Weniger beliebt sind Rezensionen und das Editorial. Die Teilnehmenden lobten besonders die Aktualität und informative Art der Zeitschrift, sowie die Berücksichtigung von Berufs- und Fachgruppen.

Durchwachsener ist die Bilanz bei dem Erscheinungsbild der hLz. Auch wenn hier an erster Stelle die Titelbilder sowie Übersichtlichkeit der Zeitschrift als gut bewertet ausfallen, fällt die Gesamtbewertung alles in allem schlechter aus. Übereinstimmung herrscht jedoch deutlich beim Format der Zeitschrift: Den meisten gefällt das Alleinstellungsmerkmal besonders oder überwiegend gut.

Wie bei allen Umfragen bleibt die Frage der Repräsentativität zu berücksichtigen. Für die bisherigen Aussagen wurden lediglich prozentuale Angaben oder Durchschnittswerte verwendet. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der, gemessen an der Gesamtleser_innenschaft, geringen Datenmenge. Dennoch ist die Interpretation der sozialstatistischen Merkmale mit Blick auf die bisherigen Erkenntnisse

ein spannendes Untersuchungsfeld.

Die Anzahl der Teilnehmenden ist in den sechs Alterskategorien äußerst ungleich verteilt. In der jüngsten Kategorie gibt es keine Teilnehmenden, in der zweiten und dritten nur wenige, die größte Altersklasse ist die „über 65“ und der größte Funktionsbereich „im Ruhestand“.

Insbesondere hinsichtlich der Frage des zukünftigen Internetauftretens der hLz oder noch genereller gesagt: der kommunikativen Gestaltung der hLz mag sich hier ein Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen Interessengruppen offenbaren. Einerseits ist es die rege Beteiligung der oben genannten Interessengruppe „über 65“, die sich womöglich primär für einen analogen Kommunikationsweg ausspricht. Auf der anderen Seite steht die verschwindend geringe Zahl in der jungen und jüngsten Alterskategorie dieser Umfrage – eine nicht zu vernachlässigende Interessengruppe für die Zukunft der hLz, die eventuell über eine andere Kommunikation zu erreichen ist. So gesehen kennzeichnet die Umfrage einen Interessenkonflikt: Die mangelnde Teilnahme von jungen Menschen in der hLz ist ein Faktor, den es zu stärken gilt, während gleichzeitig die Interessen der Langzeit-Bezieher_innen gewahrt werden sollten (95,5 Prozent der Teilnehmenden in dieser Umfrage beziehen die hLz länger als 2 Jahre).

JASON TSIAKAS
Redaktionsassistent



KANDIDATUR

Erinnerung an eine Zukunft

Eine neue Redaktion stellt sich zur Wahl

Die *h/z* zeichnet aus, dass sie eine Mitgliederzeitschrift ist, die diesen Namen auch verdient: Ist sie doch nicht einfach eine Zeitschrift *für* Mitglieder, sondern wesentlich eine Zeitschrift *von* Mitgliedern. Als solche ist die *h/z* etwas anderes als ein gewerkschaftliches ›Verlautbarungsorgan‹ und mehr als ein reines Informationsmedium: Sie eröffnet Debattenräume und ermöglicht Auseinandersetzungen, an denen sich alle Leser_innen beteiligen können und auch beteiligen sollen.

Die *h/z* ist darauf ausgelegt, dass sie die vielfältigen Bereiche oder Felder der Gewerkschaft nicht nur abbildet, sondern ihnen die Öffentlichkeit bietet, um aus der alltäglichen Vereinzelung herauszutreten. Beispielsweise ist es ja oft so, dass Lehrer_innen nicht immer Einblick haben, welche Kämpfe gerade von den

Physiotherapeut_innen oder den Erzieher_innen in den Kitas ausgefochten werden. Diese wiederum sind vielleicht nicht im Bilde über die Problemlage in der Erwachsenenbildung oder an den Hochschulen.

Unserer Ansicht nach ist die bisherige *h/z*-Redaktion der Einbindung all dieser Bereiche gewissenhaft nachgekommen – in einer Weise, welche die unterschiedlichen Lebens- und Beschäftigungssituationen, die im Alltagstrott oft vergessen werden, anerkennt und sichtbar macht. Dabei blieb stets der Anspruch deutlich, diese vielfältigen Auseinandersetzungen zu einem Kampf zu verbinden.

Das Alte als Anspruch und Aufgabe

Die aktuelle Redaktion hat durch langjährige, mit Leidenschaft und Ausdauer betriebene

ehrenamtliche Arbeit die gesellschaftskritischen Themen zeitgemäß gehalten und die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen begleitet, war ein Megaphon für den schulischen oder universitären Streit, für die Auseinandersetzungen in der Sozialen Arbeit oder der Jugendhilfe. Dabei hat sie auch den Konflikt nicht gescheut und streitbaren Positionen einen Raum gegeben, um Debatten anzustoßen und Leser_innen zur Beteiligung anzuregen – ohne jedoch Kompromisse in ihrer politischen Ausrichtung einzugehen: Die Redaktionslinie, eine emanzipatorische Praxis voranzubringen, welche sich klar gegen rassistische, antisemitische, sexistische oder homophobe Diskriminierung wendet, aber auch die klassenpolitische Dimension dieser Felder nicht vergisst, wurde nicht verwischt. Gegen die Pra-

xis rechtskonservativer oder faschistoider Strömungen hat die *hlz*-Redaktion stets klare Kante gezeigt.

Das ist das Bild vom Anspruch und der Ausrichtung der *hlz*, wie es uns – Antje Géra, Mark Lückhof und Sebastian Schreull – als langjährigen Leser_innen vor Augen steht. Es ist dieser Anspruch, der uns bewogen hat, für die Redaktionsnachfolge zu kandidieren, wie es diese Ausrichtung ist, die wir weiterführen wollen. Wir sind in Betriebsgruppen, aber auch der ehrenamtlichen politischen Bildung engagiert und bringen Erfahrungen aus den Bereichen der Stadteilschule, des Gymnasiums wie auch der Erwachsenen- und Hochschulbildung ein. Wir haben die Mühen der Ebene durchlaufen und kennen die Schwierigkeiten, sich trotz steigender Arbeitsbelastung, Kindererziehung oder Sorgetätigkeiten gewerkschaftlich zu engagieren. Wir kennen auch die Belastungen aus eigener Erfahrung, wie sie aus prekären Lebensverhältnissen erwachsen und wissen um die zusätzlichen Anstrengungen, die ein politisches Engagement in solchen Situationen erfordert.

Das Neue als Bereicherung und Prozess

Aus diesen Erfahrungen resultiert für uns zweierlei: Zum

einen möchten wir eine Redaktion aufbauen, die möglichst viele Bereiche der GEW abdeckt – wir wünschen uns noch Zuwachs durch weitere Mitstreiter_innen!

Auch die bisherigen engagierten Wegbegleiter_innen der *hlz* wollen wir weiterhin einbeziehen: Wir planen die Gründung eines Freund_innenkreises der *hlz*, der uns mit Texten und Ideen unterstützen kann, aber nicht den zeitlichen Aufwand der Redaktionstreffen teilen muss.

Denn dass wir nun nur zu dritt – und nicht, wie von uns gewünscht, in einer mindestens fünfköpfigen Konstellation – antreten hat auch den Grund, dass uns auf unserer Suche nach weiteren Redaktionsmitgliedern durchgängig Folgendes signalisiert wurde: „Ja, eine solche Mitarbeit ist durchaus sehr reizvoll, aber woher die Zeit und Kraft dafür nehmen!“ Die Erschöpfung vieler Kolleg_innen infolge der langjährig betriebenen arbeitsorganisatorischen Intensivierungen und Mehrfachbelastungen wurde durch das in vielen Hinsichten rücksichtslose Pandemiemanagement noch verstärkt.

Daraus ergibt sich für uns ein zweiter, inhaltlicher Punkt einer zukünftigen Redaktionsarbeit: Die von der *hlz*-Redaktion zuletzt angestoßene Diskussion um Arbeitszeit(-kämpfe) muss fort-

geführt werden. Im Zusammenhang damit müssen gerade die Auswirkungen der Pandemiepolitik weiterhin aufgearbeitet werden, mit Fokus auf all die anstehenden bildungspolitischen Auseinandersetzungen, die zudem nicht unabhängig von den Kämpfen der Care-Arbeitsbereiche zu betrachten sind.

Wir haben Lust, etwas zu verändern und wollen hier und da natürlich auch Neues in die *hlz* hineinlassen – dass wir einer jüngeren Generation angehören, soll ja seinen Ausdruck finden können. Aber wir wollen auch das von der bisherigen Redaktion Geleistete bewahren und mitnehmen: Wir wollen eine demokratische und streitbare Redaktionslinie, den unterschiedlichen Positionen innerhalb unserer Gewerkschaft Raum geben und damit auch den mit ihren Kämpfen verbundenen Milieus die Möglichkeit einräumen, ihre Sicht auf die Verhältnisse zu schildern und sich in die Debatten einzubringen – ob nun in politischen, künstlerischen oder gestalterischen Beitragsformen.

Wir bitten um eure Stimme auf dem Gewerkschaftstag, um schnellstmöglich die neue Redaktion bilden und uns einarbeiten zu können.

ANTJE GÉRA,
MARK LÜCKHOF und
SEBASTIAN SCHREULL

Hamburger Gewerkschaftstag am 25. April 2022

Wahlaufsatz: Kandidat_innen (Stand: 04.04.2022)

1. Kassenverwalter/in **Jens Kastner**
(Antrag Verlängerung der Amtszeit um ein Jahr)

3 Beisitzer/innen **Michael Kessel**
(Landesvorstand der GEW Hamburg) (bisherige Amtsinhaberin kandidiert nicht mehr)

Carsten Arnheim (Wiederwahl)

Alexander King (Wiederwahl)

hlz-Redaktion Antje Géra, Sebastian Schreull, Mark Lückhof
(bisherige Redaktion kandidiert nicht mehr)

Kein hoffnungsloser Fall – aber ein Chaos ohne gleichen

Die Taliban zeigen sich in Sachen Mädchenbildung uneins – noch

Hätte ich meinen dritten Bericht für die HLZ noch ein paar Tage vor Ende März geschrieben, würde er über die Situation in Andkhoi ganz anders erzählen, als ihr hier lesen könnt. In Afghanistan aber ändern sich Dinge unvorhergesehen, chaotisch und oft ohne Sinn und Verstand, seit die Taliban die Macht übernommen haben. Betroffen sind diesmal auch unsere Projekte in Andkhoi:

Im März 2022 gingen alle Mädchen und Jungen in Andkhoi ganz normal zur Schule und unser Ausbildungszentrum war sehr gut besucht. Das Schulhalbjahr, das traditionell in diesem „heißen Gebiet“ im September nach den Sommerferien beginnt, ging mit vielen Tests und Zertifikaten zu Ende und die zweite Hälfte lief an. In Kabul und in allen „kalten Gebieten“ beginnt das Schuljahr traditionell mit

Nauros, dem Neujahrsfesttag. Dort durften die Mädchen seit der Machtübernahme nur bis zur 6.Klasse zur Schule gehen. Die Taliban-Regierung hatte verkündet, dass am 24.3. nun endlich alle Mädchen und Jungen bis zur 12. Klasse zur Schule gehen sollten. Der Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der Taliban war aber offensichtlich noch in vollem Gange. Am 23. 3. setzten sich plötzlich wieder einmal die Hardliner, die berüchtigte Haqani-Gruppe, durch: Die Mädchen ab Klasse 7 dürften doch noch nicht zur Schule. Begründung: Über die Schulkleidung für sie sei noch nicht entschieden. Vor den Schulen spielten sich erschütternde Szenen ab. Wut und Verzweiflung – auch bei vielen Eltern. Bis zum heutigen Tag konnte offensichtlich noch keine Uniform gefunden werden, was ein jun-

ges Mädchen im afghanischen Rundfunk kommentierte: „Egal in welcher Uniform, wir würden auch mit einem riesigen Tuch umhüllt kommen – Hauptsache wir können lernen!“

Nur wenige Tage später entschieden die Taliban-Regierungen in Maimana, der Hauptstadt Faryabs und kurz darauf dann auch in Andkhoi ohne schriftliche Anweisung, also im „vorausweisenden Gehorsam“, allen Mädchen ab Klasse 7 den Schulbesuch erstmal zu verweigern – mitten im Schuljahr. Die Angst vor den brutalen Vertretern des „Ministeriums für Tugend und Laster“, das von der Haqani-Gruppe geführt wird, ist gewaltig. Jetzt stehen die örtlichen Regierungen, die z.B. in Andkhoi eigentlich für den Zugang aller Mädchen zur Bildung waren, vor einem Dilemma. Dorfälteste machen Druck, auch einige Mullahs

Fotos: Afghanistan-Schulen e.V.



Der 8. März: Der internationale Frauentag wird im Frauenzentrum Andkhoi gefeiert



Pflanzaktion an einer Mädchenschule

und die Elternschaft sowieso. Im Distrikt Khancharbagh fordert der Schulrat, die Entscheidung sofort zurückzunehmen. In seinem Distrikt gilt sie nicht. Auch in anderen Provinzen im Norden gehen die älteren Mädchen zur Schule. Um den Druck weiter zu erhöhen, haben wir nun unser Ausbildungszentrum auch für die Jungen geschlossen. Alle drei Frauenzentren sind ebenfalls geschlossen, nur die Leiterinnen der Kurse treffen sich. Wenn die örtliche Regierung nicht bald die Entscheidung rückgängig macht, werden wir ihnen andeuten, unsere Projekte so nicht weiterzuführen. Das würde die ganze Region schwer treffen, da viele Arbeitsplätze und auch die Notfallhilfen wegfallen würden und die Bildung einen großen Rückschlag erleben würde.

Auf den Bildern aus Andkhoi könnt ihr sehen, dass im März noch alle Projekte sehr gut liefen. Am 8. März feierten die Frauen in den Frauenzentren den internationalen Frauentag mit einem großen Fest. Auch Nauros wurde dort gefeiert. Große Versammlungen gab es im Ausbildungszentrum: Die Verleihung der Zertifikate für

die erfolgreiche Teilnahme an verschiedenen Kursen wurde mit Vorträgen, Rollenspielen und Liedern begleitet. Die an den meisten Schulen gegründeten Ökologiegruppen waren sehr aktiv beim Pflanzen neuer Setzlinge. 1000 heimische Bäumchen, darunter viele Obstbäume, wurden in einem großen Andkhoier Gartenbetrieb gekauft und an 57 Schulen in den vier Bezirken gepflanzt. Das ist seit vielen Jahren in ganz Afghanistan eine schöne Tradition vor dem Frühlingsbeginn an Nauros. Eine zweite große Nothilfeaktion mit Nahrungsmitteln für über 400 Familien wurde sehr dankbar angenommen.

Anders als in Andkhoi sieht es in Mazar-e-Sharif aus. Da alle Mädchen und Jungen dort trotz der Machtübernahme der Taliban 2021 weiter zur Schule gehen, begannen sie nach den Winterferien am 24.3.2022 das neue Schuljahr – wie gewohnt. Unsere Projekte laufen dort ungestört weiter. In die von uns angebotenen Englisch- und Computerkurse gingen die Schüler_innen auch während der Ferien. Selbst die Anordnung, dass Fortbildungsseminare für Lehrer_in-

nen, Schulleitungen oder SDCs (School-Development-Councils) getrennt nach Geschlechtern stattfinden sollten, wurden von der Schulbehörde nach kurzer Prüfung als nicht erforderlich bezeichnet. So können sie in den Schulen oder unserem Büro problemlos stattfinden. Die großen Schulen mit bis zu 4000 Schüler_innen sind sehr froh über das inzwischen gebildete Netzwerk der teilnehmenden Schulen. Viele kulturelle Aktionen wurden ins Leben gerufen: Wettbewerbe mit anderen Schulen im Bereich Sport, z.B. Volley- oder Fußball oder auch ein Schachturnier für Mädchen und Jungen. Ökologiegruppen pflanzten auch hier viele Bäumchen. Graffitis an Schulwänden rufen zu größeren Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel und im Bildungsbereich auf.

Die kleine Lagerschule nahe Mazar-e-Sharif wird weitere Lehrer_innen bekommen, da sie nun auch zwei vierte Klassen führen darf. Für einen Zusatzbau benötigen wir allerdings noch Spenden. In einem anderen Lager in der Nähe wird von unserem dortigen OASE-Team eine Nothilfe mit Lebensmitteln ge-

plant – die Versorgung ist zurzeit katastrophal!

Unser Verein Afghanistan-Schulen hofft natürlich, dass schon bald alle Mädchen im ganzen Land wieder zur Schule gehen können. Die Verzweiflung ist bei ihnen und ihren Eltern und Lehrer_innen gewaltig; und auch die Verzweiflung all der Frauen und Männer, die durch die Talibanregierung ihre Arbeit als Angestellte, Richter, Rechtsanwälte oder Journalisten verloren haben und keinerlei Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage haben. Dazu gäbe es noch viel zu sagen. Aber zumindest kann ich von einigen kleinen Lichtblicken in Teilen des Landes berichten, die zum Vorbild werden könnten. Aufgeben kommt für uns nicht in Frage – Voraussetzung ist allerdings die Gleichbehandlung von Mädchen und Jungen.



Mädchen gegen Junge – auch das gibt es ... noch!

Ich würde mich sehr freuen, wenn an einigen Schulen in Deutschland wieder Aktionen für die Hilfe in Afghanistan möglich wären. Wir verstehen, dass im Moment vieles für die

ukrainischen Kriegsflüchtlinge getan werden muss. Unbedingt! Aber vergesst Afghanistan nicht, bitte!

TANJA KHORRAMI

PS: Versteht bitte, dass die Bilder vor allem Mädchen und Frauen darstellen. Wir unterstützen Mädchen wie Jungen, aber zurzeit brauchen die Mädchen einfach mehr öffentliche Wahrnehmung!



Lebensmittelverteilung bei Andkhoi

Letzte Meldung

Ein neu eingesetzter Waliswal (Bürgermeister) hat uns gebeten, alle drei Frauenzentren sofort wieder zu öffnen. Auch die Mädchenschulen würden in den nächsten Tagen wieder geöffnet – und damit auch unser Ausbildungszentrum. Alle unsere Projekte sollen unbedingt weiterlaufen.

Bitte spendet – auch der kleinste Betrag hilft!

Vereinsadresse: Deefenallee 21, 22113 Oststeinbek/Hamburg, Marga Flader (Vorsitzende), Tel. 040 712 24 67, 0160 581 3473, Flader@Afghanistan-Schulen.de; Tanja Khorrami (Stellvertretende Vorsitzende), Tel. 040 643 23 11, Khorrami@Afghanistan-Schulen.de

Internet: www.afghanistan-Schulen.de, www.facebook.com/AfghanistanSchulen www.instagram.com/afghanistanschulen

Spendenkonto: Afghanistan-Schulen e.V. EthikBank IBAN DE71 8309 4495 0103 0410 50

Damit wir eine Spendenbescheinigung ausstellen können, schreiben Sie bitte Ihre Adresse in das Betreff-Feld des Überweisungsträgers.

Erinnerungssplitter

Zum Tod von Peter Krup

Peter Krup war für die Deutsch-Polnische Gesellschaft Hamburg ein wichtiger Wegbegleiter, der unsere Arbeit in den letzten 50 Jahren aktiv in vielfältiger Weise unterstützt hat. Dies galt sowohl für seine Arbeit als langjähriges Vorstandsmitglied und Rechnungsprüfer unserer Gesellschaft als auch für sein berufliches Engagement im Hamburger Bildungswesen und insbesondere in der Zusammenarbeit zwischen der Hamburger und der Warschauer Lehrerschaft.

Den Austausch von Lehrkräften zwischen Hamburg und der polnischen Metropole hat Peter Krup über drei Jahrzehnte (zwischen 1971 und 2001) durch gegenseitige Studienfahrten und viele Schulbegegnungen gefördert. Viele polnische Pädagoginnen und Pädagogen waren dabei seit Mitte der siebziger Jahre immer gern gesehene Gäste, auch in seinem Haus in Ahrensburg, woraus sich enge persönliche Freundschaften entwickelt haben.

Gemeinsam mit dem damaligen Hamburger Landesschulrat Wolfgang Neckel war Peter Krup u.a. als Leiter der Hamburger Schulaufsicht für Volks- und Realschulen an der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer deutsch-polnischer Seminare in Hamburg und Warschau über viele Jahre maßgeblich beteiligt. Die in bilateralen Arbeitsseminaren vorbereiteten Unterrichtsleitungen für Hamburger und Warschauer Schulen zu den Themen Europa, Friedens- und Umwelterziehung waren ihrer Zeit weit voraus und noch vor der Wende hervorragende Signale für eine grenz- und systemüber-

Zum Frühlingsanfang an einem sonnigen Sonntag
verstarb nach einem erfüllten Leben

Peter Krup

* 1. Januar 1930 † 20. März 2022

Deine Nicoline
Agnes Krup mit Iva Marie
Per-Christian Krup und Britta mit Jan
Robert Kain und Tatjana
mit Charlotta und Jonathan

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, den
31. März 2022 um 10.00 Uhr in der Hauptkirche St. Michaelis.

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.

Statt freundlich zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende zu Gunsten der
„Stiftung St. Michaelis“ bei der Hamburger Sparkasse
IBAN: DE66 2005 0550 1226 1281 20 BIC: HASPDEHHXXX Stichwort: Peter Krup
„Ärzte ohne Grenzen“ bei der Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE72 3702 0500 0009 7097 00 BIC: BFSWDE33XXX Stichwort: Peter Krup

greifende Zusammenarbeit im europäischen Bildungswesen. Heute können wir sagen, dass diese Jahre mit Peter Krup die lebendigsten und aktivsten Jahre in den Hamburger-Polnischen Schul-Beziehungen waren. Gerade durch dieses beispiellose Engagement im Bildungsbereich als eine der Grundlagen für die Völkerverständigung, Zusammenarbeit und Freundschaft wird uns Peter Krups Einsatz immer Vorbild sein und im Bewusstsein bleiben.

Besonders hervorzuheben ist darüber hinaus sein entschiedener Einsatz im Rahmen der Oder-Flut-Hilfsaktionen in Opo-

le/Oppeln und Wroclaw/Breslau im Jahre 1997. Aus Mitteln der NDR-Spendenaktion und durch Spenden der Mitglieder unserer Gesellschaft wurde vor Ort in Abstimmung mit der polnischen Lehrgewerkschaft ZNP durch Peter Krup und Jan Dolny, unserem damaligen stellv. Vorsitzenden, dazu beigetragen, in mehreren Schulen die Schulinfrastruktur wiederherzustellen und Lernmaterialien wiederzubeschaffen.

Peter Krups Einsatz für die Verständigung zwischen Deutschen und Polen wird für uns unvergessen bleiben!

HARTWIG ZILLMER

Zum Tod von Bjørn Tempel 1952-2022

Der Ergotherapeut starb am 21. März im Alter von 70 Jahren

Bjørn brachte E-Hockey/E-Ball für Menschen, die auf einen Elektrorollstuhl zur selbstständigen Fortbewegung angewiesen sind, aus Süddeutschland mit und führte den Sport erst am Hirtenweg, dann auch an anderen Schulen in Norddeutschland ein. Es begann mit kleinen Gruppen in der Schule, dann kamen Freundschaftsspiele, (überregionale) Turniere und eine E-Hockeyabteilung in einem Sportverein für ehemalige Schüler_innen. Das klingt banal, bedeutete aber für die Schüler_innen eine ganz neue Erfahrung an Selbstwirksamkeit, Gruppenerfahrung, Anerkennung durch Turniererfolge. Für manche Schüler_innen auch ein ganz konkretes Ziel, für das sich die häufig sehr schwierige Aneignung der Kontrolle des E-Rollstuhles lohnen könnte. So bleibt E-Hockey für viele auch nach der Schule häufig ein Le-

bensmittelpunkt. Neben dem Aufbau der Gruppen zusammen mit anderen Kolleg_innen gehörten zu dieser Arbeit aber auch die wirklich unzähligen Nachmittage (und Abende), die Bjørn im Werkstattkeller der Schule verbracht hat, um Schläger und Halterungen für die E-Rollies zu entwickeln, zu bauen, zu schweißen, zu reparieren. Manchmal auch den einen oder anderen Rollstuhl. Dinge, die heute durch Orthopädietechnikfirmen geleistet werden, wurden damals von der Schule (also von Bjørn) geleistet.

Zusammen mit Brigitte Hoffmann-Schöneich hat er an der Schule Hirtenweg die erste Beratung für Unterstützte Kommunikation in Norddeutschland eingeführt und institutionell verankert. Hier wurden nicht nur Schüler_innen, sondern auch externe Klient_innen beraten. Das

war eine Wegbereitung, bei der die beiden sich auf beeindruckende Art ergänzt haben. Es gab damals erst wenige Firmen und wenige Geräte. Und so baute Bjørn in „seiner“ Werkstatt Schalter und Halterungen, die es noch nicht gab für die Geräte an den Rollstühlen.

Mit den Schüler_innen immer auf Augenhöhe im Kontakt zu sein und ihnen so viel Selbstständigkeit zu ermöglichen, wie es irgendwie möglich ist, waren seine Paradigmen. Dabei war er durchaus radikal und zu vielem bereit. Eine Reparatur musste jetzt sofort stattfinden, damit ein Kind JETZT wieder arbeiten konnte. Eine Gruppe konnte nicht ausfallen, dafür war sie für die Beteiligten zu wichtig. Mit dieser Haltung hat er sicherlich das eine oder andere Mal jemanden vor den Kopf gestoßen, auch manchen „verbrannt“. Den Konflikt, dass die Selbstwirksamkeit der Schüler_innen häufig an uns gebunden ist, löste Bjørn häufig nur durch Mehrbelastung für sich selbst.

Bjørn nahm die Selbstwirksamkeit der „Betroffenen“ auch organisatorisch ernst: Im Vorgänger der „Gesellschaft für Unterstützte Kommunikation“ wurde eine Co-Referenten-Ausbildung für Talker-Nutzende geschaffen. Diese Idee war damals völlig neu. Ich habe öfter mit ihm über die Möglichkeit von Trainerlizenzen für E-Hockey-Spieler_innen gesprochen, weiß aber nicht, was aus dieser Idee geworden ist. Nicht nur diese Haltung hat ihn mit vielen Schüler_innen auch längerfristig freundschaftlich verbunden. Auch nach seiner Berentung und jetzt während die Pandemie hielt

Foto: privat



Nicht Lehrer_innen-Zimmer, sondern Werkstatt oder Sport-Ort

er zu vielen Kontakt, so gut, wie es ihnen allen möglich war.

Bjørn war ein Unikat. Dass er so wirken konnte, wie er es tat, liegt auch daran, dass er an der Schule Hirtenweg dafür den Raum bekommen hat. Sowohl den Werkstattraum im Keller, aber auch in der Arbeitsorganisation. In der Vorbereitung auf diesen Text erzählte mir eine Kollegin, dass er bei seiner ersten Stundenplanung gesagt hat, dass er „keine Einzeltherapie mache. Die bringt nichts. Ich mache nur Gruppen“. Und Gruppen hat er gemacht (Fahrrad, Paddeln, Schwarzlicht). Sicherlich fühlten sich da manche auch vor den Kopf gestoßen. Ihm einen Standardstundenplan vor die Nase zu setzen, hätte vieles verhindert, was sich jetzt etab-

liert hat. Die Beratungsstelle für Unterstützte Kommunikation hat die Schule nur aus den eigenen Ressourcen finanziert, weil das Kollegium und die SL sie wichtig fand!

Wenn Schule sich weiterentwickeln soll, brauchen wir solche Menschen und auch Freiräume, um solche Arbeit möglich zu machen. Das bleibt eine schulpolitische und gewerkschaftliche Aufgabe in Zeiten, in denen der Gürtel immer enger geschnallt werden soll. Das hätte er auch sofort unterschrieben, denn natürlich war Bjørn auch ein aktiver Gewerkschafter. Bei jedem Streik und jedem 1. Mai dabei. In den letzten Jahren vor seiner Rente versuchte er mit anderen Kolleg_innen, die etwas eingeschlafene Betriebsgruppe wieder

in Schwung zu bekommen. In den Mitarbeiter_innenkonferenzen war er mit klarer Stimme und Haltung präsent.

Bjørn ging es schon die letzten Jahre vor seiner Berentung gesundheitlich nicht gut. Seine Radikalität, auch sich selbst gegenüber, hat ihm da nicht gut getan. In der Rente wurde es nicht besser. Wir hätten ihm alle noch ein wenig mehr Zeit gegönnt. Mit guten Gesprächen, Fahrradtouren, Rotweinkuchen (oder Kuchen und Wein einzeln), gerne auch mit uns. Das sollte nicht sein!

Danke für alles, Bjørn. Du wirst fehlen.

BODO HASS (nicht nur) für die Kolleg_innen der Betriebsgruppe der Schule Hirtenweg.

SOLIDARITÄT

Julian Assange – keine Auslieferung

Der Fall Julian Assange hat Auswirkungen auf die Pressefreiheit weltweit, auch in Deutschland. Ein Londoner Gericht hat zwar am 24.01. dem Berufungsantrag von Assanges Anwälten zugestimmt und die Entscheidung darüber, ob eine Auslieferung an die USA rechtmäßig wäre, an den britischen Supreme Court verwiesen. Doch dies bedeutet nur einen kurzen Moment des Aufatmens. Die USA verfolgen den Wikileaks-Gründer mit unnachgiebiger Härte; laut Anklage nach dem US-Spionagegesetz drohen



ihm bis zu 175 Jahre Haft. In Großbritannien er harret er bereits seit über 1000 Tagen ohne Verurteilung in Einzelhaft in einem Hochsicherheitsgefängnis aus. Sein einziges „Verbrechen“: Er hat Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen der USA aufgedeckt. Dass er für diese Beiträge zu journalistischer Berichterstattung von größtem öffentlichen Interesse verfolgt wird, ist ein gefährliches Vorzeichen für Journalist_innen und Whistleblower_innen überall auf der Welt.

Quelle: Reporter ohne Grenzen 31.1.2022

Foto: pixabay

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: Kinder Album (s. auch S. 2)

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz, Gestaltung und Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 5-6/2022 Jubiläumsausgabe: 27.4.2022

Red.-Schluss hlz 7-8/2022: 1.6.2022



Das HLZ-Rätzel

Weißer als blass

*Wir hüpfen den leichten Fandango
Machten Radschlagen auf dem Boden...
Und so kam es, dass später,
Als der Müller seine Geschichte erzählte
Ihr Gesicht ... weißer als blass wurde*

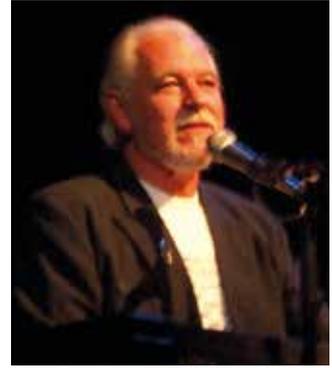
So beginnt einer der rätselhaftesten und erfolgreichsten Songs der Rockmusik – sein erster Sänger, Gary Brooker, ist kürzlich verstorben. Er sang auch von spanischen Eroberern und dem Teufel aus der Mitte der USA.

Die Band wurde schon mal mit einer westafrikanischen Islamistengruppe verwechselt.

Wer hat das Lied gesungen?

A) Joe Cocker B) Deep Purple C) Nicole D) Procol Harum E) Die Puhdys

Einsendungen (ggf. Mehrfachnennungen) bitte bis zum 26.4.2022 mit Postanschrift an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Gewinn winkt ein Album mit Gary Brookers Band oder nach eigener Wahl. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Gary Brooker (1945-2022) – Sänger, Pianist und Komponist

Foto: Pflod/Wikimedia - CC BY-SA 4.0



Des letzten Rätsels Lösung...

... sind das Afrikahaus (D) und das Hauptgebäude der Uni Hamburg (E). Sie gehören zu zahlreichen kolonialen Erinnerungsorten in Hamburg – ebenso wie der neue Amerigo-Vespucci-Platz in der HafenCity (A), der in keiner Einsendung genannt wurde.

Als Gewinnerin unseres Buchgutscheins ermittelten wir Mihriban Elleri. Sie gewann als erste zum zweiten Mal hintereinander. Herzlichen Glückwunsch!

Nach diesem neuen Rekord bleibt uns der Hinweis, dass auch unsere Amtszeit bald endet und wir uns einen Rekord an Einsendungen wünschen.

MH/MK

Foto: Ajepeba/Wikimedia Commons - CC BY-SA 3.0 de



Hinweis auf koloniale Vergangenheit der Firma Woermann: Afrikahaus in der Innenstadt

Aus dem Übergang...

Hätte ich ihn denn gefunden, den Stein des Weisen, den es meiner Überzeugung nach nicht gibt, ich wüsste in diesen Tagen gar nicht, in welche Richtung ich ihn werfen sollte. Und das nach 25 Jahren hlz, in denen ich versucht habe, wenigstens die Spur des Steins zu entdecken.

Ihr könnt erahnen, dass mir das Verfassen des Editorials schwergefallen ist. Nicht, dass ich das, was ich da zu Papier gebracht habe, nicht mit Überzeugung vertrete, sondern weil es sich dabei nur um einen kleinen Teil dessen handelt, was ich alles sonst noch dazu zu sagen hätte. Meine Mindmap, die ich mir zu diesem Vorhaben angelegt hatte, wuchs und wuchs. Das erforderte dann aber irgendwann konsequentes Handeln, sprich: reduzieren, reduzieren, um mich dabei auf das zu konzentrieren, was ich im Vordergrund sehen wollte.

Dabei war mir bewusst, dass ich mich auf vermintes Gelände begeben würde. Ein Gelände, auf dem die Koordinaten zurzeit bis zur Unkenntlichkeit verwischt scheinen. Um zu diesem Zeitpunkt nicht unnötig zu polarisieren, haben wir – und ab hier sprechen wir als alte Redaktion – dann im redaktionellen Teil der Zeitung darauf verzichtet – also nicht nur aus Platzgründen –, die Debatten inhaltlich zu führen. Aber es wäre naiv zu glauben, dass uns die außerhalb der GEW geführten Debatten um den Krieg in der Ukraine in der Redaktion nicht erreichen würden.

Insofern überlassen wir unseren möglichen Nachfolger_innen kein leichtes Erbe. Aber wir sind uns sicher, dass die jetzt gefundenen Kandidat_innen, sofern sie denn gewählt werden, dieser

Aufgabe gewachsen sind.

Als Redaktion sind wir überglücklich, Nachfolger_innen gefunden zu haben, denen wir vertrauen, die hlz in einer Weise weiterzuführen, die den gewohnten Ansprüchen genügt. Wir sind da zuversichtlich (s. S. 72). Das Finden der Kandidat_innen, wie ihr euch vorstellen könnt, war keineswegs einfach. Bei der jahrelangen Suche – Aufrufe in der



In guter Gesellschaft

hlz eingeschlossen – wurde uns immer wieder bestätigt, dass es wohl ein toller Job sei, aber... Es gab dann viele Gründe, weshalb man es denn doch nicht machen wollte.

Uns war es wichtig, dass dieser Prozess des Wechsels der Redaktion offen und nach demokratischen Prinzipien vollzogen wird. Um an dieser Stelle noch einmal Klartext zu sprechen: Die Redaktionsleitung wird laut Satzung von den Delegierten auf dem Gewerkschaftstag gewählt. Bis zum Aufruf zur Wahl kann auf dieser Veranstaltung jede/r seinen/ihren Hut in den Ring werfen. Wir werden allerdings von unserem Recht Gebrauch machen, eine Empfehlung auszusprechen.

Dass wir das guten Gewissens

machen können, hängt auch damit zusammen, dass wir auch praktisch die Zusammenarbeit mit den Kandidat_innen bereits begonnen haben. Schließlich bedarf es einer Einarbeitung. Und ganz konkret, gespeist durch die aktuellen Erfahrungen, haben wir erlebt, dass es bei dem, was uns in Fleisch und Blut übergegangen ist, doch eine Menge an praktischen Fähigkeiten gibt, die man in gewisser Weise erlernen muss. Unsere Kandidat_innen haben bereits ihre diesbezügliche Begabung unter Beweis gestellt.

Zu dieser insgesamt positiven Aussicht gesellt sich nun die traurige Botschaft, dass wir die angekündigte Einladung zu einer 100-Jahr-Jubiläumsfeier der hlz (s. hlz 1-2/2022 S. 8/9) zurückziehen müssen. Nachdem Hamburg für einen weiteren Monat zum Hotspot erklärt wurde, schien uns ein Fest mit Unterhaltung und Tanz, wie wir es angedacht hatten, ein Fest, bei dem es ein großes Wiedersehen und sich Austauschen geben sollte, zu riskoreich. Die 100 Jahre zu krönen mit einem Corona-Infektions-Hotspot wäre ein Desaster!

Was euch aber in der nächsten und letzten hlz unter unserer Ägide erwartet, ist ein Rückblick auf die 100 Jahre, in dem wir und – das darf man wohl sagen – auch alle Redaktionen vor uns den Leser_innen einen Eindruck vermitteln wollen, wie vielfältig die hlz inhaltlich ausgerichtet war: Themen der originären Arbeitnehmer_innen-Interessen neben jenen, die die Befreiung des Menschen aus fremd- und/oder selbstbestimmten Zwängen im Sinn haben und hatten.

Es grüßen euch

JASON, JOACHIM, MANNI,
SUSANNE UND WOLFGANG

Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung	rolandstolze@gwhmail.de
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Grundschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Berufliche Schulen	11.05.2022, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	28.04.2022, 17.00-21.00 Uhr, Raum A
FG Hochschule u. Forschung	In der Geschäftsstelle nachfragen
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	03.05.2022, 17.00-19.00 Uhr, GBW
LAMBDA – Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus	26.04.2022, 18.30-21.00 Uhr, GBW
AG Bildung statt Kinderarbeit	03.05.2022, 15.00-17.00 Uhr, GBW
Ausschuss für Friedensbildung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ruheständler_innen	04.05.2022, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	16.05.2022, 18.00-20.00 Uhr, GBW
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	02.05.2022, 18.00-21.00 Uhr, Raum A christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer_innen	In der Geschäftsstelle nachfragen

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen unter <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen, da aufgrund der Corona-Situation manche Termine nur mit Voranmeldung geplant werden bzw. ausfallen.

GEW Geschäftsstelle wie zuvor geöffnet

Laut der aktuellen Hamburger Corona Eindämmungsverordnung dürfen wir in der GEW weiterhin Versammlungen und Gruppentreffen abhalten, natürlich unter entsprechenden gesundheitsförderlichen Bedingungen. Weitere Infos für GEW Gruppen und der Hygieneplan finden sich unten. Auch die Geschäftsstelle ist zu den genannten Bedingungen geöffnet. Bitte klingeln!

Für GEW-Gruppen gilt:

Ihr könnt weiterhin Räume bei uns reservieren. Dabei gelten folgende Voraussetzungen:

1. Wir haben Raumobergrenzen, bedingt durch den vorgegebenen Mindestabstand von 1,5 Metern
A: 10 TN, B: 3 TN, C: 5 TN, GBW: 7 TN
2. Außerhalb des Sitzungsraums muss in der Geschäftsstelle ein Mund-Nasenschutz getragen werden. Innerhalb des Sitzungsraums ist es euch als Gruppe freigestellt.
3. Personen mit Atemwegserkrankungen dürfen nicht teilnehmen.
4. Ihr müsst eine Teilnehmer_innenliste führen (die Vorlage legen wir euch in den gebuchten Raum), die bei der Geschäftsführung hinterlegt und dort 4 Wochen aufbewahrt werden muss. Im Infektionsfall wird diese Liste dem zuständigen Gesundheitsamt ausgehändigt. Nach vier Wochen wird diese Liste vernichtet.

Für externe Gruppen stellen wir Räume zur Zeit nur unter den Bedingungen von 2G zur Verfügung, weil wir anderes vom Hygienekonzept nicht zusätzlich bewältigen können.



Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de



albersdesign

Media-Agentur

Mediengestaltung

+Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung

Grafik . Anzeigenverwaltung

Horn 33 . 25421 Pinneberg

ca@albers.design . **www.albers.design**

*Haben Sie weitere Anliegen =
sprechen Sie mich gerne an!*

Wohnung gesucht Unser freier Mitarbeiter Jamil, Filmemacher aus Afghanistan, sucht dringend eine bezahlbare Wohnung. Er wäre glücklich, wenn sich jemand melden würde unter jamil.jalla@gmail.com oder per Anruf unter **0170 5789471**



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch
Tätigen sowie
deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2022 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

040 333 505 14 (Tobias Mittag)

040 796 128 25 (Georg Plicht)

040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de (mit Beitragsrechner) / **info@h-l-f.de**



GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

**GEW-Personalräte
stärken uns alle.**
27.04. - 29.04.22 und 02.05. - 03.05.22

GEWählen!

